

**Schweizerische
Nationalbank
1972**

**65. Geschäftsbericht
der Schweizerischen Nationalbank
1972**

Inhaltsverzeichnis

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1972	
A. Entwicklung der Weltwirtschaft	
Internationale Konjunktorentwicklung	5
Internationale Währungsentwicklung	10
B. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft	
Konjunkturverlauf	17
Währungsreserven und Devisenmarkt	22
Geld- und Kapitalmarkt	25
C. Geld- und Währungspolitik der Nationalbank	37
Konjunktur- und währungspolitische Massnahmen 1972	43
D. Bankbehörden und Direktion	48
Jahresrechnung	
Allgemeine Erläuterungen	53
Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1972	56
Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1972	58
Erläuterungen zur Jahresrechnung	
Aktiven der Bilanz	60
Passiven der Bilanz	65
Dienstleistungen für den Bund	70
Gewinnverteilung	72
Anträge	72
Bericht der Revisionskommission	75
Beilagen	
Nr.1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise	80
Nr.2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten	82
Nr.3 Giroverkehr	83
Nr.4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen	84
Nr.5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank	
Tabelle I: Bestände am Jahresende	86
Tabelle II: Jahresdurchschnitte	90

Tabelle III: Umsätze	94
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse	98
Nr.6 Graphische Darstellung	
Schweizerische Nationalbank 1967–1972	102
Nr.7 Diskontosatz und Lombardzinsfuss seit Eröffnung der Bank	103
Nr.8 Abrechnungsverkehr	
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen	104
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich	104
Nr.9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane	105

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1972

A. Entwicklung der Weltwirtschaft

Internationale

Konjunktorentwicklung

Die Wirtschaftstätigkeit begann sich 1972 international zu beschleunigen. An die Stelle von Unsicherheit und Besorgnis, welche die internationalen Währungsereignisse des Vorjahres verbreitet hatten, trat nach der am Jahresende zustandegekommenen Vereinbarung über eine Neufestsetzung der Wechselkurse allmählich wieder eine zuversichtlichere Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten. Zudem waren zahlreiche Länder bemüht, die Konjunktur zu beleben, um die teilweise beträchtliche Arbeitslosigkeit zu überwinden.

Der Aufschwung der wirtschaftlichen Aktivität wurde von der Entwicklung in Nordamerika angeführt und gewann zusehends an Breite und Intensität. In der zweiten Jahreshälfte befanden sich nahezu alle Volkswirtschaften von Bedeutung in einer aufsteigenden Konjunkturphase. Das Wirtschaftswachstum der westlichen Welt erreichte dadurch gesamthaft 1972 einen hohen Stand. In den 23 Ländern, die der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören, stieg das reale Bruttosozialprodukt 1972 um beinahe 5,5% an, verglichen mit einer Zuwachsrate von 3,4% im Jahre 1971 und 2,7% im Jahre 1970.

Der konjunkturelle Aufschwung brachte auch eine kräftige Ausweitung des internationalen Handels. Das Aussenhandelsvolumen (Importe) der OECD-Länder nahm 1972 mengenmässig um gegen 10% zu oder beinahe doppelt so viel wie im Vorjahr. Dem Werte nach erhöhte es sich sogar um nahezu 20%. Darin kommt u. a. der starke Anstieg von Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen zum Ausdruck, der teils durch Sonderfaktoren, wie schlechte Ernten und neuerliche Erhöhung der Erdölpreise, teils durch die mit dem wieder einsetzenden Lageraufbau gestiegene Nachfrage bedingt war.

Obschon der Trend der konjunkturellen Entwicklung weitgehend parallel verlief, bestanden von Land zu Land bedeutende Unterschiede in bezug auf die Art und die Stärke des Aufschwunges. In Ländern wie den Vereinigten Staaten, Kanada und Frankreich erhöhten sich auch die Anlageinvestitionen und die Lagerbildung der Wirtschaft, während in anderen, so namentlich in Grossbritannien und Italien, die Nachfragesteigerung auf den privaten Konsum und die öffentlichen Ausgaben beschränkt blieb. In den meisten Ländern trug eine rege Wohnbautätigkeit zur Belebung bei. In der Bundesrepublik Deutschland und einigen der kleineren Industrieländer Europas, wie Belgien und Holland, verlieh die wachsende Auslandsnachfrage der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte deutliche Auftriebsimpulse.

Trotz der rasch fortschreitenden wirtschaftlichen Erholung ging die Zahl der Arbeitslosen nur langsam zurück. Dies galt sowohl für die Vereinigten Staaten und Kanada als auch Italien, die Niederlande und Schweden. Es zeigte sich, dass der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten während der jüngsten Konjunkturabschwächung verhältnismäs-

sig weniger zurückgegangen war, als dem Anstieg der Arbeitslosigkeit entsprochen hätte. Die Freisetzung von Arbeitskräften war teilweise nicht nur eine konjunkturbedingte, sondern zugleich eine strukturelle Erscheinung. Das ausserordentliche Anschwellen der Lohnkosten auch während der Konjunkturabschwächung schmälerte die Gewinnmargen und beschleunigte die Arbeitskräfte einsparenden Rationalisierungsmassnahmen. Zum Teil trug auch der Eintritt einer besonders grossen Anzahl Jugendlicher ins Erwerbsleben zur Erhöhung der Beschäftigungslosenziffern bei.

In fast allen Industrieländern dauerte der Lohn- und Preisauftrieb fort. Einen weltwirtschaftlich bedeutsamen Sonderfall stellten die Vereinigten Staaten dar, wo dank einer wirksamen Einkommens- und Preispolitik und beträchtlicher freier Kapazitäten an Produktions- und Arbeitskräftepotential die inflatorische Entwicklung wesentlich verlangsamt werden konnte. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten war in den USA mit 3,5% p. a. nur ungefähr halb so gross wie in den europäischen Ländern, wo sie gegen Jahresende durchschnittlich 7% p. a. erreichte. Der schon im Vorjahr starke Anstieg der Lohnkosten beschleunigte sich 1972 in Europa zwar im grossen und ganzen nicht weiter, lag aber nach wie vor wesentlich über dem durchschnittlichen Produktivitätsfortschritt und auch wesentlich über der Lohnkostenzunahme in den USA.

Die Massnahmen, die in der ersten Hälfte des Jahres in verschiedenen Ländern Europas zur Ankurbelung der Nachfrage getroffen worden waren, um einen höheren Beschäftigungsgrad zu erreichen, trugen dazu bei, den Kosten- und Preisauftrieb zu verstärken. Die einsetzende Nachfrageexpansion näherte sich relativ rasch den technischen Kapazitätsgrenzen des Produktionsapparates, wobei zum Teil eine gewisse Arbeitslosigkeit bestehen blieb. Die Ausweitung der Nachfrage wurde gefördert durch eine reichliche Geld- und Kreditversorgung. Teils wurde sie durch eine bewusst expansive Geld- und Kreditpolitik, teils durch die Kapitalbewegungen während der internationalen Währungskrisen begünstigt. Bereits im Herbst begann sich daher in Europa die Gefahr eines neuen Nachfragebooms abzuzeichnen. In allen europäischen Ländern beschleunigte sich der Preisauftrieb in den letzten Monaten des Jahres. Gleiches war auch in Japan der Fall. Selbst in den Vereinigten Staaten erhöhte sich die Teuerungsrate, wenn auch von einem tieferen Niveau aus.

Die meisten Länder Europas trafen im Laufe der letzten Monate des Jahres Massnahmen zur Eindämmung des Lohn- und Preisauftriebes, wobei in verschiedenen Fällen versucht wurde, direkt auf die Einkommens- und Preisentwicklung Einfluss zu nehmen. So verfügte die britische Regierung einen befristeten Lohn- und Preisstopp. Auch in Norwegen und Spanien wurden die Preise der Kontrolle unterstellt. In Frankreich und den Niederlanden wurden Richtlinien für die zulässigen Lohnerhöhungen verfügt oder auf dem Vereinbarungswege festgelegt. Die Mitgliedländer der Europäischen Gemeinschaft (EG)

waren bemüht, ihre Massnahmen zur Inflationsbekämpfung nach Möglichkeit zu koordinieren. Mit Ausnahme Italiens gingen alle EG-Länder vom November an zu einer restriktiveren Geld- und Kreditpolitik über. Auch Japan begann angesichts des rapide anschwellenden Booms gegen Jahresende die Geld- und Kreditentwicklung einzudämmen.

Die Entwicklung in einigen Ländern, die für das internationale Konjunkturgeschehen von Bedeutung sind, lässt sich wie folgt zusammenfassen:

In den *Vereinigten Staaten* beschleunigte sich der im Jahre 1971 in Gang gekommene Aufschwung. Das reale Bruttosozialprodukt erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um mehr als 6% und erreichte damit eine für die USA selten hohe Wachstumsrate. Sie war neben dem anhaltenden Anstieg des privaten Konsums und der öffentlichen Ausgaben in zunehmendem Masse einer verstärkten Investitionstätigkeit und Lagerhaltung von Industrie und Gewerbe zuzuschreiben. Da sowohl beträchtliche technische Kapazitätsreserven als auch reichlich Arbeitskräfte zur Verfügung standen, vermochte das Angebot der steigenden Nachfrage mehrheitlich gut zu folgen. Die Industrieproduktion war im Oktober 1972 um 7% höher als ein Jahr zuvor. Gewisse Engpässe traten allerdings bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln und namentlich in der Energieversorgung auf.

Nicht zuletzt dank dem elastischen Angebot industrieller Erzeugnisse war die Teuerung wesentlich geringer als in den übrigen Industrieländern. Der Preisindex des Bruttosozialproduktes und derjenige der Konsumentenpreise erhöhten sich im Jahre 1972 um 3,5%. Der Anstieg der Stundenlöhne in der Industrie erreichte rund 8%; ihm stand aber eine im Vergleich zum Vorjahr wesentlich stärkere Produktivitätssteigerung gegenüber. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie verbesserte sich, blieb aber noch deutlich unter dem Optimum. Der Prozentsatz der registrierten Arbeitslosen sank im Laufe des Jahres von 6% auf 5,2%, obwohl die Zahl der Beschäftigten um 3,5% stieg.

In *Kanada* setzte sich die starke Expansion der Wirtschaft, die 1971 begonnen hatte, fort. Das reale Bruttosozialprodukt stieg um etwa 6% (1971: 5,5%). Alle Nachfragekomponenten waren daran beteiligt. Angesichts der knapp gewordenen technischen Kapazitäten und begünstigt durch die steigenden Unternehmerrgewinne erhöhten sich die Anlageinvestitionen kräftig. Das reichliche Angebot an Arbeitskräften erlaubte eine beträchtliche Produktionssteigerung. Das überaus rasche Anwachsen der erwerbstätigen Bevölkerung hatte zur Folge, dass die Arbeitslosenquote auf über 6% verharnte, obschon die Zahl der Beschäftigten sehr deutlich zunahm. Die starke Expansion der Nachfrage, unterstützt durch eine sehr reichliche Geld- und Kreditversorgung, beschleunigte den Preisanstieg. Er erreichte bei den Konsumentenpreisen mehr als 5%.

Die Regierung *Grossbritanniens* ging zu einer stark expansiven Konjunkturpolitik über, als die Wirtschaft auch am Jahresanfang noch weitgehend stagnierte und die Arbeitslosenzahl im Januar 1972 die Millionengrenze überschritt. Das Staatsbudget für

das Finanzjahr 1972/73 (April bis März) brachte massive Steuersenkungen, welche den schon seit dem zweiten Halbjahr 1971 lebhaften privaten Konsum zusätzlich stimulierten. Auch die Nachfrage nach Wohnungen nahm nach wie vor kräftig zu. Die erhoffte Steigerung der produktiven Investitionen der Wirtschaft blieb hingegen im Berichtsjahr aus. Die gesamte Inlandnachfrage wuchs stärker als das reale Bruttosozialprodukt, das um etwa 3¼% (1971: 1,4%) stieg. Die Differenz wurde durch vermehrte Bezüge aus dem Ausland wettgemacht.

Die Industrieproduktion wies eine deutlich steigende Tendenz auf und war im Oktober um 6% höher als ein Jahr zuvor. Die Zunahme für das ganze Jahr dürfte allerdings 3% nicht überstiegen haben, da verschiedene Streiks – vor allem der Kohlenarbeiterstreik zu Beginn des Jahres – grosse Produktionsausfälle verursachten. Trotz erheblicher Kapazitätsreserven in der Industrie und hoher, wenn auch rückläufiger Arbeitslosenziffern war das Angebot wenig elastisch. Dazu trug bei, dass sich die Arbeitslosigkeit zum grossen Teil auf gewisse Regionen konzentrierte, während in den Ballungszentren Voll- oder Überbeschäftigung herrschte. Die Teuerung, die sich im zweiten Halbjahr 1971 verlangsamt hatte, nahm 1972 wieder zu, was ausser durch die expansive Konjunkturpolitik auch durch die härtere lohnpolitische Haltung der Gewerkschaften bedingt gewesen sein dürfte. Der Anstieg der Tarif-Stundenlöhne in der Industrie gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat erhöhte sich im Laufe des Jahres von 10% auf 18%. Die Konsumentenpreise waren im November um 8% höher als ein Jahr zuvor.

Die wirtschaftliche Aktivität in der *Bundesrepublik Deutschland* nahm stärker zu, als zu Beginn des Jahres erwartet worden war. Das reale Bruttosozialprodukt wuchs gegenüber dem Vorjahr um 3¼% (1971: 2,8%). Die im zweiten Halbjahr 1971 leicht rückläufige Nachfrage erholte sich während der ersten Monate 1972. Dies zeigte sich vor allem beim Auftragseingang der Industrie aus dem In- und Ausland. Von den inländischen Nachfragekomponenten entwickelten sich der private und der öffentliche Konsum und die Wohnbautätigkeit besonders stark. Angesichts der im allgemeinen noch ausreichenden Produktionskapazitäten trat bei den industriellen und gewerblichen Investitionen keine Wachstumsbeschleunigung ein. Gegen Jahresende verdeutlichte sich der Aufschwung. Auf dem Arbeitsmarkt zeigten sich Tendenzen zu verstärkter Anspannung. Gleichzeitig nahm auch die Teuerung zu. Im Dezember überstiegen die Konsumentenpreise den Vorjahresstand um 6,5%. Auch bei den Produzentenpreisen war ein rascherer Auftrieb festzustellen, und zwar sowohl bei Industrieprodukten als auch besonders stark bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Löhne und Gehälter stiegen hingegen mit rund 9%, aufgrund der Ende 1971 abgeschlossenen Tarifverträge, langsamer als im Vorjahr.

Die *französische* Wirtschaft verzeichnete im Jahre 1972 eine noch grössere Wachstumsrate als im Vorjahr. Das reale Bruttosozialprodukt erhöhte sich um 5,5% (5,1%). Zur

Expansion trug die Auslandnachfrage erheblich bei. Die Warenexporte wuchsen mengenmässig um 12%. Besonders stark dehnten sich ferner mit nahezu 7% die Anlageinvestitionen aus. Dazu trugen die öffentlichen Investitionen und diejenigen der staatlichen Unternehmen massgeblich bei. Die private Investitionstätigkeit war aber ebenfalls rege, und der private Konsum stieg weiter an. Die Zunahme der Industrieproduktion verlangsamte sich im zweiten Halbjahr leicht, was vornehmlich durch geringere Reserven an technischer Kapazität und eine wachsende Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften bedingt gewesen sein dürfte. Die Zahl der offenen Stellen war im Herbst um mehr als ein Drittel höher als zu Beginn des Jahres. Trotzdem stieg die statistisch ausgewiesene Arbeitslosigkeit wegen der starken Zunahmezahl der beruflich wenig qualifizierten Erwerbstätigen etwas an. Die Teuerung beschleunigte sich. Der Index der Konsumentenpreise war im November um 6,9% höher als ein Jahr zuvor.

Die *italienische* Wirtschaft zeigte nach der Stagnation der beiden Vorjahre Anzeichen einer, wenn auch zögernden, Wiederbelebung. Das reale Bruttosozialprodukt und die Industrieproduktion nahmen um rund 3% zu. Die kräftigsten Expansionsimpulse dürften vom Export, der mengenmässig um 12% stieg, von den Investitionen der staatlichen Unternehmen und vom privaten Konsum ausgegangen sein. Der Rückgang der privaten Anlageinvestitionen in Industrie und Gewerbe sowie im Wohnungsbau kam zum Stillstand. Die Investitionsneigung der privaten Unternehmen blieb aber wegen der Ungewissheit über den Ausgang der Erneuerung der Lohntarifverträge Ende 1972 gering. Trotz einer leichten Zunahme der Produktion stieg die Zahl der Arbeitslosen weiter an. Die Teuerung beschleunigte sich im zweiten Halbjahr. Im November waren die Konsumentenpreise um 7,3% höher als ein Jahr zuvor.

In den *kleineren Industrieländern Europas* trat ebenfalls eine Belebung der Konjunktur ein. Sie war vornehmlich durch den Aufschwung der Exporte bedingt. Besonders in einzelnen skandinavischen Ländern nahm die Ausfuhr kräftig zu. Die private Investitionstätigkeit blieb im allgemeinen gedämpft, verstärkte sich aber gegen das Jahresende hin. Die Arbeitslosigkeit, die zum Teil im Jahre 1971 ein erhebliches Ausmass angenommen hatte, nahm zwar nicht weiter zu, ging aber noch nicht zurück. Obwohl zum Teil beträchtliche unausgenützte Reserven an technischen Kapazitäten und Arbeitskräften bestanden, verstärkte sich fast durchwegs der Preisauftrieb.

Auf die Verlangsamung des Wachstums in den Jahren 1970 und 1971 folgte in *Japan* ein Aufschwung, der im Laufe des Berichtsjahres zusehends kräftiger wurde. Das reale Bruttosozialprodukt stieg im Berichtsjahr um rund 8,5%, verglichen mit 6,7% im Vorjahr. Das raschere Wachstum der Nachfrage hielt jedoch nicht ganz Schritt mit der Erweiterung der Produktionskapazitäten. Die Zahl der Arbeitslosen nahm daher etwas zu, und der Auslastungsgrad der technischen Kapazitäten erhöhte sich nicht wesentlich. Durch eine sehr

expansive Budgetpolitik und eine ausserordentliche Verflüssigung des Geld- und Kapitalmarktes wurde die Nachfrage angekurbelt. Dies führte namentlich zu einer Steigerung der privaten Bautätigkeit. Das Wachstum der Konsumausgaben wurde durch die starken Lohnerhöhungen des ersten Halbjahres 1972 beschleunigt. Die bestehenden Überkapazitäten dämpften dagegen die produktiven Investitionen. Die Teuerungsrate blieb bis zum Herbst unter dem europäischen Durchschnitt. Gegen Jahresende begann sich jedoch der Preisauftrieb erheblich zu verstärken.

Internationale Währungsentwicklung

Störungen in den zwischenstaatlichen Währungsbeziehungen blieben auch 1972 nicht aus. Die auftretenden Schwierigkeiten konnten jedoch überwunden werden, ohne dass eine nachhaltige internationale Währungskrise eintrat. Allerdings geschah dies um den Preis von zum Teil erheblichen Einschränkungen der Freizügigkeit des zwischenstaatlichen Kapitalverkehrs, die in einer Reihe von Ländern zur Abwehr unerwünschter Mittelzuflüsse eingeführt wurden. Der internationale Zahlungsverkehr passte sich im übrigen aber den neuen Währungsverhältnissen, die sich nach der Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollars und den Ende 1971 vereinbarten Wechselkursänderungen ergeben hatten, rasch und ohne spürbare Übergangsschwierigkeiten an.

Die im Dezember 1971 erzielte Verständigung über neue Kursrelationen zwischen den Währungen der führenden Industrieländer und insbesondere die damit verbundene Rückkehr zu festen Wechselkursen bewirkten eine unverzügliche Entspannung an den internationalen Devisenmärkten. Nach den Ereignissen der vorangegangenen Monate blieb jedoch in Wirtschaftskreisen vorerst noch Unsicherheit darüber bestehen, ob die neuen Wechselkurse bei abermaligen grossen Dollarzuflüssen wirklich durchgehalten würden. Zweifel dieser Art verstärkten sich, als der allgemein erwartete Rückstrom von Geldern nach den Vereinigten Staaten in den ersten beiden Monaten des Jahres ausblieb. Der Kurs des Dollars gegenüber den Währungen der wichtigeren Industrieländer, der nach dem «Realignement» zunächst an den meisten Devisenmärkten nahe beim offiziellen Verkaufskurs gelegen hatte, schwächte sich rasch ab und fiel in mehreren Ländern auf den offiziellen Ankaufkurs. Der Eindruck, dass die amerikanischen Behörden ihre auf Kreditexpansion und Zinssenkung gerichtete Politik weiterzuführen schienen, löste Unruhe aus. Der Druck auf den Dollar wurde Anfang März besonders stark. Die Ankündigung des Vorsitzenden des amerikanischen Notenbanksystems, seine Behörde werde einem gewissen Ansteigen der kurzfristigen Zinssätze in Amerika nicht entgegenzutreten, entspannte die Lage. Zur Beruhigung trug auch die kurz vor Mitte März anlässlich eines Treffens bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel abgegebene Erklärung der Notenbankleiter massgeblicher Länder bei, sie seien entschlossen, an den in Washington vereinbarten Interventionskursen festzuhalten.

Obschon sich der Druck auf den Dollarkurs abschwächte und Stützungskäufe seitens nicht-amerikanischer Notenbanken nur noch in geringem Umfange erfolgten, blieb die Stellung des Dollars labil. In fast allen grösseren Industrieländern lag der Dollarkurs weiterhin unter dem Mittelkurs.

Dass die internationalen Währungsverhältnisse für Störungen anfällig waren, zeigte sich, als Mitte Juni das britische Pfund unter Druck geriet. Die Handelsbilanz Grossbritanniens, die von 1970 an aktiv geworden war, hatte sich verschlechtert und wies in den ersten fünf Monaten regelmässig ein Defizit auf. Die ausserordentliche Steigerung von Löhnen und Preisen begann Zweifel an der Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft zu wecken. Angesichts des bevorstehenden Beitritts zur EG wuchs daher die Erwartung einer Pfundabwertung. Eine von prominenter britischer Seite Mitte Juni geäusserte Bemerkung in diesem Sinne gab den letzten Anstoss zu einer massiven Spekulationswelle gegen das Pfund. Nachdem die Bank of England innert kurzer Zeit Devisenreserven im Umfange von rund 2,5 Mrd. Dollar verloren hatte, entschloss sich die britische Regierung am 23. Juni, den Pfundkurs bis auf weiteres freizugeben.

Die Dollars, welche die Bank of England zur Stützung des Pfundkurses abgegeben hatte, wurden in andere, als stärker erachtete Währungen konvertiert. So sahen sich einige europäische Länder als Folge der Pfundkrise einmal mehr bedeutenden Dollarzuflüssen gegenüber. Diese Geldbewegungen wurden noch verstärkt durch eine erneut einsetzende Diskussion über ein gemeinsames Flottierenlassen der EG-Währungen gegenüber dem Dollar. Der Dollarkurs geriet dadurch unter starken Druck und musste von verschiedenen Notenbanken gestützt werden.

Die Notenbanken der meisten EG-Länder und der Schweiz stellten zunächst ihre Dollarkäufe ein, um Zeit für die Vorbereitung geeigneter Abwehrmassnahmen gegen diese Geldzuflüsse zu gewinnen. Frankreich verschärfte die Bestimmungen über die Zweiteilung des Devisenmarktes und erhöhte die Mindestreserven zur Abschöpfung zugeflossener Gelder. Die Bundesrepublik Deutschland setzte die Bardepotpflicht für Geldaufnahmen im Ausland herauf und erklärte die Anlage ausländischer Gelder in bestimmten deutschen Werten für genehmigungspflichtig. Auch die Mindestreserven wurden erhöht. Ähnliche Massnahmen wurden in Belgien und in den Niederlanden getroffen. Die Schweiz erliess eine Reihe von Verordnungen, um das Eindringen weiterer ausländischer Gelder zu verhindern. Japan erhöhte die Mindestreservenpflicht auf ausländischen Yen-Guthaben und erschwerte zusätzlich die Kapitalzufuhr aus dem Ausland.

Im Laufe des Sommers beruhigte sich die Lage an den Devisenmärkten. Die rasch fortschreitende Erholung der amerikanischen Wirtschaft und die sowohl bei Preisen als auch bei Lohnkosten wesentlich geringere Steigerung in den Vereinigten Staaten stärkten das Vertrauen in die amerikanische Währung, obschon die Handels- und Ertragsbilanz-

entwicklung weiterhin ungünstig blieb. Der Abfluss von Kapital aus den USA liess nach. In wachsendem Umfange gelangten ausländische Gelder in die Vereinigten Staaten. Vor allem amerikanische Wertschriften erfreuten sich bei steigenden Börsenkursen vermehrter Nachfrage seitens ausländischer Investoren.

Der Misserfolg der britischen Regierung in ihren Bemühungen, mit den Sozialpartnern eine Verständigung über die Einkommens- und Preisentwicklung zu erzielen, löste im Oktober erneut eine gegen das Pfund gerichtete Spekulationswelle aus. Der Pfundkurs fiel zeitweise um rund 11 % unter den in Washington vereinbarten Mittelkurs, was die Bank of England veranlasste, ihn trotz des «Floatens» vorübergehend durch Dollarverkäufe zu stützen. Erst als die britische Regierung einen befristeten Preis-Lohn-Stopp verfügte, liess der Druck auf den Pfundkurs nach. Der starke Kursrückgang brachte die Kursgarantie zum Spielern, welche Grossbritannien den Ländern der Sterling-Zone im Rahmen des zweiten «Group Arrangement» als Gegenleistung eingeräumt hatte. Grossbritannien hatte diesen Ländern für die eingetretenen Kursverluste einen Ausgleich zu gewähren.

Eine Neigung zu anhaltender Schwäche bekundete die italienische Lira. Sie geriet bereits während der Junikrise des Pfundes unter Druck, und die Währungsbehörden unternahmen Schritte, um die Kapitalflucht zu bremsen. Dies geschah insbesondere in Form von Massnahmen gegen die Notenausfuhr. Nichtsdestoweniger hielt während der folgenden Monate die Schwächetendenz an, obschon die Ertragsbilanz einen ausserordentlichen Einnahmenüberschuss aufwies. Die fortdauernde soziale Unrast und die wenig günstige Wirtschafts- und Beschäftigungslage bewirkten eine Kapitalabwanderung, die im Endeffekt den Ertragsbilanzüberschuss übertraf. Die Notenbank musste daher, um den Lirekurs zu halten, wiederholt Dollars abgeben.

In der entgegengesetzten Lage befand sich die japanische Notenbank. Trotz andauernder Anstrengungen, den Export zu drosseln und namentlich die Einfuhr zu steigern, ergab die Handels- und Ertragsbilanz Japans ausserordentlich hohe Überschüsse, welche das bereits hohe Vorjahresergebnis noch übertrafen. Diese Entwicklung liess die Erwartungen der Spekulation auf eine weitere Aufwertung des Yen immer wieder aufleben. Die Notenbank sah sich trotz bedeutender Steigerung von Kapitalexporten und Auslandshilfeleistungen ständig zu Devisenkäufen genötigt, um ein zu starkes Ansteigen des Yen-Kurses zu vermeiden. Ihre Devisenreserven nahmen entsprechend stark zu.

Bedeutende Zahlungsbilanzüberschüsse veranlassten Australien, seine Währung kurz vor Ende des Jahres um 4,85 % aufzuwerten. Eine Neufestsetzung der Parität der Währung erfolgte Ende Oktober in Südafrika. Die bisherige Bindung an den Kurs des britischen Pfundes wurde damit aufgegeben.

Die Störungerscheinungen, die während der zweiten Jahreshälfte im internationalen Währungsbereich auftraten, waren durchwegs lokaler Natur. Die gefestigte Position

des Dollars gestattete es einigen europäischen Ländern, im späteren Herbst eine restriktivere Geld- und Kreditpolitik zur Eindämmung der sich beschleunigenden inflatorischen Auftriebskräfte einzuschlagen. Grossbritannien sowie die EG-Länder, mit Ausnahme Italiens, verschärften ihre restriktiven monetären Massnahmen und erhöhten dabei insbesondere auch die offiziellen Diskont- und Lombardsätze. Die kurzfristigen Zinssätze stiegen an den meisten europäischen Märkten in der Folge über die entsprechenden Sätze in den Vereinigten Staaten. Die Frage einer Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Massnahmen («policy mix») unter den führenden Industriestaaten und insbesondere einer weniger einseitigen Abstützung auf die Geld- und Kreditpolitik stellte sich daher am Jahresende einmal mehr.

Das Ungleichgewicht im laufenden Zahlungsverkehr (Ertragsbilanzen) zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen und Japan, aber auch den EG-Ländern, auf der anderen Seite vergrösserte sich 1972 beträchtlich.

Eine Besserung der amerikanischen Handels- und Ertragsbilanz als Folge der Abwertung vom Dezember 1971 war bis zum Ende des Jahres 1972 noch nicht zu erkennen. Immerhin wies das Defizit der Handelsbilanz in der zweiten Jahreshälfte keine steigende Tendenz mehr auf. Es erreichte aber doch 6,8 Mrd. Dollar und war damit rund 2½mal so hoch wie im Vorjahr. Der Fehlbetrag der Ertragsbilanz nahm auf 8,5 Mrd. Dollar zu (1971 –2,85 Mrd.). Dank der bereits erwähnten günstigeren Entwicklung des Kapitalverkehrs war dagegen das Defizit der Gesamtzahlungsbilanz («official reserve transactions balance») mit 10,4 Mrd. Dollar wesentlich geringer als das Rekorddefizit des Vorjahres (–29,8 Mrd. Dollar).

Die Überschussposition, welche die EG-Länder in ihren Ertragsbilanzen verzeichneten, nahm 1972 auf mehr als das Doppelte zu. Dazu trug insbesondere die starke Aktivierung der Ertragsbilanz Italiens bei, die als Folge der stagnierenden Wirtschaftstätigkeit und der dadurch abgeschwächten Importentwicklung auf gegen 3 Mrd. Dollar anstieg. Stark erhöhte Einnahmenüberschüsse hatten – aus ähnlichen Gründen wie Italien – auch die Niederlande sowie Belgien aufzuweisen. In Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland waren die Aktivsaldo dagegen, wie schon 1971, relativ niedrig.

Im Gegensatz zum Vorjahr, als ein Einnahmenüberschuss von rund 2,5 Mrd. Dollar erzielt wurde, schloss die Ertragsbilanz Grossbritanniens 1972 knapp ausgeglichen. Der Fehlbetrag der Handelsbilanz wurde durch den Einnahmenüberschuss aus Dienstleistungen gerade noch gedeckt. Trotz der kräftigen Verschlechterung der britischen Ertragsbilanz war aber der Aktivsaldo von Europa insgesamt deutlich höher als im Vorjahr.

Den extremsten Ertragsbilanzüberschuss und damit die wichtigste Gegenposition zum Defizit der Vereinigten Staaten verzeichnete Japan. Der Aktivsaldo der japanischen Handelsbilanz erreichte 9 Mrd. Dollar. Davon entfielen 4 Mrd. Dollar allein auf den Waren-

austausch mit den USA. Der Ertragsbilanzüberschuss erreichte rund 6,3 Mrd. Dollar (Vorjahr 5,8 Mrd.).

An der Washingtoner Währungskonferenz vom Dezember 1971 waren sich die dort vertretenen elf Länder darüber einig, dass die vereinbarte Wechselkursbereinigung lediglich den ersten Schritt auf dem Weg zu einer notwendig gewordenen Reform der internationalen Währungsordnung bildete. Im Abschlusscommuniqué brachten sie ihre Absicht zum Ausdruck, unverzüglich Verhandlungen über eine umfassende Neugestaltung der internationalen Währungsverhältnisse aufzunehmen. Die Gespräche, die daraufhin eingeleitet wurden, konzentrierten sich in den ersten Monaten des Jahres 1972 auf die Bestellung eines für derartige Reformgespräche geeigneten Verhandlungsforums. Die «Zehner-Gruppe», in welcher von 1964 an die Diskussionen und Verhandlungen über eine Lösung zur Sicherstellung der internationalen Reserveversorgung geführt worden waren, erachtete man in einigen Ländern als einen zu engen Kreis. Gewisse Länder wünschten ein Gremium, in dem nicht nur über Fragen der Währungsreform, sondern auch über die Regelung handelspolitischer Fragen verhandelt werden könne. Ferner sollte den Entwicklungsländern eine angemessene Vertretung eingeräumt werden. Im Rat der zwanzig Exekutivdirektoren des Währungsfonds sind die Entwicklungsländer mit neun Mitgliedern vertreten. Da die Direktoren des Währungsfonds jedoch nicht über die für solche Verhandlungen erforderlichen Vollmachten verfügen, wurde vorgeschlagen, ein analog zusammengesetztes Gremium auf der Stufe von Regierungsvertretern zu bilden.

Dieser Vorschlag wurde im Juli von den Mitgliedsländern des Währungsfonds formell gutgeheissen. Im Rahmen des Gouverneursrates des Währungsfonds wurde ein besonderes Komitee, das «Committee on Reform of the International Monetary System and Related Issues», kurz auch «Committee of Twenty» genannt, ins Leben gerufen. Es setzt sich zusammen aus Vertretern – in der Regel Finanzminister oder Notenbankgouverneure – der gleichen Länder oder Ländergruppen, welche die 20 Exekutivdirektoren delegieren. Die Mitglieder dieses Komitees traten anlässlich der Jahresversammlung von Währungsfonds und Weltbank, die Ende September in Washington stattfand, zu ihrer ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Sie bestellten das Gremium der Stellvertreter, welches die eigentlichen Vorarbeiten für die Währungsreform leisten wird. Vertreter der UNCTAD, des GATT, der OECD und der BIZ wurden als Beobachter in das «Committee of Twenty» zugelassen. Die EG-Kommission und die Schweiz wurden im Gegensatz zu ihrem Status in der «Zehner-Gruppe» nicht als Beobachter beigezogen. Die Stellvertretergruppe des Komitees nahm ihre Tätigkeit mit einer ersten Sitzung Ende November auf. Sie beabsichtigt, der nächsten Jahresversammlung von Währungsfonds und Weltbank im September 1973 bereits wesentliche Reformvorschläge zu unterbreiten. Die Exekutivdirektoren des Währungsfonds hatten in einem auf die Jahresversammlung 1972 hin ausgearbeiteten Bericht

«Reform of the International Monetary System» bereits einen umfassenden Katalog der aktuellen Währungsprobleme sowie allenfalls in Frage kommender Lösungsalternativen zusammengestellt. Die Reformvorstellungen der Vereinigten Staaten, denen besondere Bedeutung zukommt, legte der amerikanische Schatzsekretär an der Jahresversammlung von Währungsfonds und Weltbank in einiger Ausführlichkeit dar.

Ende 1972 lief die erste Dreijahresperiode ab, in der erstmals zusätzliche Währungsreserven in Form von Sonderziehungsrechten – insgesamt rund 9,4 Mrd. SZR (1 Einheit der Sonderziehungsrechte = 1 Dollar vor der Abwertung) – geschaffen wurden. Gemäss den Statuten des Währungsfonds hätte ein Vorschlag auf Zuteilung weiterer Sonderziehungsrechte in den nächsten Jahren bis Mitte, spätestens aber bis Ende 1972, vom Generaldirektor des Währungsfonds den beteiligten Ländern unterbreitet werden müssen. Wegen der bestehenden Meinungsverschiedenheiten kam jedoch bis zum Jahresende kein solcher Antrag zustande. Immerhin sprach sich eine Mehrheit von Mitgliedsländern für die Schaffung zusätzlicher Sonderziehungsrechte aus.

Die Ausweitung der Wechselkursmargen, die in Washington zugleich mit dem «Realignment» vereinbart worden war, verlieh den Bestrebungen der EG-Länder, die Währungsintegration in ihrem Bereiche zu verstärken, neue Impulse. Die Verbreiterung der Wechselkursmargen auf $\pm 2\frac{1}{4}\%$ im Verhältnis zum Dollar hatte zur Folge, dass die Schwankungsbreite der EG-Währungen unter sich auf $\pm 4,5\%$ anwuchs. Eine derart weite Spanne erschwert die Integration. Die EG-Länder beschlossen daher, ab April 1972 die Kursmargen unter sich auf $\pm 2\frac{1}{4}\%$, d. h. auf die gleiche Spanne wie gegenüber dem Dollar, zu reduzieren. Dies setzt jedoch ein neues Interventionssystem voraus. Die Notenbanken der beteiligten Länder halten danach den Kurs ihrer Währungen nicht nur im Verhältnis zum Dollar, sondern auch gegenüber den anderen Mitgliederwährungen in der vorgesehenen Bandbreite. Sie haben zu diesem Zweck auch in EG-Währungen zu intervenieren. Die Abgeltung der zur Verfügung gestellten Währungsbeträge hat nach der vereinbarten Regelung im Prinzip nach Monatsfrist in Dollars, Sonderziehungsrechten oder Gold zu erfolgen, in einer Zusammensetzung, welche derjenigen des Währungsreservebestandes des Schuldnerlandes entspricht. Dieser Margenverengung und dem neuen Interventionssystem schlossen sich zunächst auch die vier Beitrittskandidaten Grossbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen an. Mit der Freigabe des Pfundkurses schieden jedoch ausser Grossbritannien auch Irland und Dänemark wieder aus. Italien wurde zu Interventionen mit Dollars ermächtigt. Dänemark schloss sich vor Ende des Jahres dem System wieder an. Norwegen blieb beteiligt, obschon ein Beitritt zur EG in der Volksabstimmung abgelehnt worden war.

Das Europäische Währungsabkommen, Nachfolgeinstitution der Europäischen Zahlungsunion seit dem Jahre 1958, wurde auf Ende des Berichtsjahres liquidiert. Der Restbe-

stand des Europäischen Fonds wurde den Vereinigten Staaten, die den Hauptbeitrag geleistet hatten, sowie den Mitgliedländern zurückerstattet. Die im Abkommen enthaltenen Kursgarantien auf Notenbankguthaben wurden von den beteiligten Ländern in eine neue Vereinbarung übernommen, die ab 1. Januar 1973 Gültigkeit hat.

B. Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft

Konjunkturverlauf

In der Schweiz nahm der Preisauftrieb 1972 ein ausserordentliches Ausmass an. Das Wachstum der Gesamtnachfrage, das sich in der zweiten Hälfte des Vorjahres abgeschwächt hatte, verstärkte sich. Die Entwicklung verlief jedoch in den einzelnen Sektoren der Wirtschaft unterschiedlich.

Besonders ausgeprägt war die Nachfrageausweitung im binnenwirtschaftlichen Bereich. Namentlich der Wohnungsbau und die Aufwendungen der öffentlichen Hand dehnten sich stark aus. Begünstigt durch eine überreichliche Geld-, Kredit- und Kapitalversorgung bildete sich am Baumarkt, insbesondere im Hochbau und bei den mit diesem eng verbundenen Gewerbebranchen, ein starker Nachfrageüberhang, obwohl der Baubeschluss vom 25. Juni 1971 durch Volksabstimmung am 4. Juni 1972 gutgeheissen und verlängert wurde. Das rege Interesse ausländischer Anleger an schweizerischen Liegenschaften trug bis zur Jahresmitte zum Auftrieb der Grundstückspreise und Baukosten bei.

Der chronische Mangel an Arbeitskräften verstärkte sich 1972 noch. Die Wirtschaft war bemüht, das ungenügende Arbeitsangebot durch Steigerung der Überzeitarbeit und vermehrte Einstellung von Grenzgängern oder Saisonarbeitern auszufüllen. Die Knappheit am Arbeitsmarkt liess die Löhne in einem Masse ansteigen, das den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt erheblich überstieg. Mit den Löhnen und Gehältern wurde auch die private Konsumnachfrage verstärkt. Der rasche Anstieg der Arbeitskosten schlug sich sodann unmittelbar in zahlreichen Preiserhöhungen nieder. Namentlich im Bereich der Dienstleistungen, einschliesslich jener der öffentlichen Hand, folgten sich die kostenbedingten Tarif- und Preisauflagen in beschleunigtem Rhythmus.

In der zweiten Jahreshälfte begann sich die Nachfrageentwicklung auch in Bereichen zu beleben, in denen sie seit dem Vorjahr eher gedämpft verlaufen war. Die industrielle und gewerbliche Investitionstätigkeit wurde reger. Der weltweite Konjunkturanstieg machte sich in wachsenden Auslandsaufträgen und steigenden Exporten bemerkbar. Die Gefahr zeichnete sich ab, dass die bisher auf einige binnenwirtschaftliche Sektoren beschränkte konjunkturelle Überhitzung sich auf weitere Bereiche ausdehnen, die bereits herrschende Überbeanspruchung des Arbeitsmarktes sich verstärken und namentlich der schon ein beängstigendes Ausmass erreichende Lohn- und Preisauftrieb sich noch beschleunigen werde. Auf Antrag des Bundesrates stimmte daher das Parlament im Dezember einer Reihe von dringlichen Bundesbeschlüssen zu, mit dem Ziel, einer weiteren Verschärfung der Konjunkturüberhitzung und der inflatorischen Tendenzen unverzüglich entgegenzutreten.

Die Zahl der *Beschäftigten* in der Schweiz erhöhte sich 1972 (0,6%) weniger als im Vorjahr (1,0%). Der Zuwachs blieb angesichts der Plafonierung der ausländischen

Arbeitskräfte weitgehend auf die inländische Bevölkerungszunahme beschränkt. Dabei trat eine Verlagerung von Industrie und Handwerk zu Baugewerbe und Dienstleistungssektor ein, deren Beschäftigtenzahl auf Kosten der erstgenannten Zweige zunahm. Unter den Dienstleistungsbereichen wiederum weitete der Bankensektor den Personalbestand am stärksten aus, während das Gastgewerbe eine Verminderung in Kauf zu nehmen hatte.

Die Gesamtzahl der erwerbstätigen Ausländer stieg nur geringfügig. Die Zahl der Grenzgänger war Ende August um 10,7%, jene der Saisonarbeiter als Folge der Zulassungspolitik um 8,7% höher als im Vorjahr. Dagegen ging der Bestand der Jahresaufenthalter zurück (-9,4%), während sich jener der erwerbstätigen Niedergelassenen leicht erhöhte (+0,2%).

Das *Bruttosozialprodukt* nahm 1972 real um 4,7%, also etwas stärker zu als im vorangegangenen Jahr (3,9%). Nominal, d. h. einschliesslich Teuerung, betrug der Zuwachs 14,4% (13%).

Die *industrielle Produktion* erhöhte sich weniger als das reale Bruttosozialprodukt. Das Wachstum der schweizerischen Wirtschaft konzentrierte sich vielmehr weitgehend auf die Bauwirtschaft und den Dienstleistungssektor. Diese Tendenz wird durch die Beschäftigungsentwicklung bestätigt. Die Entwicklung der Produktionsergebnisse war in den einzelnen Branchen der Industrie sehr unterschiedlich. Den stärksten Zuwachs verzeichnete die Uhrenindustrie, die nach dem Rückschlag des Vorjahres über freie Produktionskapazitäten verfügte. Wesentlich weniger stark nahm der Ausstoss in der chemischen Industrie, in den mit der Bauwirtschaft eng verbundenen Zweigen der Holzindustrie sowie der Industrie der Steine und Erden, der Textil- und der Maschinenindustrie zu. Die geringe Produktionssteigerung insbesondere in den dem Baugewerbe vorgelagerten Unternehmen war eindeutig durch die Knappheit an Produktionskapazitäten und nicht durch eine Abschwächung der Nachfrage bedingt.

Im *Fremdenverkehr* verlangsamte sich die Entwicklung im Berichtsjahr weiter. Die Zahl der Übernachtungen in Hotel- und Kurbetrieben nahm um rund 1% zu, verglichen mit einer Zuwachsrate von 2,0% im Vorjahr. Der Anstieg war mehrheitlich ausländischen Gästen zu verdanken. Überdurchschnittliche Frequenzzunahmen verzeichneten die Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland und Japan. Da sich die Beherbergungskapazität um etwa 2% erhöhte, war die durchschnittliche Bettenbesetzung rückläufig.

Die Schweizerischen Bundesbahnen hatten im *Reiseverkehr* einen leichten Rückgang zu verzeichnen, während der Güterverkehr auf hohem Niveau stagnierte. Im Luftverkehr, der im vorangegangenen Jahr eine kräftige Zunahme erfahren hatte, schwächte sich die Expansion spürbar ab.

Auch die Verkehrsleistungen der PTT-Betriebe dehnten sich gesamthaft etwas weniger stark aus als 1971. Während sich die Zunahme bei den Postdiensten im Rahmen des

Vorjahres hielt, war sie bei den Fernmeldediensten geringer. Eine deutliche Steigerung trat lediglich beim Postcheckumsatz ein.

Die Ertragsentwicklung in der *Landwirtschaft* stand unter dem Einfluss gegenläufiger Faktoren. Dank fortgesetzten Rationalisierungsbestrebungen und günstigen Absatzbedingungen konnte die Milch- und Fleischproduktion kräftig erhöht werden. Hingegen wurde die Wein-, Frucht- und Getreideernte durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse stark beeinträchtigt, so dass die pflanzliche Produktion hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb. Der Endrohertrag betrug 1972 5 217,5 Mio. Franken und wies gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 6,5% auf.

Die kräftige Ausweitung der Arbeitseinkommen war von einer beschleunigten Zunahme des *privaten Konsums* von Gütern und Diensten begleitet. Am stärksten dehnten sich die Ausgaben für Dienstleistungen aus. Wegen der geringen Angebotselastizität des inländischen Produktionsapparates führte die steigende Nachfrage zu erhöhten Konsumgüterimporten.

Die *Bautätigkeit* war ausserordentlich rege. Insbesondere der Wohnbau verzeichnete einen eigentlichen Boom. Das Hochbaugewerbe war entsprechend überlastet.

In den 92 statistisch registrierten Städten wurden 1972 27 784 neue Wohnungen erstellt, oder 2,6% mehr als im Vorjahr. Mitte Jahr befanden sich in den Gemeinden mit 2 000 und mehr Einwohnern nicht weniger als 71 000 Wohnungen im Bau, 14% mehr als vor Jahresfrist.

Die industriellen und gewerblichen Bauinvestitionen begannen sich erst im Laufe des Jahres zu beleben. Dabei war vor allem eine starke Zunahme des Raumvolumens der Investitionsvorhaben zu verzeichnen.

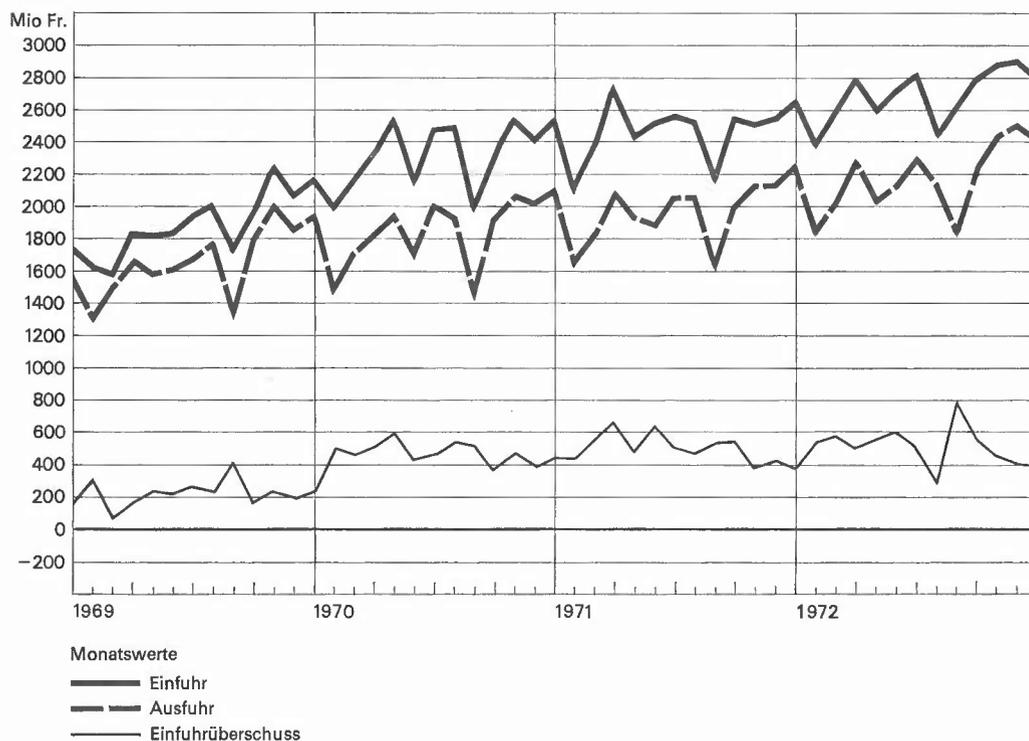
Grossen Umfang erreichte die Bautätigkeit im öffentlichen Bereich. Die Ausdehnung der öffentlichen Bauinvestitionen stiess allerdings in zunehmendem Masse sowohl bei Bund, Kantonen und Gemeinden auf finanziell bedingte Grenzen.

Im Tiefbau, dessen Leistungen in erster Linie durch die öffentliche Hand beansprucht werden, war der Nachfrageüberhang bei regionalen Unterschieden erheblich geringer als im Hochbau.

Die bereits im Jahre 1971 konstatierte Wachstumsverlangsamung bei den *Ausrüstungsinvestitionen* dauerte zunächst noch bis gegen die Jahresmitte fort. In der zweiten Jahreshälfte setzte mit der zuversichtlicheren Beurteilung der Konjunkturaussichten eine deutliche Erholung ein. Dies kam u. a. in steigenden Investitionsgüterimporten zum Ausdruck.

Im *Aussenhandel* unseres Landes trat in der zweiten Hälfte des Jahres sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite eine deutliche Steigerung der Wachstumsraten ein. Die Zunahme der Aussenhandelswerte war zu einem erheblichen Teil durch höhere Preise

Handelsbilanz



bedingt. Hervorzuheben ist der Abschluss einer Freihandelsvereinbarung mit der Europäischen Gemeinschaft, die im Dezember in der Volksabstimmung mit grosser Mehrheit gutgeheissen wurde.

Der *Importwert* bezifferte sich auf 32326 Mio. Franken und zeigte im Vorjahresvergleich eine Erhöhung um 9,1% (Vorjahr 6,3%). Die Zunahme war zu etwa vier Fünfteln die Folge höherer Mengen und zu ungefähr einem Fünftel preisbedingt.

Die stärkste Zunahme verzeichneten die Konsumgüterimporte. Sie erhöhten sich um 15,0%, gegenüber 13,8% im Jahre 1971. Die Einfuhr von Investitionsgütern, welche erst in der zweiten Jahreshälfte nachzog, stieg um 10,5% (9,4%). Die Importe von Rohstoffen und Halbfabrikaten wuchsen um 6,2% (2,5%). Dagegen gingen die Bezüge von Energieträgern um 8,2% zurück, nachdem sie im Vorjahr noch um 27% zugenommen hatten, wobei die starken Ausschläge sowohl 1971 als auch 1972 zur Hauptsache durch bedeutende Preisschwankungen verursacht wurden.

Vom Zuwachs von insgesamt 2,7 Mrd. Franken entfielen 69,2% auf Bezüge aus den Ländern der EG, 15,2% auf solche aus EFTA-Staaten, 3,7% auf die übrigen europäischen Länder und 11,9% auf die überseeischen Gebiete.

Unter den EG-Ländern figurierte an erster Stelle der Lieferländer die Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil am Zuwachs von 32,5%, gefolgt von Frankreich mit 24,2% und Italien mit 7,3%.

Der Wert der schweizerischen *Exporte* erreichte 26 091 Mio. Franken und war um 10,5% höher als im Vorjahr (6,7%). Rund drei Fünftel der Zunahme waren teuerungsbedingt. Da die laufende Produktion mit der Ausdehnung der Ausfuhrmenge nicht Schritt hielt, wurde die steigende Auslandnachfrage teilweise durch den Abbau von Lagerbeständen gedeckt. Die Exportentwicklung war in den einzelnen Wirtschaftsbranchen sehr unterschiedlich. Die höchsten Zuwachsraten wiesen die chemische Industrie (16,2%), die Textilindustrie (8,4%), die Maschinen- und Apparateindustrie (7,5%) sowie die Uhrenindustrie (6,2%) auf. Die Exportlieferungen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie blieben beträchtlich unter dem Vorjahresergebnis (-12,1%).

Die Lieferungen nach Japan, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Grossbritannien und Belgien-Luxemburg nahmen überdurchschnittlich zu. Der Wert der Ausfuhr nach EG-Ländern erhöhte sich um 7,9%, nach EFTA-Ländern um 11,8%. Die Verkäufe nach den überseeischen Gebieten stiegen um 9,6%, wobei sich insbesondere die Exporte nach Asien (Indonesien, Iran) stark ausdehnten. Sehr hohe Zuwachsraten wiesen die Exporte nach einigen Ländern des Ostblocks auf.

Das beschleunigte Anwachsen der Importe liess in der zweiten Hälfte 1972 das *Handelsbilanzdefizit* wieder stärker ansteigen. Es erreichte 6 235 Mio. Franken oder 3,5% mehr als im Vorjahr. Die Wareneinfuhr des ganzen Jahres war zu 80,7% durch Exporte gedeckt gegenüber 79,7% im Jahre 1971.

Die *Ertragsbilanz* dürfte 1972 wie im Vorjahr einen kleinen Aktivsaldo aufweisen. Das leicht höhere Defizit der Handelsbilanz wurde durch etwas grössere Einnahmenüberschüsse im Dienstleistungsverkehr kompensiert.

Die laufenden Ausgaben der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungen stiegen 1972 mit rund 14% etwa gleich stark wie im Vorjahr. Im *Finanzvoranschlag* des Bundes für 1972 war eine Erhöhung der Ausgaben um 13,2% und der Einnahmen um 16,5% sowie ein Einnahmenüberschuss von 180 Mio. Franken vorgesehen. Effektiv ergab sich jedoch ein Fehlbetrag von 247 Mio. Franken. Die Kantone und Gemeinden erhöhten ihre Ausgaben stärker als der Bund.

Im Budget des Bundes für das Jahr 1973 sind die Ausgaben auf 11 360 Mio. Franken und die Einnahmen auf 11 164 Mio. Franken veranschlagt, so dass sich ein budgetierter Ausgabenüberschuss von 196 Mio. Franken ergibt. Im Vergleich zum Voranschlag 1972 bedeutet dies eine Steigerung der Ausgaben von 1 614 Mio. Franken oder 17,8% und der Einnahmen von 1 238 Mio. Franken oder 12,5%.

Der bereits im Jahre 1971 einsetzende starke Anstieg der *Löhne* dauerte im Berichtsjahr an. Die Lohnsätze in Industrie und Baugewerbe lagen Ende September 1972 um 8,7% über dem Vorjahresstand. Im vorangegangenen Jahr hatte die Steigerung 9,7% betragen. Der etwas geringere Anstieg dürfte auf eine grössere Zurückhaltung von Unternehmungen

in Branchen zurückzuführen sein, die im Laufe des Vorjahres von einer deutlichen Konjunkturabschwächung betroffen worden waren. Die effektiven Verdienste nahmen angesichts des angespannten Arbeitsmarktes wesentlich stärker zu als die Lohnsätze. Bedeutende Lohnerhöhungen erfolgten erst in der zweiten Jahreshälfte, insbesondere auf das Jahresende hin.

Der Preisauftrieb, der bereits im Vorjahr ein ungewöhnliches Ausmass erreicht hatte, verstärkte sich 1972 noch weiter. Der Index der *Konsumentenpreise* stieg um 6,7%. Die Schweiz wies unter den Industriestaaten eine der höchsten Steigerungsraten der Lebenshaltungskosten auf.

Bei den *Grosshandelspreisen* verstärkte sich der Auftrieb vom Sommer an noch mehr als bei den Konsumentenpreisen. Der Grosshandelspreisindex, der die Preisentwicklung bei den Waren, die noch nicht Konsumreife erlangt haben, erfasst, lag Ende Dezember 1972 5,8% über dem Vorjahresstand gegenüber 2,5% ein Jahr zuvor. Dieser beschleunigte Indexanstieg war im wesentlichen durch die von der zweiten Jahreshälfte an einsetzende starke Verteuerung der Importwaren bedingt. Von November 1970 bis April 1972 war der Preisindex der Importwaren stets rückläufig gewesen und hatte dadurch den Anstieg der Inlandwarenpreise teilweise aufgefangen. In den letzten Monaten des Jahres 1972 stiegen die Preise in beiden Kategorien rascher an.

Im *Bausektor* nahmen die Preise angesichts des herrschenden Nachfrageüberhanges stark zu. Der Zürcher Baukostenindex, der die effektive Bauteuerung nur zum Teil erfasst, lag Ende Oktober um 10,1% über dem Vorjahresstand (1971 + 11,2%).

Währungsreserven und Devisenmarkt

Die Bemühungen, die aussergewöhnliche Aufblähung der Geld- und Kapitalversorgung, welche die hohen Mittelzuflüsse des Vorjahres verursacht hatten, insbesondere durch Förderung des Kapitalexportes abzubauen, liessen die Kapitalverkehrsbilanz 1972 passiv werden. Dies schlug sich bei nahezu ausgeglichener Ertragsbilanz in einem deutlichen Rückgang der offiziellen Devisenreserven nieder.

Die *Währungsreserven* (Gold, Devisen und ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken) gingen trotz der Dollarzuflüsse vom Juli – nach Ausschaltung der Ende 1971 und 1972 mit den Banken zur Überbrückung des Jahresresultimos abgeschlossenen kurzfristigen Dollarswaps – um 2398 Mio. Franken oder rund 9% zurück. Die Abnahme beschränkte sich auf den Devisenbestand, während die *Goldreserven* mit 11880 Mio. Franken und der Bestand an *ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken* von 4278 Mio. unverändert blieben.

Die *Devisenreserven* hatten sich Ende 1971 auf 10323 Mio. Franken belaufen, wovon 230 Mio. auf die Ultimo-Swaps mit den Banken entfielen; diese Swaps wurden am 3. Januar 1972 bereits wieder aufgelöst, was zu einem entsprechenden Devisenabgang führte.

Mitte Februar war eine weitere Verminderung des Devisenbestandes im Gegenwert von 73 Mio. Franken zu verzeichnen. Sie war auf besondere Transaktionen mit der Weltbank zurückzuführen. Die Weltbank hatte in der Schweiz mittelfristige «Notes» im Gesamtbetrag von 300 Mio. Franken plaziert und einen Teil davon auf Wunsch des Direktoriums bei der Nationalbank in Fremdwährungen umgewandelt. Eine analoge Operation gleichen Umfangs erfolgte gegen Ende Februar.

Von Mitte Februar an wurden jene Banken, die Gesuche um Bewilligung von Kapitalexportgeschäften in Schweizerfranken einreichten, verpflichtet, einen Teil des Nominalbetrages bei der Nationalbank in Dollars umzuwandeln. Unter diesem Titel wurden bis zum Ende des ersten Semesters für 858 Mio. Franken Devisen an Banken abgegeben.

Im Mai machten einige Kreditinstitute von der Möglichkeit Gebrauch, von der Nationalbank Dollars zu Lasten ihrer Mindestguthaben auf dem Zuwachs der Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern zu beziehen. Diese Bezüge erreichten insgesamt den Gegenwert von 795 Mio. Franken.

Eine weitere Reduktion der Devisenreserven um 203 Mio. Franken ergab sich Anfang Juni durch einen Abbau des zwischen der Nationalbank und der Federal Reserve Bank of New York bestehenden Dollar-Franken-Swaps. Im Ausmass von 50 Mio. Dollar wurde der Swap von amerikanischer Seite durch Verwendung angesammelter Frankenguthaben reduziert. Eine weitere Verminderung der Swaps um 250 Mio. Dollar führte zu keiner Veränderung des Devisenbestandes, weil lediglich ein Abtausch von gegen eine Dollarabwertung gesicherten in nicht gesicherte Dollars vorgenommen wurde.

Den tiefsten Stand erreichten die Dollarreserven der Nationalbank am 15. Juni 1972 mit einem Frankengegenwert von 7 178 Mio., was im Vergleich zum Jahresende 1971 einer Abnahme um 3 145 Mio. entspricht. Neben den bereits erwähnten Dollarabgaben trugen auch Transaktionen mit der BIZ sowie laufende Auslandszahlungen des Bundes und der PTT-Betriebe zu diesem Abgang bei.

Zur Überbrückung des Semesterendes wurden Ende Juni mit den Banken kurzfristige Dollarswaps im Umfange von 3 507 Mio. Franken abgeschlossen. Analoge Operationen mussten auch Ende September (1 471 Mio.), Ende Oktober (551 Mio.) und am Jahresende (4 629 Mio. Franken) getätigt werden. Sie hatten jeweils eine vorübergehende Ausweitung des Devisenbestandes zur Folge.

Nach dem Beschluss der britischen Regierung, den Pfundkurs bis auf weiteres freizugeben, drohte einmal mehr die Gefahr bedeutender spekulativer Kapitalbewegungen in Länder mit gesuchter Währung. Die Nationalbank entschloss sich daher am 23. Juni, ihre Interventionen auf dem Devisenmarkt, ebenso wie die Notenbanken der EG-Länder und Japans, vorübergehend einzustellen. Die meisten ausländischen Devisenbörsen blieben bis zum 28. Juni geschlossen. Die Nationalbank nutzte die Pause, um geeignete Abwehr-

massnahmen auf den Zeitpunkt der Wiederaufnahme ihrer Interventionstätigkeit vorzubereiten. Sie schaltete sich am 3. Juli wieder am Devisenmarkt ein.

Trotz nachdrücklicher Warnung, dass die bereits getroffenen Abwehrmassnahmen durch Einführung einer Kommissionsbelastung verstärkt würden, falls ihr Devisen zuflössen, musste die Nationalbank am 3. Juli 209 Mio. Dollar übernehmen. In den nächsten Tagen war sie zu weiteren Devisenübernahmen genötigt, obwohl mittlerweile die erwähnte Kommissionsbelastung in Kraft getreten war. Am 13. Juli erreichten die Zuflüsse mit 438 Mio. Dollar ihren Höhepunkt. Vom 18. Juli an bis zum Jahresende wurden der Nationalbank keine Dollars mehr abgetreten.

Diese Dollarzuflüsse erhöhten den Devisenbestand in der ersten Hälfte Juli um 1,3 Mrd. Dollar oder 4,9 Mrd. Franken. Er lag damit um knapp 1,6 Mrd. Franken über dem Stand von Ende 1971 (unter Ausschluss des Jahresendswaps).

Nach diesem Datum konnten die Devisenreserven wieder sukzessive, durch Dollarverkäufe für bewilligungspflichtige Kapitalexporte, durch Dollarabtretungen an den Markt Anfang Oktober (rund 200 Mio. Dollar) sowie durch Auslandszahlungen der Bundesverwaltung, abgetragen werden. Ab Anfang Oktober wurde der Dollar-Franken-Swap zwischen der Federal Reserve Bank of New York und der Schweizerischen Nationalbank in mehreren Teilbeträgen von insgesamt 130 Mio. Dollar weiter abgebaut, was einen entsprechenden Devisenabgang zur Folge hatte.

Ende 1972 stellten sich die Devisenreserven (ohne Jahresendswaps) der Nationalbank auf 7 695 Mio. Franken.

Am schweizerischen *Devisenmarkt* setzte sich in den ersten Tagen Januar die Aufwärtsbewegung des Dollarkurses, die am 20. Dezember 1971 mit der Festsetzung des neuen Mittelkurses durch den Bundesrat begonnen hatte, zunächst fort. Er erreichte am 6. Januar seine höchste Notierung mit 3.9220, lag also nur ganz geringfügig unter dem oberen Interventionspunkt von 3.9265. Die auch auf den ausländischen Märkten verzeichnete feste Haltung des Dollars war indessen nicht von langer Dauer. Bereits am 13. Januar machten sich die ersten Anzeichen einer Abschwächung bemerkbar.

Am 17. Februar sank der Dollarkurs in der Schweiz erstmals seit dem «Realignment» vom Dezember 1971 unter den Mittelkurs von 3.84. Das Hinauszögern des formellen Kongressbeschlusses über die Dollarabwertung und insbesondere die anhaltende Niedrigzinspolitik in den Vereinigten Staaten schwächten den Dollar international. Von Ende Februar bis Mitte Juni war der Dollarkurs in der Schweiz verhältnismässig starken und abrupten Schwankungen unterworfen. Auf Tage mit Kursen über 3.87 folgten Perioden, in denen der Dollar zeitweilig unter 3.83 oder sogar unter 3.82 notierte.

Der Ausbruch der Pfundkrise wirkte sich sehr rasch auf den Dollarkurs in der Schweiz aus. Dieser fiel am Morgen des 23. Juni auf den untersten Punkt von 3.7535. Während der

Zeit, da die Nationalbank ihre Stützungskäufe einstellte, bewegte sich der Dollarkurs am Markt zeitweise leicht unter dem offiziellen Ankaufskurs.

Am 18. Juli löste er sich erstmals wieder vom unteren Interventionspunkt. Er befestigte sich im August und September zusehends und erreichte den höchsten Stand am 2. Oktober mit 3.8080. Die Verknappung der Notenbankgeldversorgung des schweizerischen Bankenapparates bewirkte gegen das Jahresende hin eine fühlbare Abschwächung des Dollarkurses.

Der *Goldmarkt* verzeichnete auch in der Schweiz einen spektakulären Preisanstieg. Am Jahresanfang stellte sich der freie Goldpreis in Zürich auf 43.60 Dollar je Feinunze. Bereits in den ersten Tagen Januar begann er sich nach oben zu bewegen und setzte seinen Anstieg stetig fort, lediglich unterbrochen von relativ kurzen Perioden der Stabilität oder eines leichten Rückganges. Am 2. Mai überschritt er erstmals 50 und am 9. Juni 60 Dollar. Diese aussergewöhnliche Goldpreishausse war in erheblichem Masse auf einige Sonderfaktoren zurückzuführen, nämlich das Zusammentreffen einer erhöhten Nachfrage für industriellen und gewerblichen Bedarf sowie für Hortungszwecke auf Grund der politischen Ereignisse in Asien mit einem verminderten Angebot Südafrikas, dessen Zahlungsbilanzlage sich gebessert hatte. Der Preisauftrieb wurde allerdings durch Gerüchte und Spekulationen zusätzlich stimuliert.

Die durch den Ausbruch der Pfundkrise hervorgerufene Unsicherheit im internationalen Währungssektor trug dazu bei, den freien Goldpreis im Juli weiter in die Höhe zu treiben. Am 2. August erreichte er mit 70 Dollar je Feinunze seinen bisher höchsten Stand. Er vermochte sich jedoch nicht auf diesem Niveau zu halten und bildete sich in der Folge allmählich zurück. Am Jahresende belief er sich auf 64.50 Dollar je Feinunze.

Geld- und Kapitalmarkt

Der schweizerische Geld- und Kapitalmarkt stand zu Beginn des Jahres im Zeichen eines hohen Liquiditätsüberhangs, den die enormen Mittelzuflüsse des Vorjahres geschaffen hatten. Ein rascher Wiederabfluss von Geldern ins Ausland, namentlich nach den USA, trat nicht im erwarteten Ausmasse ein. Die extrem liberale Bewilligungspolitik, welche die Nationalbank nach dem «Realignement» gegenüber Kapitalexporten eingeschlagen hatte, zeitigte ebenfalls nicht die erhoffte Wirkung. Die starke Zunahme der dem Ausland gewährten Darlehen, «Notes»- und Anleihensemissionen wurde durch den Zustrom von Auslandsgeldern, die in Schweizerfranken Anlage suchten, laufend wettgemacht. Erst als Mitte Februar die bereits im August 1971 eingeführte Konversionspflicht für auf Schweizerfranken lautende Kapitalexportgeschäfte verschärft wurde, indem nun ein Teil des Nominalbetrages direkt bei der Nationalbank in Dollars konvertiert werden musste, begann sich die Notenbankgeldmenge und damit die Liquidität des Bankensystems dank dem anhaltenden Kapitalexport zu verringern.

Als sich im Frühjahr die Anzeichen einer neuerlichen Konjunkturbelebung mehrten, ergriff die Nationalbank Massnahmen, um die noch verbliebene Überschussliquidität im Bankensystem rascher zu vermindern. Gestützt auf die Rahmenvereinbarung mit den Banken wurde im Einvernehmen mit der Schweizerischen Bankiervereinigung per Ende April erstmals Bankenliquidität durch Mindestguthaben auf dem Zuwachs der Inlandverbindlichkeiten abgeschöpft. Zugleich wurden auf diesen Zeitpunkt hin weitere Mittel durch Neuinterpretation der Regelung über die ausserordentlichen Mindestguthaben auf dem Zuwachs ausländischer Gelder stillgelegt. Durch Heraufsetzung der Konversionsquote auf genehmigungspflichtigen Kapitalexportgeschäften in Schweizerfranken wurde ab Anfang Mai sodann der Abbau der Notenbankgeldmenge durch Kapitalexporte verstärkt.

Die Stilllegung liquider Mittel machte sich am Geld- und Kapitalmarkt allmählich bemerkbar. Der Zinsrückgang, der im Januar und Februar sowohl für kurzfristige wie für mittel- und längerfristige Gelder angedauert hatte, kam zum Stillstand. Kurz vor Mitte April zogen die Geldmarktsätze an. Die Obligationenrendite begann ebenfalls zu steigen. Die hohen Überzeichnungen neuer Anleihensauflagen liessen deutlich nach. Die Ausgabekonditionen mussten für die Zeichner etwas verbessert werden. Die Geldversorgung des Publikums, insbesondere in Form von Bankguthaben, blieb jedoch nach wie vor übersetzt.

Der Ausbruch der Pfundkrise in der zweiten Junihälfte und die Dollarströme, welche sie nach einigen kontinentaleuropäischen Ländern, auch nach der Schweiz, in Bewegung setzte, unterbrachen die bereits weitgehend verwirklichte Normalisierung der schweizerischen Notenbankgeldversorgung. Trotz drastischer Massnahmen, welche unverzüglich zur Abschirmung gegen erneute Geldzuflüsse erlassen wurden, flossen der Nationalbank in der ersten Julihälfte Dollars im Werte von 4,9 Mrd. Franken zu. Der Dollarankauf führte zu einer erneuten Ausweitung des Notenbankgeldvolumens und damit auch des inländischen Liquiditätspolsters des Bankensystems. So nahmen die Giroguthaben der Wirtschaft, bei denen es sich im wesentlichen um Guthaben der Banken handelt, von 5,7 Mrd. unmittelbar vor Ausbruch der Pfundkrise auf 9,9 Mrd. Franken Mitte Juli zu.

Diese kräftige Verflüssigung begünstigte die bereits im Gang befindliche Kreditexpansion der Banken. Die erteilten Kreditzusagen nahmen im dritten Quartal noch stärker zu als in den beiden vorangegangenen Jahresvierteln. Die gemeldeten Baukreditzusagen waren in dieser Periode mehr als doppelt so gross wie im Vorjahr. Die effektiven Kreditauszahlungen der Banken stiegen in einem von Monat zu Monat rascher werdenden Tempo. Die Zuwachsrate der für Verwendung im Inland beanspruchten Kreditauszahlungen im Vergleich mit dem jeweiligen Vorjahresmonat, die sich 1971 für die der Kreditzuwachsbegrenzung angeschlossenen Institute insgesamt jeweils zwischen 6,5% und 7,5% bewegt hatte, erhöhte sich vom Mai an Monat für Monat und erreichte im November

11,5%. Die Kredite, die der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurden, übertrafen deren reale Wachstumsfähigkeit erheblich.

Die überreichliche Fülle flüssiger Mittel übertrug sich auch auf den Kapitalmarkt. Die Nachfrage nach schweizerischen Wertschriften nahm nach der Sommerpause ein bedeutendes Ausmass an. Neue Frankenanleihen ausländischer Schuldner wurden trotz des stark erhöhten Emissionsvolumens regelmässig hoch überzeichnet. Die Titel wurden im vorbörslichen Handel allgemein zu Kursen über pari kotiert.

Die Nationalbank erhöhte auf Ende Juli neuerdings die Mindestguthaben sowohl auf dem Zuwachs der inländischen als auch der ausländischen Verbindlichkeiten und legte dadurch zusätzlich gegen 1 Mrd. Franken Notenbankgeld des Bankensystems still. Auf Anfang September wurde sodann die Quote der Pflichtkonversion bei der Nationalbank für Kapitalexportgeschäfte in Schweizerfranken weiter heraufgesetzt. Die Wiedererstarkung des Vertrauens in den Dollar und die vermehrten Kapitalanlagen in den Vereinigten Staaten unterstützten die Wirkung der Devisenkonversionen für genehmigungspflichtige Kapitalexporte und Auslandszahlungen des Bundes.

Von Anfang Oktober an wurden am Geld- und Kapitalmarkt die Auswirkungen des Liquiditätsabbaues und der Massnahmen zur Fernhaltung neuer ausländischer Gelder deutlich spürbar. Der Geldmarkt wurde knapper. Die kurzfristigen Zinssätze mussten wiederholt erhöht werden. Der vorher reichliche Zustrom mittel- und langfristiger Kundengelder verlangsamte sich. Die Banken sahen sich veranlasst, die Zinssätze für Kassenobligationen, die noch im Februar gesenkt worden waren, im November wieder heraufzusetzen.

Auch am Kapitalmarkt trat ab Oktober ein deutlicher Klimawandel ein. Neue Anleiheemissionen begegneten trotz schrittweiser Anpassung der Konditionen zugunsten der Anleger wachsender Zurückhaltung. Wiederholt konnten Obligationenanleihen nicht voll untergebracht werden. Einzelne Emissionsvorhaben wurden zurückgezogen. Die Banken kürzten das Programm der Auslandsemissionen für die letzten beiden Monate des Jahres beträchtlich.

Die kurzfristige *Finanzierungshilfe* der Nationalbank wurde von den Banken angesichts der vorstehend dargelegten Entwicklung der Marktverhältnisse erstmals auf Ende Juni in Anspruch genommen. Die bis dahin eingetretene weitgehende Normalisierung der Liquiditätsverhältnisse veranlasste die Banken, sich auf den Halbjahresultimo hin zusätzliches Notenbankgeld im Betrage von 4,2 Mrd. Franken, wovon 0,7 Mrd. Franken gegen Diskont- und Lombardkredit, zu verschaffen. Ende September stellte die Nationalbank ihnen rund 2 Mrd. Franken, davon 0,5 Mrd. Franken gegen Diskont- und Lombardkredite, zur Verfügung. Der fortschreitende Liquiditätsabbau hatte zur Folge, dass die Notenbankhilfe von den Banken selbst Ende Oktober und Ende November beansprucht wurde.

Zur Erleichterung der Ultimofinanzierung wurden bereits Anfang Dezember Swap-Kredite zur Verfügung gestellt. Insgesamt nahmen die Banken die Finanzierungshilfe der Nationalbank am Jahresende mit 6,1 Mrd., worunter 1,4 Mrd. Franken gegen Diskontierung bzw. Pensionierung von Wechseln und Lombardierung von Wertschriften, in Anspruch.

Der Bestand der Nationalbank an *Inlandwechseln* (einschliesslich Schatzanweisungen des Bundes) ging im Jahresmittel von 118 Mio. Franken 1971 leicht auf 115 Mio. zurück. Unter Ausklammerung der an den Monats- bzw. Quartalsenden vorübergehend angestiegenen Bestände ergibt sich im Jahresdurchschnitt ein Bestand des Inlandwechselportefeuilles von lediglich 77 Mio. Franken. Über die Monatsenden Juni, September und November gaben die Grossbanken Eigenwechsel der BIZ für einige Tage in Pension. Die Nationalbank diskontierte ferner kleinere Beträge von Schatzanweisungen des Bundes sowie Handels- und Pflichtlagerwechsel. Die Banken reichten überdies im Verlaufe des Jahres *Sterilisierungsreskriptionen* im Betrage von 333 Mio. Franken (1971 39 Mio.) ein. Das Volumen dieser Papiere blieb im Laufe des Jahres, abgesehen von vorübergehenden Pensionierungen, mit 313 Mio. Franken unverändert.

Die von der Nationalbank diskontierten *Pflichtlagerwechsel* wiesen Ende 1972 einen Bestand von 94,1 Mio. Franken (1971 66,8 Mio.) auf. Am Jahresende waren in der Schweiz insgesamt 2 676 Pflichtlagerverträge mit einem Warenwert von 1 910 Mio. Franken ausstehend. Die Banken allein hatten Ende 1972 in ihren Portefeuilles Pflichtlagerwechsel im Betrage von 1 454 Mio. Franken.

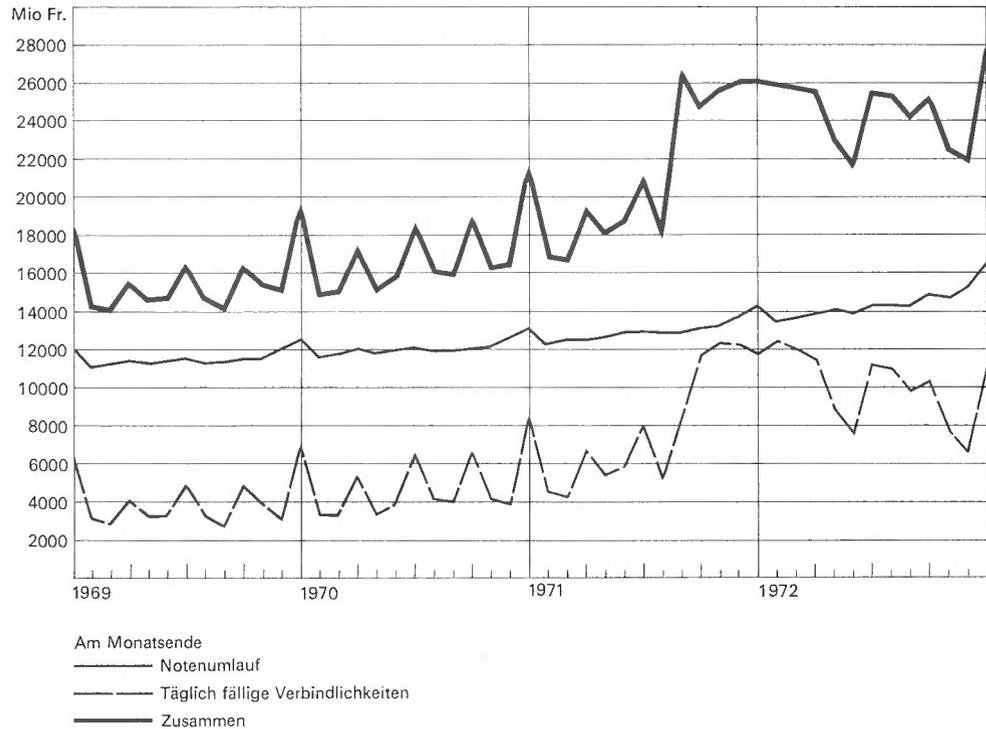
Die *Lombardvorschüsse* der Nationalbank beliefen sich im Jahresmittel auf 22 Mio. Franken gegenüber 16 Mio. im Vorjahr.

Im Zusammenhang mit dem starken Lohn- und Preisauftrieb beschleunigte sich die Ausweitung der Notenzirkulation erheblich. Der *Notenumlauf* nahm mit den üblichen saisonalen Schwankungen von 14 310 Mio. auf 16 635 Mio. Franken zu. Er dehnte sich somit innert Jahresfrist um 16,2% (Vorjahr 9,2%) aus.

Die Guthaben des *Bundes* bei der Notenbank, die auch die Guthaben der PTT-Betriebe (insbesondere Postcheckdienst) und der SBB einschliessen, bewegten sich 1972 durchgehend über dem Vorjahresstand.

Die *inländische Kreditstätigkeit* der Banken verstärkte sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich. Die von den 72 monatlich meldenden Banken gewährten Kredite für Verwendung im Inland erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr im ersten Quartal um 7,7%, im zweiten Quartal um 8,2% und im dritten Quartal um 9,5%. Dabei nahmen die Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie die Hypothekarkredite am stärksten zu. Diese beiden Bilanzpositionen stiegen im Durchschnitt der ersten neun Monate gegenüber dem Vorjahr um 12,5% bzw. 9,6%, während sich die entsprechende Zuwachs-

*Notenumlauf und
täglich fällige
Verbindlichkeiten*



rate des gesamten Kreditvolumens auf 8,9% bezifferte. Die Kontokorrentdebitoren, welche sich während längerer Zeit unterdurchschnittlich ausgedehnt hatten, zeigten seit Jahresmitte ebenfalls ein verstärktes Wachstum; ihre Zunahme, verglichen mit dem Vorjahresstand, stieg von 6,8% in der ersten Jahreshälfte auf 9,5% im dritten Quartal.

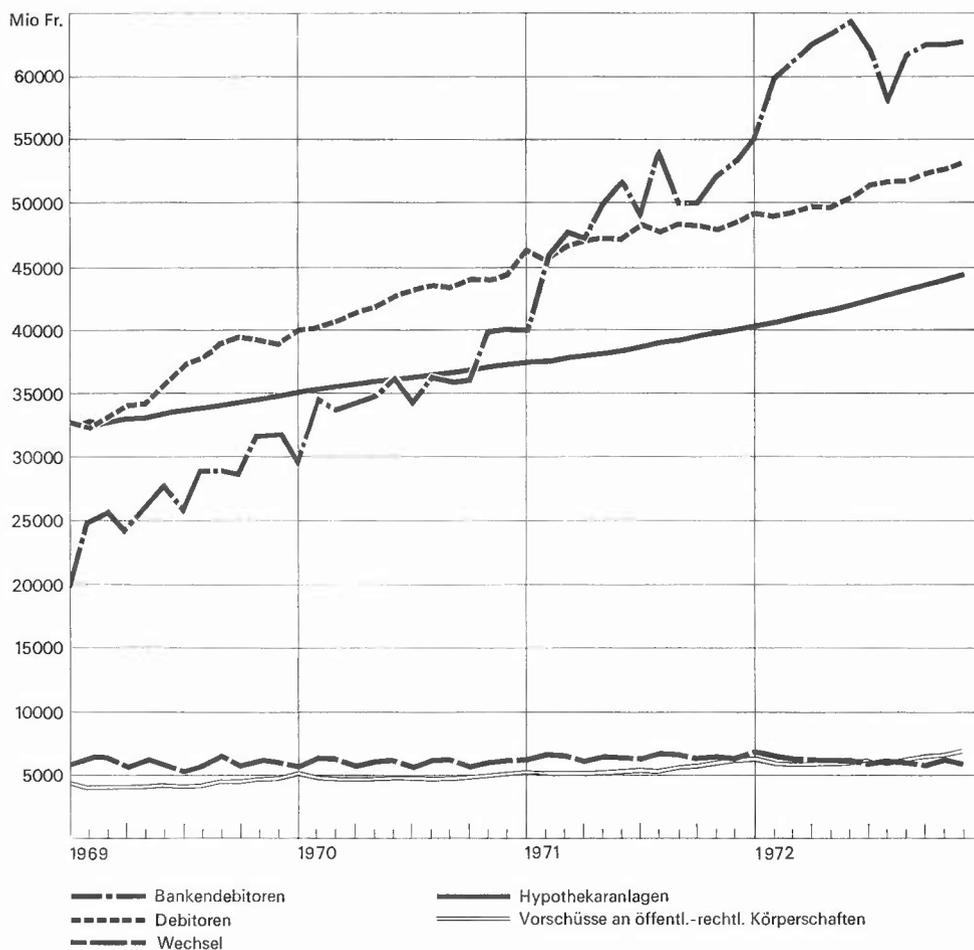
Die Entwicklung der *Baukreditzusagen* schlug sowohl hinsichtlich ihrer absoluten Grösse als auch bezüglich ihres Wachstumstempos alle bisherigen Rekorde. Die Zuwachsrate der von 60 Banken zugesagten Baukredite stieg, im Vorjahresvergleich, von 63,0% im ersten Halbjahr 1972 auf 99,8% im Juli, 97,7% im August und 107,1% im September. In den ersten neun Monaten 1972 betrug sie 76,3%, verglichen mit 47,3% in der entsprechenden Vorjahresperiode. Am stärksten erhöhten sich dabei die Kredite für den Wohnungsbau, insbesondere den allgemeinen Wohnungsbau, sowie für den Bau von Einfamilienhäusern und Villen. Seit Mitte 1972 war indessen auch in den übrigen Bereichen, vor allem auf dem Gebiet der grossgewerblichen und industriellen Bauinvestitionen, eine namhafte Steigerung der Kreditzusagen festzustellen.

Die *Auslandsverflechtung des schweizerischen Bankensystems* nahm 1972 gesamt- haft nur noch geringfügig zu. Die Verbindlichkeiten der Banken gegenüber dem Ausland waren Ende November mit 80,3 Mrd. Franken um 0,7 Mrd. Franken niedriger, die Auslandguthaben (einschliesslich Hypothekaranlagen, Wertschriften, dauernde Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen) mit 99,4 Mrd. um 5,0 Mrd. Franken höher als im gleichen

Bankbilanzen

72 Banken

Aktiven

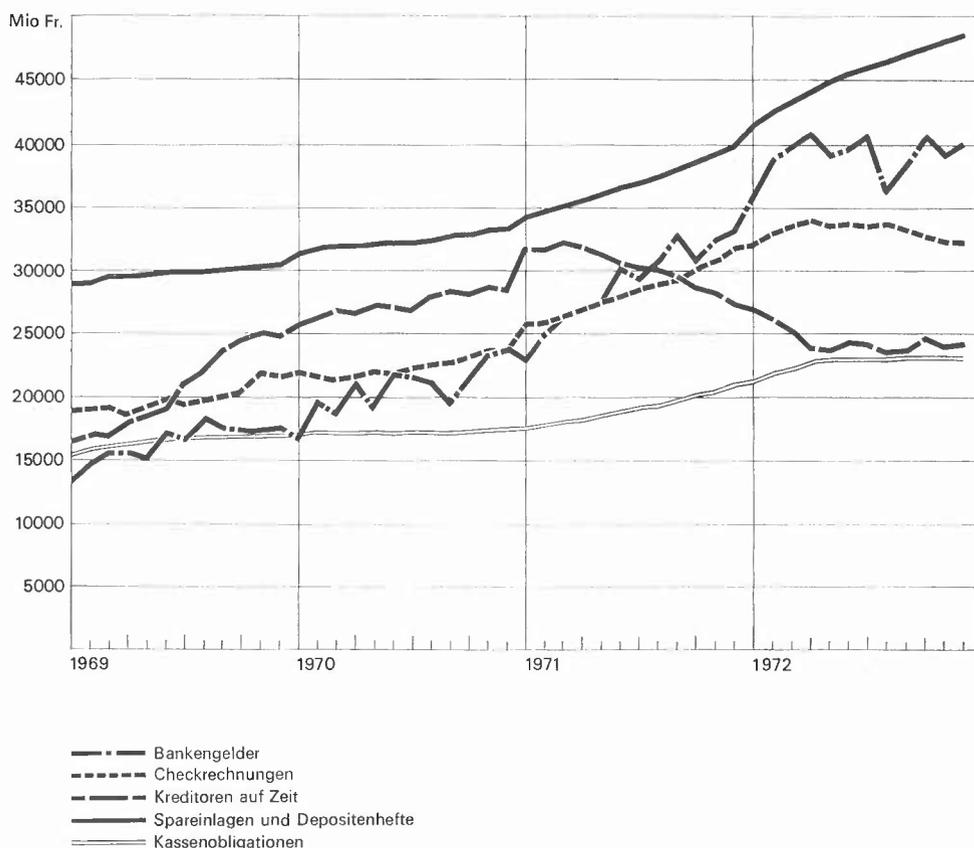


Zeitpunkt des Vorjahres. Der Umfang der Treuhandgeschäfte mit dem Ausland nahm von 32,7 Mrd. Ende November 1971 bei den Auslandverpflichtungen auf 28,1 Mrd. Franken und bei den Auslandguthaben von 35,5 Mrd. auf 30,8 Mrd. Franken Ende November 1972 ab.

Die Nettobeanspruchung des *Kapitalmarktes* durch öffentliche Emissionen von Obligationen und Aktien erreichte 1972 den Rekordbetrag von 7 378 Mio. Franken (1971 6 482 Mio.). Die Nettobeanspruchung des Marktes durch schweizerische Obligationen war mit 3 970 Mio. Franken nur wenig grösser als im Vorjahr (3 895 Mio.). Hingegen wurden dem Markt durch ausländische Anleihen erheblich mehr Mittel entnommen als 1971. Der Emissionswert ausländischer Obligationenanleihen bezifferte sich nach Abzug der Rückzahlungen auf 2 469 Mio. Franken, gegenüber 1 618 Mio. Franken im Vorjahr.

Durch die Emission schweizerischer Aktien wurden netto 939 Mio. Franken (1971 968 Mio.) beansprucht. In bezug auf Einzelheiten der öffentlichen Emissionstätigkeit sei auf die Tabelle Seite 35 verwiesen.

Passiven



Der *Bund* gab 1972 zwei *Anleihen* aus. Im Januar legte er eine Anleihe im Nominalbetrag von 400 Mio. Franken zur öffentlichen Zeichnung auf, die im Umfang von 325 Mio. zur Konversion fälliger Anleihen diente (3¼% Eidgenössische Anleihe 1947–72 von 75 Mio. Franken und 2¼% Eidgenössische Anleihe 1954–72 von 250 Mio. Franken). Sie war mit einem Zinssatz von 5% und einem Emissionskurs von 99,60% (Nettorendite 5,04%) ausgestattet und hatte eine Laufzeit von 15 Jahren. Im April folgte sodann eine 4¼%ige Anleihe von 250 Mio. Franken, die zum Kurs von 99,25% (Nettorendite 4,83%) emittiert wurde und eine Laufzeit von 13 Jahren aufwies.

1972 wurde die Zustimmung für *bewilligungspflichtige Kredite an das Ausland* im Betrage von 3110 Mio. Franken (1971 3652 Mio.) erteilt.

Die von der Nationalbank genehmigten, von schweizerischen Banken bei ihrer Kundschaft plazierten *mittelfristigen ausländischen Schuldverschreibungen* («Notes») erreichten 1972 einen Betrag von 3321 Mio. Franken, verglichen mit 4841 Mio. im Vorjahr.

Zur Entwicklung der Zinssätze in der Schweiz ist folgendes festzustellen:

Der *Diskont*- und der *Lombardsatz der Nationalbank* wurden unverändert bei 3¾% und 4¾% belassen.

Die Banken reduzierten den *Privatdiskontsatz* für Bankakzepte und erstklassige Handelswechsel auf den 1. April um ¼ auf 4¾%. Auf den gleichen Zeitpunkt hin senkte das Zürcher Zinskonvenium fast alle seine Sätze um ¼–½%. Kurz vor Jahresende wurde beschlossen, die Sätze auf Anfang 1973 wieder um ¼–½% zu erhöhen. Die *Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel* wurden zweimal um je ¼% herabgesetzt, und zwar auf den 25. Januar und auf den 1. März. Der Satz der Lebens- und Futtermittellager beträgt seit dem 1. März 1972 3¾%, jener für andere Pflichtlager 3½%.

Im ersten Quartal 1972 konnte angesichts des herrschenden Mittelüberflusses für Tagesgelder praktisch keine Verzinsung erzielt werden. Der Callgeldsatz bewegte sich in Zürich, von den Monatsenden abgesehen, bis Ende September meist zwischen 0 und ½%. Der fortschreitende Abbau des Liquiditätsüberhanges liess ihn vom Oktober an auf 1% bis 3% und an den Monatsenden bis auf 5% ansteigen. Die Zinsvergütung auf *Dreimonatsdepots* bei Grossbanken betrug bis Ende September zwischen 1½ und 2%. Im letzten Quartal des Berichtsjahres stieg sie stufenweise auf 4%.

Die *Verzinsung von Schatzanweisungen des Bundes* wurde bei Erneuerung der fällig werdenden Titel jeweils der allgemeinen Satzentwicklung angepasst. Am 15. Januar wurden Papiere zu 3¾%, 3½% bzw. 3⅞% für Laufzeiten von 1 Jahr, 1½ bzw. 2 Jahren ausgegeben. Bei der Erneuerung vom 15. April wurden diese Sätze um je ⅞% reduziert, bei den Fälligkeiten vom 15. Oktober wieder auf den Stand vom 15. Januar zurückgebracht. Am 31. Dezember 1972 erreichte der Betrag solcher ausstehender Bundestitel unverändert wie im Vorjahr 859 Mio. Franken.

Im *mittel- und langfristigen* Bereich war die Bewegung der Zinssätze weniger ausgeprägt. Der Satz der Kassenobligationen sank im Durchschnitt von 12 Kantonalbanken von 5,18% Ende Dezember 1971 auf 4,69% Ende Mai 1972 und verharrte bis Ende August auf diesem Niveau. In den darauffolgenden Monaten stieg er erneut mässig an und erreichte Ende Dezember den Stand von 4,98%. Im Einverständnis mit der Nationalbank erhöhten zahlreiche Banken den Kassenobligationensatz mit Wirkung ab 20. November um ¼%. Die meisten Grossbanken und Kantonalbanken vergüteten in der Folge 4¾% für Laufzeiten von 3 bis 4 Jahren, 5% für 5 bis 6 Jahre und 5¼% für 7 bis 8 Jahre. Die von den Regionalbanken, Sparkassen und Übrigen Banken applizierten Sätze waren in der Regel ¼% höher.

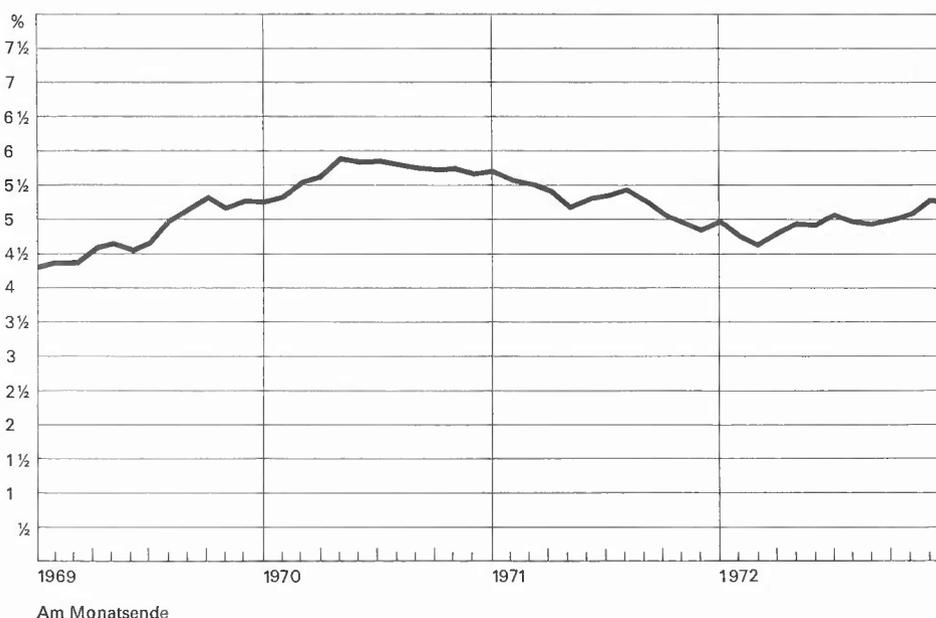
Die Zinssätze für *Spareinlagen* blieben praktisch unverändert. Der Durchschnitt der Sätze von 12 Kantonalbanken ging von 4,25% Ende Dezember 1971 leicht auf 4,15% Ende Februar 1972 zurück und blieb dann während des restlichen Jahres gleich.

Über die im Aktivgeschäft der Banken angewandten Zinskonditionen gibt die Tabelle auf Seite 36, in der die wichtigsten Sätze festgehalten sind, Aufschluss.

Bei den *Hypothekarzinsen* war für alte Hypotheken eine leichte Erhöhung, für neue Hypotheken hingegen eine geringfügige Ermässigung zu verzeichnen, soweit vorher differenzierte Sätze zur Anwendung kamen.

Die *Rendite* der eidgenössischen *Anleihen* (Durchschnitt von 11 Obligationen) verminderte sich von 4,99% Ende Dezember 1971 auf 4,59% Ende Februar 1972. In den folgenden zwei Monaten stieg sie leicht an, blieb im Mai praktisch unverändert und erhöhte sich dann stärker wieder im Juni. In der zweiten Jahreshälfte war zunächst ein leichter Rückgang festzustellen. Vom September an stieg die Rendite sukzessive an und erreichte Mitte Dezember ihren höchsten Stand mit 5,40%.

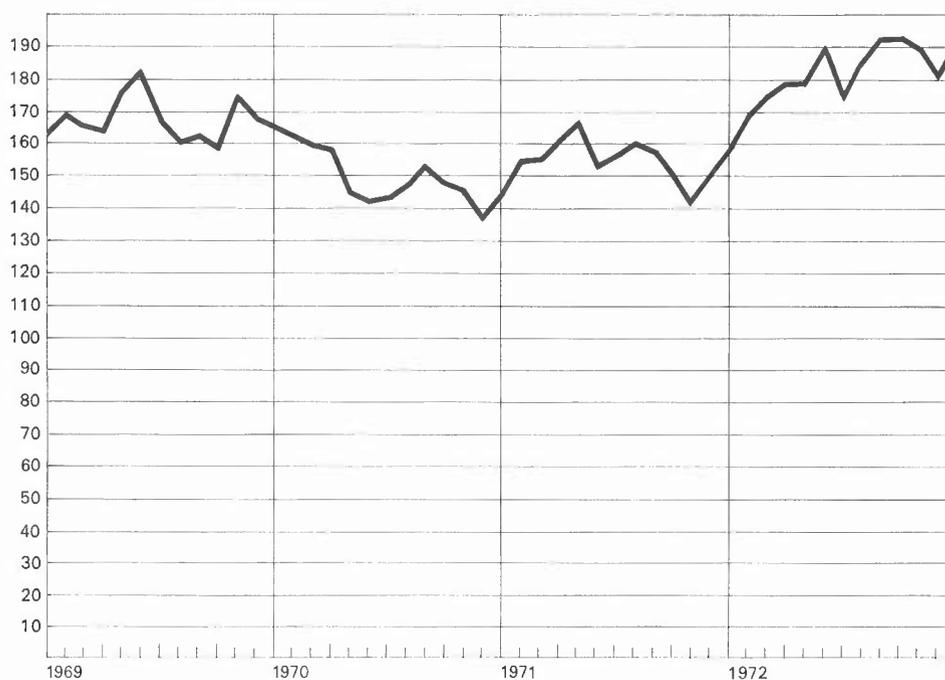
Rendite schweizerischer Staatswerte



Der Absatz von Anteilscheinen *schweizerischer Anlagefonds* war im Berichtsjahr ausserordentlich lebhaft. In den ersten drei Quartalen erreichte er 4 430 Mio. Franken, verglichen mit 1 536 Mio. in der entsprechenden Vorjahresperiode. Da die Fonds gleichzeitig Anteilscheine im Betrage von 214 Mio. Franken zurücknahmen, stellte sich der Nettoabsatz auf 4 216 Mio. Franken (1 387 Mio.). Im Ausmasse von 4 053 Mio. Franken handelte es sich um Plazierungen von Anteilscheinen von Wertschriftenfonds, namentlich von solchen mit Anlagen im In- und Ausland. Auf Immobilienfonds entfielen lediglich 157 Mio. Franken. Die gemischten Fonds stagnierten weiterhin und wiesen Ende September ein Vermögen von 248 Mio. Franken aus. Ende September 1972 belief sich das Vermögen der Wertschriftenfonds auf 11 560 Mio. Franken und jenes der Immobilienfonds auf 3 779 Mio.

Die Vertreter *ausländischer Anlagefonds* plazierten während der ersten drei Quartale 1972 in der Schweiz Anteile im Betrage von 324 Mio. Franken, gegenüber 305 Mio. im Vorjahr. Gleichzeitig mussten sie für 315 Mio. Franken Anteile zurücknehmen im Vergleich zu 319 Mio. im Vorjahr, so dass der Nettoabsatz nur 9 Mio. (Vorjahr –14 Mio.) betrug.

Schweizerischer Aktienindex



Am Monatsende
Durchschnitt 1966 = 100

Die konjunkturelle Belebung wie auch die Fülle von in Schweizerfrankenwerten Anlage suchenden Geldern liessen die Kurse an den schweizerischen *Aktienbörsen* während der ersten Jahreshälfte kräftig ansteigen. Der Aktienindex der Nationalbank (Durchschnitt 1966 = 100) erhöhte sich in den ersten fünf Monaten des Berichtsjahres von 157,4 am 30. Dezember 1971 auf 190,2 am 26. Mai 1972. Das Ende Juni erlassene Verbot der Anlage ausländischer Gelder in auf Schweizerfranken lautenden Titeln bewirkte zunächst einen gewissen, allerdings verhältnismässig geringen, Kursrückschlag. Betroffen wurden davon vor allem Inhabertitel. Bereits im Juli erholten sich die Kurse jedoch wieder, und der Aktienindex erreichte am 8. September den höchsten Stand des Jahres mit 195,2 Punkten. Nach der Ankündigung neuer Massnahmen zur Dämpfung der Überkonjunktur trat kein Kursrückgang ein. Der Aktienindex lag am Jahresende mit 191,1 Punkten 21% über dem Vorjahresstand.

Emissionstätigkeit

Beträge in Mio. Franken

Emittenten	Anzahl	Emissionswert	Konversionen	Neubeanspruchung	Rückzahlungen	Nettobeanspruchung	
						1972	1971
<i>Schweizerische Obligationenanleihen</i>							
Bund	2	642,6	325,0	317,6	9,5	308,1	497,6
Kantone	20	800,2	42,0	758,2	–	758,2	723,4
Gemeinden	20	525,4	84,3	441,1	–	441,1	449,9
Kraftwerke	24	793,9	237,0	556,9	21,0	535,9	437,2
Industrie	13	334,1	42,0	292,1	–	292,1	640,2
Handel, Vermittlung	3	46,0	–	46,0	–	46,0	32,1
Banken	16	589,4	80,5	508,9	20,0	488,9	441,7
Pfandbriefzentralen	8	438,9	152,0	286,9	–	286,9	129,9
Holdinggesellschaften	15	644,8	–	644,8	–	644,8	470,7
Übrige	7	167,9	–	167,9	–	167,9	72,7
Total	128	4983,2	962,8	4020,4	50,5	3969,9	3895,4
<i>Ausländische Obligationenanleihen</i>							
Total	45	2908,5	–	2908,5	439,7	2468,8	1617,9
<i>Schweizerische Aktienemissionen</i>							
Kraftwerke	2	19,0	–	19,0	–	19,0	2,6
Industrie	15	209,3	–	209,3	2,1	207,2	380,9
Handel, Vermittlung	1	5,7	–	5,7	–	5,7	24,4
Banken	31	595,2	–	595,2	–	595,2	413,3
Holdinggesellschaften	10	138,3	–	138,3	61,0	77,3	51,6
Versicherungsgesellsch.	3	14,5	–	14,5	–	14,5	–
Übrige	14	36,8	–	36,8	16,6	20,2	95,4
Total	76	1018,8	–	1018,8	79,7	939,1	968,2
Gesamttotal	249	8910,5	962,8	7947,7	569,9	7377,8	6481,5

Häufigste Zinssätze
in Prozenten

	Oktober 1972	Oktober 1971
Debitorenrechnungen ¹		
Blankokredite		
Grossbanken	5¾–6	6 –6¼
Lokalbanken	5¾–6½	6 –6½
Gedekte Kredite		
Kantonalbanken	5¼–6¼	5 –6¼
Grossbanken	5½–6	5¾–6
Lokalbanken	5½–6¼	5½–6¼
Baukredite		
Kantonalbanken	5½–6¼	5½–6¼
Grossbanken	5½–6	5¾–6¼
Lokalbanken	5½–6¼	5¾–6¼
Erste Hypotheken		
Allgemeiner Wohnungsbau		
Bestehende Darlehen		
Kantonalbanken	5 –6	5 –5¾
Grossbanken	5½–5¾	5½–6
Lokalbanken	5¼–6¼	5¼–6¼
Sparkassen	5¼–6	5¼–5¾
Neue Darlehen		
Kantonalbanken	5¼–5¾	5¼–5¾
Grossbanken	5½–5¾	5¾–6
Lokalbanken	5½–6	5½–6
Sparkassen	5½–5¾	5½–6

¹ Zu den Zinssätzen für Debitoren kam noch eine gleichgebliebene Kommission von 1/8 bis 1/4 % per annum hinzu.

C. Geld- und Währungspolitik der Nationalbank

Grenzen der schweizerischen Geld- und Kreditpolitik

Die Inflationsbekämpfung in der Schweiz leidet u. a. darunter, dass sie sich schwergewichtig auf die monetäre Politik abstützt, obwohl bekannt ist, dass der Wirksamkeit geld- und kreditpolitischer Massnahmen seit einigen Jahren enge Grenzen gesetzt sind. Das Direktorium der Nationalbank hat denn auch seit 1969 die Bundesbehörden eindringlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Überhitzungstendenzen in der Wirtschaft und der daraus resultierenden Teuerung vermehrt durch Vorkehren auf anderen Gebieten entgegenzutreten. Deutlichere Schritte in der Richtung einer Verbreiterung der konjunkturpolitischen Aktionsbasis erfolgten erst gegen Ende des Berichtsjahres.

Besonders behindert wurde die monetäre Politik durch die Tatsache, dass die Kreditzuwachsbeschränkung mehr und mehr an Wirkung verlor, vor allem deshalb, weil die im Besitz von Nichtbanken befindliche und von diesen frei verwendbare Geldmenge viel zu gross war. Überdies dehnten die Banken im Verlaufe des ersten Semesters ihre Kreditzusagen stark aus, da das Ende der freiwilligen Kreditzuwachsbeschränkung nahe bevorstand. Dies zeigt auch, dass die Kreditzuwachsbeschränkung bis zum Zeitpunkt, in dem die Banken mit deren Aufhebung rechnen konnten, trotz allem nicht wirkungslos war.

Im Blick auf den Ausfall des bei den herrschenden Verhältnissen wichtigsten Instrumentes der Geld- und Kreditpolitik mussten sich die Bestrebungen der Notenbank hauptsächlich auf die Verknappung der Kassaliquidität des Bankensystems ausrichten. Diese Politik konnte aber nicht zu weit getrieben werden, da der Barmittelbedarf wegen der bereits erfolgten Buchgeldschöpfung ständig zunahm und dieser Bedarf im wesentlichen zulasten der Kassamittel der Banken gedeckt werden musste. Bei zu knapper Kasse, d. h. bei zu geringen Giro Guthaben bestand das Risiko der Heimschaffung von Auslandsanlagen, wobei zu berücksichtigen war, dass das Repatriierungspotential sowohl der Banken als auch der Nichtbanken im Falle der Schweiz sehr viel grösser ist als in andern europäischen Ländern.

Durch Massnahmen gegen den Kapitalzustrom von aussen – in Form von Repatriierungen sowie von Zuflüssen ausländischer Gelder – wurde versucht, den Spielraum für eine restriktivere Geldpolitik im Inland etwas zu erweitern.

Verminderung des Liquiditätsüberschusses in der ersten Jahreshälfte

Im Rahmen der beschränkten geldpolitischen Möglichkeiten trachtete die Nationalbank zunächst danach, durch eine besonders liberale Bewilligungspraxis für Kapitalexporte eine Verminderung des Liquiditätsüberhanges sowohl in Form von Notenbankgeld, d. h. namentlich von Giro Guthaben des Bankensystems beim Noteninstitut, als auch in Buchgeldform, d. h. in Form von Guthaben der Nichtbanken, herbeizuführen. Ein Rückgang der offiziellen Devisenreserven, wie er angesichts des ausserordentlich grossen Um-

fanges der Kapitalexportgeschäfte hätte erwartet werden können, blieb jedoch aus, ob schon bereits seit August 1971 für alle genehmigungspflichtigen, auf Franken lautenden Kapitalexporte die Pflicht zur unverzüglichen Konversion in ausländische Währung auf dem Devisenmarkt bestand. Im Februar entschloss sich die Nationalbank, den Abschöpfungseffekt der Kapitalexporte in der Weise zu verstärken, dass fortan ein Teilbetrag der Schweizerfranken bei der Nationalbank in Dollars umgewandelt werden musste. Dadurch verminderte sich das Volumen an Notenbankgeld. Die Konversionsquote wurde anfänglich auf 25 %, ab 1. Mai auf 40 % festgesetzt.

Mit dem Ziel, auch die Buchgeldmenge in den Händen der Nichtbanken wo immer möglich abzubauen, wurde gleichzeitig von der Nationalbank verfügt, dass bei der Emission mittelfristiger ausländischer Schuldverschreibungen mindestens 60% bei inländischer Kundschaft zu plazieren seien. Im Juli gestatteten es die Verhältnisse, diese Vorschrift auch auf in der Schweiz begebene Frankenanleihen ausländischer Schuldner auszuweiten.

Das gebräuchlichste Instrument zur Stilllegung von Notenbankgeld sind Mindestguthaben der Banken. Durch eine Neuinterpretation der mit der Schweizerischen Bankiervereinigung vereinbarten Bestimmungen über die Haltung von Mindestguthaben auf dem Zuwachs ausländischer Gelder konnte im April die unter dem vorherigen Regime praktisch zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkene Bindung von liquiden Mitteln der Banken erhöht werden. Gestützt auf die Rahmenvereinbarung mit den Banken vom September 1969 wurde zur gleichen Zeit erstmals von der Möglichkeit, Mindestguthaben auf dem Zuwachs inländischer Gelder einzuverlangen, Gebrauch gemacht, und zwar für den Mittelzuwachs ab 1. Juli 1971. Dies geschah insbesondere als Warnung an die Banken im Hinblick auf den alarmierenden Anstieg der von ihnen erteilten Kreditzusagen, die speziell bei Baukrediten fast doppelt so hoch waren wie die Rekorde des Jahres 1969.

Durch Devisenverkäufe des Noteninstituts, hauptsächlich im Zusammenhang mit Kapitalexporten, durch die Einforderung von Mindestguthaben sowie durch den kräftig zunehmenden Banknotenbedarf der Wirtschaft konnte die Kassaliquidität des Bankensystems bis gegen Ende des ersten Semesters auf einen als annähernd normal zu betrachtenden Stand zurückgeführt werden. Hingegen war es mit diesen Massnahmen nicht möglich, eine wesentliche Schrumpfung des übergrossen Buchgeldvolumens in den Händen von Nichtbanken zu erzielen. Es zeigte sich auch, dass die Neigung der Banken, Kreditzusagen zu erteilen und dadurch die Voraussetzung für eine noch weitere Aufblähung des Buchgeldvolumens zu schaffen, unbekümmert um den kräftigen Abbau von Liquidität in Form von Notenbankgeld zunahm. Dies musste im Hinblick auf den Ablauf der Kreditzuwachsbeschränkung auf Ende Juli und die sich damals abzeichnende internationale konjunkturelle Belebung schwere Bedenken erwecken.

In Anbetracht der immer deutlicher werdenden Überhitzungserscheinungen in der Binnenwirtschaft, namentlich im Bausektor, glaubte es die Nationalbank nicht verantworten zu können, der Kreditentwicklung ihren Lauf zu lassen. Anfang Juni legte deshalb das Direktorium der Verhandlungsdelegation der Bankiervereinigung Vorschläge für den gemeinsamen Erlass von Kreditrichtlinien vor.

Dringliche Massnahmen zur Abwehr von Mittelzuflüssen aus dem Ausland

Als die britische Regierung am 23. Juni den Kurs des Pfundes freigab und damit die durch die Pfundkrise ausgelöste internationale Währungsunruhe ihren Höhepunkt erreichte, stellte die Nationalbank im Einvernehmen mit dem Bundesrat ihre Interventionen am Devisenmarkt vorübergehend ein. Mit diesem Entschluss wurde vor allem bezweckt, Zeit für die Vorbereitung neuer Massnahmen gegen das Eindringen ausländischer Gelder in die schweizerische Wirtschaft zu gewinnen. Der im Oktober 1971 vom Parlament verabschiedete und in der Volksabstimmung vom Juni 1972 gutgeheissene Bundesbeschluss zum Schutze der Währung bot die für den Erlass dringlicher Vorkehren erforderliche Rechtsgrundlage.

Im Mittelpunkt der Massnahmen stand eine einem Verbot nahekommende Erschwerung der Anlage ausländischer Gelder in schweizerischen Wertpapieren sowie ein Verbot des Verkaufes von Grundstücken an Ausländer, denn die enorme Nachfrage des Auslandes nach inländischen Wertschriften und Grundstücken war neben der Kreditexpansion der Hauptgrund der starken Ausdehnung der Buchgeldmenge und hatte insbesondere die Preissteigerung am Immobilien- und Aktienmarkt kräftig gefördert.

Als Ergänzung dieses Anlageverbotes wurde sodann eine Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Krediten im Ausland durch im Inland domizilierte, nicht dem Bankengesetz unterstehende natürliche und juristische Personen eingeführt.

Zur besseren Erfassung und Neutralisierung der Aufnahme ausländischer Gelder durch Banken wurde die bisher mit den Banken vertraglich vereinbarte Mindestguthabenregelung für Auslandsgelder durch eine gesetzliche Ordnung ersetzt.

Bevor die Nationalbank am 3. Juli ihre Interventionen am Devisenmarkt wieder aufnahm, liess sie die Banken wissen, dass bei einem stärkeren Dollarzufluss mit der Einführung einer Kommissionsbelastung auf dem Zuwachs ausländischer Frankenguthaben zu rechnen sei. Da das Noteninstitut trotz dieser Warnung gezwungen wurde, Dollars in grösseren Beträgen zu übernehmen, setzte der Bundesrat auf Antrag der Nationalbank unverzüglich eine Verordnung in Kraft, die auf dem seit Ende Juni eingetretenen Zuwachs ausländischer Frankenguthaben bei schweizerischen Banken eine Kommissionsbelastung von 2% pro Quartal verfügte.

Schliesslich wurden die Banken durch eine weitere Verordnung verpflichtet, ihre Fremdwährungsverbindlichkeiten täglich durch Fremdwährungsforderungen auszuglei-

chen, wobei Devisenterminverkäufe und -käufe in die Berechnung einzubeziehen waren. Damit sollte verhindert werden, dass der Notenbank Devisen angedient wurden, die extra zu diesem Zwecke im Ausland aufgenommen wurden.

Die einzelnen Verordnungen sind mit ihrem wesentlichen Inhalt im Anhang aufgeführt.

Liquiditätsabschöpfung und Kreditrichtlinien in der zweiten Jahreshälfte

Insgesamt waren der Nationalbank in der ersten Hälfte des Monats Juli Dollars im Gegenwert von annähernd 5 Mrd. Franken zugeflossen. Nachdem eben erst der im Vorjahr entstandene Überhang an Notenbankgeld weitgehend reduziert worden war, stand die Nationalbank einmal mehr vor einem abzubauenen Liquiditätsüberschuss. Durch die Verstärkung der konjunkturellen Überhitzungserscheinungen war die Aufgabe, das übermässige Geld- und Kreditangebot einzudämmen, mittlerweile noch dringlicher, zugleich aber auch schwieriger geworden.

Zunächst forderte die Nationalbank zusätzliche Mindestguthaben auf dem Zuwachs ausländischer Gelder in Schweizerfranken und fremder Währung ein. Gestützt auf die Rahmenvereinbarung vom 1. September 1969 wurden ferner im Einvernehmen mit der Verhandlungsdelegation der Bankiervereinigung die Mindestguthabensätze auf dem Zuwachs inländischer Gelder angehoben.

Nachdem sich die Bankiervereinigung nicht entschliessen konnte, beim Erlass von Richtlinien für die Kreditzuwachsbegrenzung mitzuwirken, richtete die Nationalbank gegen Ende Juli ein Rundschreiben an die dem Bankengesetz unterstehenden Institute, in dem sie diese ersuchte, bei der Erteilung neuer Kreditzusagen grösste Zurückhaltung zu üben und darauf zu achten, dass die Zunahme der inländischen Kredite die bisher zulässigen Zuwachsraten nicht wesentlich übersteige. Ausdrücklich wurde in diesem Rundschreiben darauf hingewiesen, dass bei anhaltender Überhitzung mit der Einführung einer erneuten Kreditzuwachsbegrenzung, eventuell mit rückwirkender Anrechnung der Kreditexpansion unter dem Richtlinienregime, gerechnet werden müsse. Solche Richtlinien konnten für die Banken keine Überraschung darstellen.

Zum Zwecke der Wiederableitung der im Juli zugeflossenen Mittel, die unter dem Einfluss normaler Marktspielregeln nicht abnehmen wollten, wurde sodann im Spätsommer das Emissionsprogramm für Auslandsanleihen erheblich erweitert und gleichzeitig die Quote für die bei der Nationalbank selbst vorzunehmende Pflichtkonversion von 40% auf 50% für Kapitalexportgeschäfte mit Laufzeiten bis zu 5 Jahren und auf 60% für solche längerer Dauer erhöht.

Ein durch vermehrte Anlagen in den USA veranlasster Anstieg des Dollarkurses in der Schweiz ermöglichte es der Nationalbank überdies, in der ersten Oktoberwoche Dollars am

Markte zu verkaufen und dadurch Notenbankgeld im Betrage von rund 1 Mrd. Franken zu absorbieren.

Mit der Weiterführung der Abschöpfungspolitik nahm das Risiko zu, dass der infolge der Kreditexpansion ansteigende Bedarf an Bargeld zu Repatriierungen führen könnte. Den Banken wurde deshalb für die Bilanztermine eine grosszügige Finanzierungshilfe zugesichert. Im gleichen Sinne gab die Nationalbank auf Ende Oktober einen Teil der Mindestguthaben auf Inlandgeldern über das Jahresende hinaus frei.

**Der Erlass
eines dringlichen
Bundesbeschlusses
über Massnahmen auf
dem Gebiete des Kredit-
wesens im Dezember**

Einmal mehr war es bis gegen Jahresende gelungen, den im Sommer geschaffenen Überhang an Notenbankgeld abzubauen, doch hielt sich das Buchgeldvolumen im Bankensystem, d. h. die Gelddisponibilitäten der übrigen Wirtschaft, weiterhin auf einem ausserordentlich hohen Stand. Die Kreditzusagen, insbesondere für Bauzwecke, nahmen trotz der erlassenen restriktiven Richtlinien für die Kreditgewährung rekordhaft zu. Die Kreditbenützung stieg in besorgniserregendem Ausmass an.

Unter dem Eindruck der alarmierenden Teuerungsrate entschloss sich der Bundesrat im November, dem Parlament ein neues dringliches Massnahmenpaket zur Konjunktur- stabilisierung zu unterbreiten.⁴ Trotz der nun etwas verbreiterten Aktionsbasis lag das Schwergewicht bedauerlicherweise wiederum auf Vorkehren im monetären Sektor. Das Wort «bedauerlicherweise» bezieht sich sowohl auf die beschränkte Wirksamkeit einseitig gelagerter Massnahmen als auch auf das Risiko, dass diese in Verbindung mit allfälligen andern Ereignissen rezessive Entwicklungen fördern könnten.

Die neuen Massnahmen wurden in Gestalt der folgenden fünf dringlichen Bundes- beschlüsse vom Parlament im Dezember verabschiedet:

- Bundesbeschluss über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens
- Bundesbeschluss über die Erhebung eines Exportdepots
- Bundesbeschluss über die Einschränkung der steuerwirksamen Abschreibungen bei den Einkommenssteuern von Bund, Kantonen und Gemeinden
- Bundesbeschluss über Massnahmen zur Stabilisierung des Baumarktes
- Bundesbeschluss betreffend Überwachung der Preise, Löhne und Gewinne

Mit Ausnahme des Bundesbeschlusses über die Beschränkung der steuerlichen Ab- schreibungen sind die Bestimmungen für die Dauer von drei Jahren befristet.

Der Bundesbeschluss über Massnahmen auf dem Gebiete des Kreditwesens ermäch- tigt den Bundesrat, die Erhebung von Mindestguthaben sowohl auf dem Bestand als auch auf dem Zuwachs der Verbindlichkeiten gegenüber In- und Ausländern, die Begrenzung der inländischen Kredite der Banken sowie die Genehmigungspflicht für öffentliche Emis- sionen anzuordnen. Im weiteren ist in diesem Bundesbeschluss die Möglichkeit eines Ver-

botes der Werbung für Kleinkredite und Abzahlungsgeschäfte sowie einer Erschwerung solcher Geschäfte enthalten.

Mit der Festsetzung des materiellen Inhaltes und dem Vollzug dieser Massnahmen wurde die Nationalbank betraut.

Konjunktur- und währungspolitische Massnahmen 1972

Massnahmen aufgrund des Bundesbeschlusses zum Schutze der Währung

26. Juni 1972 *Bundesratsbeschluss betreffend Verbot der Anlage ausländischer Gelder in inländischen Grundstücken*
26. Juni 1972 *Verordnung über die Anlage ausländischer Gelder*
Verbot der Anlage ausländischer Gelder in inländischen Wertpapieren und in Hypotheken auf inländischen Grundstücken.
4. Juli 1972 *Verordnung über die Verzinsung ausländischer Gelder*
1. *Verzinsungsverbot* für die seit dem 31. Juli 1971 zugeflossenen ausländischen Gelder.
2. *Belastung einer Kommission von 2% pro Quartal* auf dem seit dem 30. Juni 1972 eingetretenen Zuwachs eines ausländischen, auf Schweizerfranken lautenden Bankguthabens.
5. Juli 1972 *Verordnung über die Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Geldern im Ausland*
Bewilligungspflicht für die Aufnahme von Krediten – in Schweizerfranken oder fremder Währung – durch Personen oder Gesellschaften im Inland (Nichtbanken), bei Personen oder Gesellschaften im Ausland.
5. Juli 1972 *Verordnung über die Fremdwährungspositionen der Banken*
Verpflichtung der Banken, das Total der Fremdwährungsverbindlichkeiten täglich bei Geschäftsschluss durch das Total der Fremdwährungsforderungen zu decken.
16. Oktober 1972: vorübergehende Suspendierung der Verordnung (bis 29. Januar 1973).
5. Juli 1972 *Verordnung über die Mindestguthaben auf ausländischen Geldern*
(vgl. Übersicht Mindestguthaben)

Genehmigungspflichtiger Kapitalexport

seit Mitte August 1971	Pflicht zur Konversion aller genehmigungspflichtigen Kapitalexportgeschäfte, die auf Schweizerfranken lauten, in ausländischer Währung bei Banken in der Schweiz.
14. Februar 1972	<p>1. Konversion in Dollars von mindestens 25% des Nominalbetrages von Anleihen, mittelfristigen Schuldverschreibungen («Notes») oder Krediten an ausländische Schuldner, die auf Schweizerfranken lauten, bei der SNB zum offiziellen Verkaufspreis von 3.9265.</p> <p>Ausnahmen (nur mit Genehmigung der SNB): Konsolidierung bereits früher von der SNB genehmigter Kapitalexportgeschäfte in Schweizerfranken; Bezahlung von Lieferungen aus der Schweiz.</p> <p>2. Emission mittelfristiger Schuldverschreibungen ausländischer Emittenten, die auf Schweizerfranken lauten.</p> <ul style="list-style-type: none">– Mindestens 60% des Gesamtbetrages sind bei im Inland domizilierten Kunden der an der Emission beteiligten Banken zu platzieren. An im Ausland domizilierte Banken dürfen keine Schuldverschreibungen abgegeben werden.
1. Mai 1972	Erhöhung der Konversionsquote bei der SNB auf 40% und Neufestsetzung des Konversionskurses auf 3.88.
10. Juli 1972	<p>Befristung der erteilten Bewilligungen auf zwei Monate. Neufestsetzung des Konversionskurses auf 3.80 oder Tageskurs (Brief), falls dieser höher liegt.</p> <p>Mindestens 60% der auf Schweizerfranken lautenden Anleiheemissionen ausländischer Schuldner müssen an im Inland domizilierte Zeichner abgegeben werden, sofern der Erlös der Anleihe nachweisbar im Ausland verwendet wird.</p> <p>Neue Mindest-Stückelung für mittelfristige Schuldverschreibungen: 20 000 Franken für im Inland domizilierte Kunden (für ausländische Kunden 50 000 Franken wie bisher).</p>
1. September 1972	<p>Erhöhung der Konversionsquote bei der SNB:</p> <ul style="list-style-type: none">– für Laufzeiten bis 5 Jahre 50%– für Laufzeiten über 5 Jahre 60%

Mindestguthaben auf dem Zuwachs ausländischer Gelder

1. Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestguthaben und die Verzinsung ausländischer Gelder vom 16. August 1971

Meldungen per Ende:

a) August 1971 bis
Februar 1972: 100% des Nettozuwachses der ausländischen Gelder seit 31. Juli 1971
Nettozuwachs = Zuwachs der ausländischen Gelder in Schweizerfranken und fremden Währungen, einschl. der treuhänderisch aus dem Ausland entgegengenommenen Gelder

abzüglich:

Zuwachs der Auslandsanlagen in Schweizerfranken und fremden Währungen, einschl. der treuhänderisch (aus dem Inland und Ausland) entgegengenommenen und im Ausland angelegten Gelder.

b) März bis Mai 1972: 50% des Nettozuwachses der ausländischen Gelder seit 31. Juli 1971
Nettozuwachs = Zuwachs der ausländischen Gelder in Schweizerfranken und fremden Währungen, einschl. der treuhänderisch aus dem Ausland entgegengenommenen und im Inland angelegten Gelder

abzüglich:

Zuwachs der Auslandsanlagen in fremden Währungen, einschl. der den Fremdwährungsanlagen gleichgestellten Anlagen in Schweizerfranken, der Devisenterminkäufe (gegen Schweizerfranken) abzüglich der Devisenterminverkäufe (gegen Schweizerfranken).

2. Verordnung über die Mindestguthaben auf ausländischen Geldern vom 5. Juli 1972

a) Juni bis September 1972: 40% des Zuwachses der ausländischen Gelder in Schweizerfranken, einschl. der treuhänderisch aus dem Ausland entgegengenommenen und im Inland angelegten Gelder in Schweizerfranken.

20% des Zuwachses der ausländischen Gelder in fremden Währungen, einschl. der treuhänderisch aus dem Ausland entgegengenommenen und im Inland angelegten Gelder in fremden Währungen *plus*

20% des Zuwachses der ausländischen Gelder in fremden Währungen, denen kein Zuwachs der Auslandsanlagen in fremden Währungen gegenübersteht.

Bemerkungen: 1. Der Zuwachs der Auslandsanlagen in fremden Währungen wird nach dem gleichen Verfahren wie für die Meldungen per Ende März bis Ende Mai 1972 berechnet.

2. Der Sollbestand der Mindestguthaben beträgt nicht mehr als 90% des Gesamtzuwachses der ausländischen Gelder.

- b) Oktober bis
Dezember 1972:
- Die unter Punkt a) aufgeführten Belastungssätze werden unter Beibehaltung des Berechnungsverfahrens für den massgebenden Zuwachs wie folgt geändert:
 80% des Zuwachses der ausländischen Gelder in Schweizerfranken
 10% des Zuwachses der ausländischen Gelder in fremden Währungen *plus*
 70% des Zuwachses der ausländischen Gelder in fremden Währungen, welchen kein Zuwachs der Auslandsanlagen in fremden Währungen gegenübersteht.
 Bemerkung: Der Sollbestand der Mindestguthaben beträgt nicht mehr als 90% des Gesamtzuwachses der ausländischen Gelder.

Mindestguthaben auf dem Zuwachs inländischer Gelder

(Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den Schweizer Banken über die Mindestguthaben und die zulässige Kreditausweitung vom 1. September 1969)

5. April 1972
- Erstmalige Einforderung unter Belastung der folgenden Sätze auf einem Zuwachs der inländischen Verbindlichkeiten seit 31. Juli 1971:
- | | |
|---|------|
| Checkrechnungen und Kreditoren auf Sicht | 20 % |
| Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte | 2,5% |
| Kassenobligationen mit einer Laufzeit von weniger als fünf Jahren | 2,5% |
21. Juli 1972
- Erhöhung der Sätze:
- | | |
|---|------|
| Checkrechnungen und Kreditoren auf Sicht | 28 % |
| Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte | 3,5% |
| Kassenobligationen mit einer Laufzeit von weniger als fünf Jahren | 3,5% |
31. Oktober 1972
- Temporäre Freigabe von 20% der Mindestguthaben zwecks Überbrückung der saisonalen Anspannung am Jahresende.

Begrenzung des Kreditzuwachses

Die aufgrund der Rahmenvereinbarung vom 1. September 1969 zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den Schweizer Banken über die Mindestguthaben und die zulässige Kreditausweitung geregelte Kreditzuwachsbegrenzung wurde am 15. Februar 1971 um ein weiteres Jahr, das heisst bis zum 31. Juli 1972 in folgendem Sinne verlängert:

Der zulässige Kreditzuwachs für die Zeit vom 1. August 1971 bis 31. Juli 1972 entspricht dem Betrag der für die Zeit vom 1. August 1970 bis 31. Juli 1971 massgebenden Jahresquote, erhöht um einen mit Rücksicht auf die Bedeutung des Wohnungsbaus und der damit zusammenhängenden Infrastruktur gewährten Zuschlag (0,7% der Hypothekaranlagen sowie der festen Vorschüsse und Darlehen mit hypothekarischer Deckung; 2% der Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften nach dem Stand am 31. Januar 1971).

Kreditrichtlinien

24. Juli 1972

Dringende Empfehlung des Direktoriums an die Kreditinstitute, bei der Erteilung neuer Kreditzusagen die folgenden Richtlinien zu beachten:

«Der Zuwachs der gesamten Kreditgewährung an das Inland in Form von Debitoren (Kontokorrent-Debitoren mit und ohne Deckung sowie feste Vorschüsse und Darlehen mit und ohne Deckung), Wechseln, Kontokorrentvorschüssen und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften und Hypothekaranlagen sollte die bisherigen Zuwachsraten nicht wesentlich übersteigen.»

D. Bankbehörden und Direktion

In den *Bankbehörden* sind im Berichtsjahr die nachstehenden Änderungen eingetreten:

Herr Dr. Hans Meyer-Scholer, Liestal, der dem *Bankrat* seit 1961 angehörte, hat im April 1972 sein Amt wegen Erreichung der Altersgrenze niedergelegt.

Als Nachfolger wählte die Generalversammlung Herrn Dr. James Emil Haefely, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Emil Haefely & Cie. A. G., Binningen.

Durch den Bankrat sind folgende Wahlen vorgenommen worden:

Er hat im April 1972 Herrn Peter Heinrich Kern, Delegierten des Verwaltungsrates und Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Kern & Co. A.-G., Aarau, als neues Mitglied für das *Lokalkomitee Aarau* bezeichnet, wo ein Mandat seit dem im September 1971 erfolgten Rücktritt von Herrn Dr. Heinz Hämmerli vakant war.

Herr Dr. Charles Aubert, Direktor der Chambre de Commerce et d'Industrie de Genève, Petit-Lancy, ist als Mitglied in das *Lokalkomitee Genf* gewählt worden. Er übernahm dort die Nachfolge von Herrn Jean Gay, Chêne-Bourg, der die Altersgrenze erreicht hatte. Herr J. Gay, welcher seit 1952 dem Lokalkomitee Genf angehörte, amtierte seit 1955 als dessen Vorsitzender.

Das *Lokalkomitee Lugano*, aus dem Herr Tullio Frigerio, Muzzano, wegen Altersrückichten zurückgetreten war, ist durch Herrn Dino Poggioli, Inhaber eines Treuhandbüros, ergänzt worden. Herr Frigerio war seit 1955 Mitglied und seit Ende Februar 1969 Stellvertreter des Vorsitzenden dieses Komitees gewesen.

Im *Lokalkomitee St. Gallen* hat der Vorsitzende, Herr Robert Nef-Suter, im April 1972 ebenfalls aus Altersgründen seinen Rücktritt genommen. Er war 1953 gewählt worden. Als neues Mitglied wurde Herr Victor Widmer, Verwaltungsrats-Präsident der Union A. G., St. Gallen, ernannt.

Den aus unseren Bankbehörden ausgeschiedenen Herren danken wir für die dem Noteninstitut geleisteten wertvollen Dienste und für das ihm entgegengebrachte Interesse.

In der *Geschäftsleitung* der Nationalbank haben sich folgende Änderungen ergeben:

Der Bundesrat wählte Herrn Dr. Pierre Flückiger, vorher Abteilungsdirektor beim Sitz Zürich, ab 1. April 1972 zum Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements.

Ferner wählte er Herrn Dr. Paul Ehrsam, Abteilungsdirektor beim Sitz Zürich und Rechtskonsulent der Bank, mit Wirkung ab 1. Januar 1973 zum Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements.

Der Bankausschuss bezeichnete Herrn Dr. Hans Meyer, vorher Prokurist der Volks-

wirtschaftlichen und Statistischen Abteilung, als Generalsekretär. Dieser übernahm am 1. April 1972 die Funktionen von Herrn Dr. Hans-Rudolf Läng, Abteilungsdirektor beim Sitz Zürich, dem andere Aufgaben übertragen wurden.

Jahresrechnung

- 1. Allgemeine Erläuterungen**
- 2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1972**
- 3. Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1972**

Allgemeine Erläuterungen

Die *Jahresschlussbilanz* auf den 31. Dezember 1972 weist ein Total von 31,4 Milliarden Franken auf oder rund 3,4 Milliarden mehr als vor Jahresfrist. An dieser Zunahme sind hauptsächlich der Devisenbestand von 12,3 Milliarden (+ 2 Milliarden) und die Kreditbeanspruchung auf Inlandpositionen beteiligt. Das Inlandportefeuille wird mit 936 Millionen Franken (+ 855 Millionen) ausgewiesen, und die Lombardvorschüsse erreichen den Betrag von 419 Millionen Franken (+ 390 Millionen).

Unter den Passiven figuriert der gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Milliarden auf 16,6 Milliarden Franken erhöhte Notenumlauf. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten von total 11 Milliarden Franken verzeichnen dagegen eine Abnahme von 0,8 Milliarden Franken, die sich aus einem Minderbestand der Girogelder von 1,5 Milliarden und einer Erhöhung des Bundesguthabens von 0,7 Milliarden Franken ergibt.

Werden die dem Bankensystem zur Jahresschlussfinanzierung gewährten Swaps und Kredithingaben in Abzug gebracht, beziffert sich die Bilanzsumme per Ende 1972 auf 25,6 Milliarden Franken gegenüber einer solchen von 27,7 Milliarden per Ende 1971.

Mit Ausnahme der mit den Banken über das Jahresende gewapten rund 1 200 Millionen Dollar, die zu den Kassakursen bilanziert sind, ist der ganze Bestand an Dollars zu dem aufgrund des Washingtoner Abkommens vom Dezember 1971 ermittelten untersten Ankaufskurs von 3.7535, der am 31. Dezember 1972 massgeblich war, im Inventar eingesetzt.

1170 Millionen Dollar waren am Jahresende im Rahmen des Swapabkommens mit der Federal Reserve Bank of New York kursgesichert. Im Zuge einer weiteren Liquidation dieser Swaps wird ein Buchgewinn anfallen, der zu gegebener Zeit zur Wiederäufnung interner Reserven verwendet werden soll.

In der *Gewinn- und Verlustrechnung* erscheint auf der Ertragsseite als wichtigster Posten der «Gold- und Devisenertrag» mit Fr. 119 357 736.15 oder 42 Millionen mehr als 1971. Er stammt aus den Zinseinnahmen auf einem Teil des Dollarbestandes sowie aus dem Erlös von Ultimo-Swaps mit den Banken.

Aus den Zinseinnahmen auf einem weiteren Teil der Dollaranlagen sowie der ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken wurden die im Vorjahr zum Mittelkurs von 3.84 bilanzierten Dollars auf den untersten Ankaufskurs der Nationalbank von 3.7535 abgeschrieben, was die Ertragsrechnung vor Abschluss mit einem Betrag von 146,8 Millionen Franken belastete.

Weitere 115 Millionen Franken wurden dem Konto «Rückstellung für Währungs- und Kursrisiken» zugewiesen, das zur Tilgung der aus der Aufwertung vom 9. Mai 1971 resultierenden Schuldverpflichtung des Bundes dient. Die nicht kompensierte Schuldverpflichtung des Bundes gemäss Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1971 beläuft sich auf Fr. 459 854 362.55. Die verbleibenden Erträge aus den Devisenanlagen und den auf

Franken lautenden ausländischen Schatzanweisungen fanden für den Wiederaufbau interner Rückstellungen Verwendung, was in einer Zunahme der «Sonstigen Passiven» zum Ausdruck kommt.

Die Erträge aus dem inländischen Geschäft waren rückläufig. Dazu hat insbesondere die Liquidation der unter den «Eigene Wertschriften» bilanzierten Schuldverschreibungen beigetragen. Die Buchgewinne aus diesen Verkäufen im Betrage von Fr. 3 473 364.35 wurden dem zur Tilgung der Schuldverpflichtung des Bundes dienenden Bilanzkonto «Rückstellung für Währungs- und Kursrisiken» zugewiesen.

Die Verwaltungskosten, die Passivzinsen, die Anfertigungskosten für Banknoten, die Aufwendungen für Bankgebäude, die Abschreibungen für Mobilien und die Steuern erforderten insgesamt 52,4 Millionen Franken. Nach Äufnung der Rückstellungen für Banknotenherstellungskosten, für nicht versicherte Schadenfälle, für Bankgebäude und für Offenmarktoperationen im Gesamtbetrag von 65 Millionen Franken sowie einer Zuwendung an die Fürsorgeeinrichtungen der Bank von 3 Millionen verbleibt ein Reingewinn von Fr. 7 515 826.40.

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen auf 31. Dezember 1972

Aufwand

Verwaltungskosten		
Bankbehörden	Fr. 378 146.05	
Personal	Fr. 18 788 502.67	
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr. 3 076 399.36	
Verschiedenes	Fr. 1 906 630.94	Fr. 24 149 679.02
Zinsen für Bundesschatzanweisungen		Fr. 10 593 012.10
Zinsen an Deponenten		Fr. 889 655.45
Aufwendungen für Bankgebäude		Fr. 2 839 535.85
Abschreibungen auf Mobiliar		Fr. 3 863 894.80
Banknotenherstellungskosten		Fr. 7 600 899.95
Steuern		Fr. 2 466 809.35
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten		Fr. 10 000 000.—
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle		Fr. 8 000 000.—
Rückstellung für Bankgebäude		Fr. 20 000 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen		Fr. 27 000 000.—
Zuwendung an die Fürsorgeeinrichtungen der Bank		Fr. 3 000 000.—
Reingewinn		Fr. 7 515 826.40
		<u>Fr. 127 919 312.92</u>

Ertrag

Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Fr. 119 357 736.15
Diskontoertrag und Inkassogebühren	Fr. 3 767 751.79
Ertrag des Lombardgeschäftes	Fr. 602 493.35
Ertrag der eigenen Wertschriften	Fr. 1 192 581.—
Zinsen von Inlandkorrespondenten	Fr. 250 020.95
Kommissionen	Fr. 2 053 118.73
Übrige Nutzposten	Fr. 695 610.95

Fr. 127 919 312.92

Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1972

Aktiven

Kasse			
Gold im Inland und Ausland	Fr. 11 879 706 454.30		
andere Kassenbestände	Fr. 22 720 567.45	Fr. 11 902 427 021.75	
Devisen		Fr. 12 323 138 404.26	
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		Fr. 4 277 980 000.—	
Inlandportefeuille			
Schweizerwechsel	Fr. 770 279 356.85		
Diskontierte Obligationen	Fr. 13 772 133.80		
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 152 000 000.—	Fr. 936 051 490.65	
Lombardvorschüsse		Fr. 418 846 431.90	
Eigene Wertschriften			
deckungsfähige	Fr. —.—		
andere	Fr. 1.—	Fr. 1.—	
Korrespondenten im Inland		Fr. 142 315 937.48	
Korrespondenten im Ausland		Fr. 27 457 460.19	
Schuldverpflichtung des Bundes ¹		Fr. 1 243 514 066.53	
Inkassowechsel		Fr. 18 886 845.59	
Postcheckguthaben		Fr. 9 831 903.78	
Coupons		Fr. 109 963.35	
Bankgebäude		Fr. 1 500 000.—	
Mobiliar		Fr. 1.—	
Sonstige Aktiven		Fr. 35 803 735.90	
Nicht einbezahltes Grundkapital		Fr. 25 000 000.—	
		<u>Fr. 31 362 863 263.38</u>	

¹ Gemäss Bundesbeschluss vom 15. Dezember 1971.

Passiven

Notenumlauf		Fr. 16 634 984 425.—
Girorechnungen		
Girorechnungen von Banken,		
Handel und Industrie	Fr. 9 312 574 873.74	
Girorechnungen ausländischer		
Banken	Fr. 279 507 823.31	Fr. 9 592 082 697.05
Bund		Fr. 1 380 338 432.13
Deponenten		Fr. 31 402 459.36
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland		Fr. 17 036 571.40
Ausstehende Checks		Fr. 13 226 452.40
Mindestguthaben von Banken auf:		
inländischen Verbindlichkeiten	Fr. 1 448 677 400.—	
ausländischen Verbindlichkeiten	Fr. 580 584 000.—	Fr. 2 029 261 400.—
Verbindlichkeiten auf Zeit:		
Sterilisierungsreskriptionen	Fr. 72 700 000.—	
Sonderkonti ²	Fr. 2 500 000.—	Fr. 75 200 000.—
Sonstige Passiven		Fr. 499 155 295.66
Grundkapital		Fr. 50 000 000.—
Reservefonds		Fr. 39 000 000.—
Rückstellung für Währungs- und Kursrisiken		Fr. 783 659 703.98
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten		Fr. 60 000 000.—
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle		Fr. 35 000 000.—
Rückstellung für Bankgebäude		Fr. 40 000 000.—
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen		Fr. 25 000 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen		Fr. 50 000 000.—
Reingewinn		Fr. 7 515 826.40
		<u>Fr. 31 362 863 263.38</u>

² Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses

(Art. 13 der Vereinbarung zwischen der Nationalbank und den Banken vom 1. September 1969).

Erläuterungen zur Jahresrechnung

Aktiven der Bilanz

Kassenverkehr

Kassenbestand am 31. Dezember 1971, einschliesslich Gold . .	Fr. 20 359 630 429.16
Eingang im Jahre 1972	Fr. 41 085 614 672.81
	<u>Fr. 61 445 245 101.97</u>
Ausgang im Jahre 1972	Fr. 42 338 501 545.22
Kassenbestand am 31. Dezember 1972, einschliesslich Gold . .	<u>Fr. 19 106 743 556.75</u>
Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1972 setzte sich wie folgt zusammen:	
Gold	Fr. 11 879 706 454.30
Scheidemünzen	Fr. 22 701 107.78
Verschiedenes	Fr. 19 459.67
Total laut Bilanz	<u>Fr. 11 902 427 021.75</u>
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	Fr. 7 204 316 535.—
Total	<u>Fr. 19 106 743 556.75</u>

Das Gold ist mit Fr. 4 595.74 pro Kilogramm Feingold gebucht.

Devisenverkehr

Bestand am 31. Dezember 1971	Fr. 10 323 280 254.57
Eingang im Jahre 1972	Fr. 151 573 471 328.34
	<u>Fr. 161 896 751 582.91</u>
Ausgang im Jahre 1972	Fr. 149 426 824 454.75
Abschreibung auf den Dollars von 3.84 auf 3.7535	Fr. 146 788 723.90
Bestand am 31. Dezember 1972	<u>Fr. 12 323 138 404.26</u>

Verkehr	Bestand am 31. Dezember 1971	Fr. 4 277 980 000.—
in ausländischen	Eingang im Jahre 1972	Fr. —.—
Schatzanweisungen	Ausgang im Jahre 1972	Fr. —.—
in Schweizerfranken	Bestand am 31. Dezember 1972	Fr. 4 277 980 000.—

Diskontoverkehr

Schweizerwechsel

Bestand am 31. Dezember 1971	409 Wechsel mit	Fr. 78 129 964.50
Im Jahre 1972 wurden diskontiert	1940 Wechsel mit	Fr. 1 935 394 135.12
	2349 Wechsel mit	Fr. 2 013 524 099.62
Davon wurden 1972 eingelöst	1895 Wechsel mit	Fr. 1 243 244 742.77
Bestand am 31. Dezember 1972	454 Wechsel mit	Fr. 770 279 356.85

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1971	Fr. —.—
Im Jahre 1972 wurden diskontiert:	
eingereicht vom Bund	Fr. —.—
eingereicht vom Markt	Fr. 280 000 000.—
	Fr. 280 000 000.—
Davon wurden 1972 eingelöst	Fr. 128 000 000.—
Bestand am 31. Dezember 1972	Fr. 152 000 000.—

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1971	Fr. 2 391 471.55
Im Jahre 1972 wurden diskontiert	Fr. 18 172 509.60
	Fr. 20 563 981.15
Davon wurden 1972 eingelöst	Fr. 6 791 847.35
Bestand am 31. Dezember 1972	Fr. 13 772 133.80

Lombardverkehr

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1971	Fr.	28 461 085.85
Neue Vorschüsse im Jahre 1972	Fr.	1 073 347 628.75
		<u>Fr. 1 101 808 714.60</u>
Rückzahlungen im Jahre 1972	Fr.	682 962 282.70
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1972	Fr.	<u>418 846 431.90</u>

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1972 auf 63. Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1972 entfielen 53% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

Verkehr in eigenen Wertschriften

Inventarbestand am 31. Dezember 1971	Fr.	10 833 751.—
Ausgang im Jahre 1972	Fr.	14 307 114.35
abzüglich Buchgewinne	Fr.	3 473 364.35
		<u>Fr. 10 833 750.—</u>
Inventarbestand am 31. Dezember 1972	Fr.	<u>1.—</u>

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland

Guthaben der Bank am 31. Dezember 1971	Fr.	72 417 348.36
Im Jahre 1972 wurden der Bank von den Korrespondenten gutgeschrieben	Fr.	16 108 779 192.95
		<u>Fr. 16 181 196 541.31</u>
Im Jahre 1972 wurden der Bank von den Korrespondenten belastet	Fr.	16 038 880 603.83
Guthaben der Bank am 31. Dezember 1972	Fr.	<u>142 315 937.48</u>

Am 31. Dezember 1972 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 384 Bank- und 168 Nebenplätze umfasste. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 502.

Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland

Bestand am 31. Dezember 1971	Fr.	22 839 517.12
Eingang im Jahre 1972	Fr.	2 787 756 348.61
		<u>Fr. 2 810 595 865.73</u>
Ausgang im Jahre 1972	Fr.	2 783 138 405.54
Bestand am 31. Dezember 1972	Fr.	<u>27 457 460.19</u>

Inkassoverkehr

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden:

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen . . .	33 579 Stück mit	Fr. 2 305 689 672.78
auf andere Bezogene	22 846 Stück mit	Fr. 711 407 804.83
Total	56 425 Stück mit	Fr. 3 017 097 477.61

**Verkehr auf
Postcheck-
rechnungen**

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1971	Fr.	3 586 487.67
Im Jahre 1972 wurden unsern Postcheckrechnungen gutgeschrieben	Fr.	66 890 160 018.50
		Fr. 66 893 746 506.17
Im Jahre 1972 wurden unsern Postcheckrechnungen belastet	Fr.	66 883 914 602.39
Postcheckguthaben am 31. Dezember 1972	Fr.	9 831 903.78

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

17 147 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr.	4 296 949 930.40
30 973 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	Fr.	35 976 546 568.26
Total	Fr.	40 273 496 498.66

**Bankgebäude
und Mobiliar**

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1972
wie im Vorjahr Fr. 1 500 000.—

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 70 182 200.—

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Be-
leuchtung, Heizung, Bewachung, Reinigung beliefen sich auf Fr. 3 247 971.55

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 408 435.70

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 2 839 535.85

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1971 belastet mit Fr. 1.—

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 3 863 894.80
wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1972 beträgt somit wiederum Fr. 1.—

Passiven der Bilanz

Ausgabe und Deckung der Banknoten

(Vgl. Beilagen Nr.1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich	
am 31. Dezember 1971 auf	Fr. 14 309 943 700
am 31. Dezember 1972 auf	Fr. 16 634 984 425
Zunahme	<u>Fr. 2 325 040 725</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 14 080 369 890; er erreichte im Maximum (am 22. Dezember) Fr. 17 126 499 605 und im Minimum (am 16. Februar) Franken 12 814 551 035.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 48 635 450 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 3 653 650 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1972 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr. 17 654 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite	Fr. 4 500 000
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite	Fr. 18 078 900
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr. 6 479 900
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikon auf der Vorderseite	Fr. 7 096 180
Zusammen	<u>Fr. 53 808 980</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikon bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1972:

Gold	Fr. 11 879 706 454
Übrige deckungsfähige Aktiven	
Devisen	Fr. 12 323 138 404
Ausländische Schatzanweisungen in	
Schweizerfranken	Fr. 4 277 980 000
Inlandportefeuille	Fr. 936 051 491
Lombardvorschüsse	<u>Fr. 418 846 432</u>
Gesamte Notendeckung	<u>Fr. 29 835 722 781</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold betrug im Maximum 92,70% (16. Februar), im Minimum 69,36% (22. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich

fälligen Verbindlichkeiten durch Gold erreichte im Maximum 56,58% (15. Juni), im Minimum 42,96% (29. Dezember).

Giroverkehr

(Vgl. Beilage Nr. 3)

Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1971	Fr.	11 094 655 371.83
Im Jahre 1972 wurden den Girorechnungen gutgeschrieben	Fr.	3 115 293 171 205.70
		<u>Fr. 3 126 387 826 577.53</u>
Im Jahre 1972 wurden den Girorechnungen belastet	Fr.	3 116 795 743 880.48
Bestand der Giroguthaben am 31. Dezember 1972	Fr.	<u>9 592 082 697.05</u>

Vom Gesamtumsatz wurden 99,52% unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	8 196 564 Posten mit	Fr. 6 232 088 915 086.18
entfielen auf den Bankenclearingverkehr über die Girorechnungen bei der Nationalbank	7 371 694 Posten mit	Fr. 5 635 107 439 518.26
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten Bankenclearingkonti verrechnet	7 284 948 Posten mit	Fr. 1 963 197 364 990.32

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1972 auf 1392.

Verkehr auf den Konten des Bundes

Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben des Bundes am 31. Dezember 1971	Fr.	713 693 048.70
Im Jahre 1972 wurden den Rechnungen des Bundes gutgeschrieben	Fr.	63 310 005 726.—
		<u>Fr. 64 023 698 774.70</u>
Im Jahre 1972 wurden den Rechnungen des Bundes belastet	Fr.	62 643 360 342.57
Bestand der Guthaben des Bundes am 31. Dezember 1972	Fr.	<u>1 380 338 432.13</u>

Vom Verkehr entfallen auf	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 18 300 155 903.34	Fr. 17 558 143 412.68
die PTT-Betriebe	Fr. 41 395 665 545.31	Fr. 41 395 690 911.17
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 3 340 560 860.56	Fr. 3 340 241 887.92
die übrigen Verwaltungen	Fr. 273 623 416.79	Fr. 349 284 130.80
Total	<u>Fr. 63 310 005 726.—</u>	<u>Fr. 62 643 360 342.57</u>

Verkehr mit Deponenten	Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1971	Fr. 30 712 129.21
	Im Jahre 1972 wurden den Depotrechnungen gutgeschrieben	Fr. 1 647 483 805.88
		<u>Fr. 1 678 195 935.09</u>
	Im Jahre 1972 wurden den Depotrechnungen belastet	Fr. 1 646 793 475.73
	Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1972	<u>Fr. 31 402 459.36</u>
Zahlungsverkehr mit dem Ausland aufgrund von Zahlungs- und Clearingabkommen	Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1971 Guthaben Dritter auf im Betrage von	Fr. 15 302 570.24
	Im Jahre 1972 wurden diesen Rechnungen gutgeschrieben	Fr. 1 613 191 428.75
		<u>Fr. 1 628 493 998.99</u>
	Im Jahre 1972 wurden diesen Rechnungen belastet	Fr. 1 611 457 427.59
	Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1972	<u>Fr. 17 036 571.40</u>
Mindestguthaben von Banken	Bestand am 31. Dezember 1971	Fr. 516 364 000.—
	Im Jahre 1972 wurden auf diese Konti übertragen	Fr. 7 819 311 002.90
		<u>Fr. 8 335 675 002.90</u>
	Zur Rückgabe von solchen Guthaben wurden den Konti belastet	Fr. 6 306 413 602.90
	Bestand am 31. Dezember 1972	<u>Fr. 2 029 261 400.—</u>
	Von diesem Bestand entfallen auf:	
inländische Verbindlichkeiten	<u>Fr. 1 448 677 400.—</u>	
ausländische Verbindlichkeiten	<u>Fr. 580 584 000.—</u>	
Verbindlichkeiten auf Zeit <i>Sterilisierungsreskriptionen</i>	Bestand am 31. Dezember 1971	Fr. 313 100 000.—
	Im Jahre 1972 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf diese Konti übertragen	Fr. 93 000 000.—
		<u>Fr. 406 100 000.—</u>
	Zu Gunsten von Girorechnungen der Banken wurden den Konti belastet	Fr. 333 400 000.—
Bestand am 31. Dezember 1972	<u>Fr. 72 700 000.—</u>	
Die Sterilisierungsreskriptionen rühren von der am 1. Oktober 1960 erfolgten Plazierung von Schatzanweisungen bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her.		
<i>Sonderkonti</i> ¹	Im Jahre 1972 wurden diesen Konti gutgeschrieben	Fr. 357 370 000.—
	Zur Rückgabe von solchen Guthaben wurden den Konti belastet	Fr. 354 870 000.—
	Bestand am 31. Dezember 1972	<u>Fr. 2 500 000.—</u>

¹ Überschreitung des zulässigen Kreditwachses
(Art. 13 der Vereinbarung zwischen der Nationalbank und den Banken vom 1. September 1969).

Ausstehende Checks

Am 31. Dezember 1971 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	114 Checks für Fr.	2 348 659.27
Im Jahre 1972 wurden dem Konto gutgeschrieben	7 117 Checks für Fr.	1 570 327 307.97
	7 231 Checks für Fr.	1 572 675 967.24
Im Jahre 1972 wurden dem Konto belastet	7 102 Checks für Fr.	1 559 449 514.84
Am 31. Dezember 1972 waren ausstehend	129 Checks für Fr.	13 226 452.40

Eigene Gelder

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000.—, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500.—, auf welche 50% = Fr. 250.— einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1661 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1972 wie folgt verteilt:

1853 Privataktionäre mit je	1	Aktie
1148 Privataktionäre mit je	2	Aktien
1041 Privataktionäre mit je	3—	5 Aktien
550 Privataktionäre mit je	6—	10 Aktien
334 Privataktionäre mit je	11—	25 Aktien
148 Privataktionäre mit je	26—	50 Aktien
59 Privataktionäre mit je	51—	100 Aktien
25 Privataktionäre mit je	101—	200 Aktien
15 Privataktionäre mit je	über	200 Aktien
5173 Privataktionäre mit zusammen	41 727	Aktien
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 741	Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 886	Aktien
52 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	2 646	Aktien
5277 Aktionäre mit zusammen	100 000	Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,27% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,73% im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 28. April 1972 erreicht der Reservefonds	Fr. 39 000 000.—
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000.—
aus dem Reingewinn des Jahres 1972 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	Fr. 40 000 000.—

Rückstellungen	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1971	Fr. 50 000 000.—
<i>Banknotenherstellungskosten</i>	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 10 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 60 000 000.—</u>
<i>Nicht versicherte Schadenfälle</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1971	Fr. 27 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 8 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 35 000 000.—</u>
<i>Bankgebäude</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1971	Fr. 35 000 000.—
	Entnahme für den Ankauf von Liegenschaften	Fr. 15 000 000.—
		<u>Fr. 20 000 000.—</u>
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 20 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 40 000 000.—</u>
<i>Offenmarktoperationen</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1971	Fr. 23 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 27 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 50 000 000.—</u>
<i>Währungs- und Kursrisiken</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1971	Fr. 665 186 339.63
	Buchgewinne auf Verkäufen von eigenen Wertschriften	Fr. 3 473 364.35
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Zinserträge auf Devisen um	Fr. 115 000 000.—
	erhöht auf	<u>Fr. 783 659 703.98</u>

Dienstleistungen für den Bund

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art.10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1971 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

553 Einzelforderungen mit Fr. 845 147 000.—

Zuwachs im Jahre 1972:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei Anleihsenemissionen Fr. 54 939 000.—

Fr. 900 086 000.—

Abgang im Jahre 1972:

Rückzahlungen Fr. 127 096 000.—

Am 31. Dezember 1972 waren im Schuldbuch eingetragen:

479 Einzelforderungen mit Fr. 772 990 000.—

Im Berichtsjahre wurden 50 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von Fr. 48 611 000.—

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in 663 Gutschriften Fr. 20 486 549.95

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art.15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde und dessen Betrieben gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1972 Fr.1 187 171 817.—

**Einlösung von Titeln
und Coupons**

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel	2 107 Stück mit	Fr. 4 938 500.—
Coupons	160 661 Stück mit	Fr. 26 035 869.20
Total	<u>162 768 Stück mit</u>	<u>Fr. 30 974 369.20</u>

Gewinnverteilung

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d.h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000.— erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1972 auf Fr. 5 015 826.40 belaufen.

Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1972 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Franken 7 515 826.40 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 5 015 826.40
	<u>Fr. 7 515 826.40</u>

Am Schluss unseres Berichtes über das vergangene Geschäftsjahr möchten wir Herrn Bundesrat N. Celio, Vorsteher des eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, den verbindlichen Dank aussprechen für die verständnisvolle Unterstützung, die er uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben zuteil werden liess. Im weitern danken wir unsern Korrespondenten und Berichterstattern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unsern Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung.

Zürich, den 2. März 1973

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank,
Der Präsident: *Stopper*
Der Generalsekretär: *Meyer*

Der Bankausschuss der Schweizerischen Nationalbank

hat in seiner Sitzung vom 9. März 1973 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1972 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Artikel 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Artikel 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

beantragt

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1972 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1972 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 72 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 9. März 1973

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,
Der Präsident des Bankrates: *Galli*
Der Protokollführer: *Delémont*

Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Damen und Herren,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden. Sie erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung pro 1972 und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1972, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Gleichzeitig stellt sie mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Damen und Herren, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung pro 1972 mit einem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 7 515 826.40 und die Bilanz von Fr. 31 362 863 263.38 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrat vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 2. März 1973

Mit Hochachtung,
Die Revisionskommission:
Villiger
Cornaz
Iten

Der Schweizerische Bundesrat

in Ausführung von Artikel 25, Absatz 3, und Artikel 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;
nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Artikel 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 2. März 1973;
auf Antrag des eidg. Finanz- und Zolldepartements,

beschliesst:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1972 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 4. April 1973

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *Bonvin*

Der Bundeskanzler: *Huber*

An die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrte Damen und Herren,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 23. März 1973 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1972 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 2. März 1973 erstattet hat und die in Artikel 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 4. April 1973 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den fünfundsechzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 72 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 5. April 1973

Mit Hochachtung,

Im Namen des Bankrates
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Galli*

Ein Mitglied des Direktoriums: *Leutwiler*

Beilagen

Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise

Beilage Nr. 1

Aktiven

1972	Goldbestand	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Inlandportefeuille		Lombardvorschüsse	Wertschriften	Korrespondenten		Schuldverpflichtung des Bundes gemäss Bundesbeschluss vom 15.12.1971	Sonstige Aktiven	
				Wechsel	Schatzanweisungen des Bundes			im Inland	im Ausland			
<i>In 1000 Franken</i>												
Jan.	7.	11 879 381	10 106 244	4 277 980	79 814	—	1 603	4 096	7 748	23 551	1 243 514	65 439
	14.	11 879 381	10 063 118	4 277 980	80 517	—	1 123	1 530	11 212	22 592	1 243 514	74 614
	21.	11 879 566	10 052 273	4 277 980	76 835	—	338	30	20 224	35 978	1 243 514	81 125
	31.	11 879 566	10 038 725	4 277 980	78 551	—	2 327	30	33 990	20 801	1 243 514	75 572
Febr.	7.	11 879 566	10 020 953	4 277 980	76 279	—	1 907	30	23 438	18 498	1 243 514	73 660
	15.	11 879 566	9 948 165	4 277 980	76 055	—	1 978	30	29 700	21 033	1 243 514	74 764
	23.	11 879 566	9 892 968	4 277 980	77 961	—	324	30	21 829	27 307	1 243 514	72 500
	29.	11 879 566	9 812 716	4 277 980	78 316	—	9 141	30	38 856	23 769	1 243 514	68 137
März	7.	11 879 566	9 747 835	4 277 980	77 516	—	7 947	30	24 816	21 784	1 243 514	70 652
	15.	11 879 566	9 640 317	4 277 980	77 204	—	161	30	23 685	30 258	1 243 514	72 818
	23.	11 879 566	9 570 603	4 277 980	75 962	—	1 066	—	31 392	41 872	1 243 514	83 985
	30.	11 879 566	9 470 559	4 277 980	76 040	—	14 198	—	71 849	24 201	1 243 514	84 406
April	7.	11 879 566	9 385 683	4 277 980	75 649	—	7 857	—	41 608	26 293	1 243 514	102 587
	14.	11 879 566	9 333 993	4 277 980	74 951	—	872	—	11 654	26 577	1 243 514	97 371
	21.	11 879 566	9 260 330	4 277 980	73 359	—	864	—	16 930	27 592	1 243 514	90 570
	28.	11 879 566	9 199 611	4 277 980	75 778	—	8 512	—	53 901	26 075	1 243 514	82 929
Mai	5.	11 879 566	8 359 425	4 277 980	75 953	—	6 468	—	40 766	25 489	1 243 514	82 373
	15.	11 879 566	8 141 193	4 277 980	75 556	—	3 219	—	36 083	27 105	1 243 514	77 213
	23.	11 879 566	7 792 218	4 277 980	74 199	—	2 319	—	33 874	25 559	1 243 514	78 772
	31.	11 879 566	7 579 225	4 277 980	74 122	—	63 170	—	108 216	26 055	1 243 514	64 329
Juni	7.	11 879 566	7 381 987	4 277 980	73 506	—	11 235	—	37 345	27 474	1 243 514	68 877
	15.	11 879 566	7 177 780	4 277 980	75 022	—	8 014	—	31 749	47 518	1 243 514	72 462
	23.	11 879 566	8 245 094	4 277 980	73 648	—	7 012	—	29 226	26 496	1 243 514	77 785
	30.	11 879 566	10 523 001	4 277 980	644 492	43 000	69 413	—	85 931	23 786	1 243 514	62 261
Juli	7.	11 879 566	7 939 856	4 277 980	77 115	—	4 684	—	12 784	25 337	1 243 514	70 236
	14.	11 879 566	11 618 972	4 277 980	76 988	—	946	—	18 455	25 223	1 243 514	70 607
	21.	11 879 707	11 700 169	4 277 980	71 865	—	1 966	—	25 658	26 807	1 243 514	81 825
	31.	11 879 707	11 663 753	4 277 980	75 503	—	7 535	—	59 616	25 632	1 243 514	77 110
Aug.	7.	11 879 707	11 647 160	4 277 980	75 303	—	1 414	—	38 687	27 779	1 243 514	72 810
	15.	11 879 707	11 559 468	4 277 980	74 326	—	425	—	21 310	25 055	1 243 514	72 329
	23.	11 879 707	11 294 696	4 277 980	74 964	—	3 404	—	32 841	41 573	1 243 514	67 317
	31.	11 879 707	11 101 609	4 277 980	75 639	—	7 115	—	43 985	25 078	1 243 514	66 967
Sept.	7.	11 879 707	11 027 456	4 277 980	74 725	—	4 432	—	13 590	47 964	1 243 514	76 517
	15.	11 879 707	10 906 369	4 277 980	73 902	—	2 451	—	16 084	46 290	1 243 514	68 796
	22.	11 879 707	10 749 141	4 277 980	73 065	—	2 466	—	17 382	25 863	1 243 514	69 544
	29.	11 879 707	12 007 521	4 277 980	324 972	55 000	95 088	—	60 834	24 388	1 243 514	71 505
Okt.	6.	11 879 707	9 542 217	4 277 980	74 836	—	11 179	—	25 576	25 412	1 243 514	77 314
	13.	11 879 707	9 475 967	4 277 980	74 051	—	7 229	—	9 615	25 551	1 243 514	75 140
	23.	11 879 707	9 239 875	4 277 980	73 410	—	1 946	—	23 199	25 864	1 243 514	85 831
	31.	11 879 707	9 668 408	4 277 980	72 850	—	9 941	—	80 600	27 251	1 243 514	81 495
Nov.	7.	11 879 707	8 975 672	4 277 980	73 409	—	1 229	—	37 120	26 986	1 243 514	74 308
	15.	11 879 707	8 715 362	4 277 980	73 117	—	2 384	—	24 700	34 903	1 243 514	69 549
	23.	11 879 707	8 580 268	4 277 980	75 148	—	5 021	—	41 425	41 877	1 243 514	76 432
	30.	11 879 707	8 300 370	4 277 980	179 434	30 000	131 756	—	78 505	23 897	1 243 514	72 147
Dez.	7.	11 879 707	8 400 494	4 277 980	103 009	—	24 590	—	41 741	33 606	1 243 514	63 079
	15.	11 879 707	8 562 322	4 277 980	106 870	—	21 303	—	55 944	28 183	1 243 514	76 886
	22.	11 879 707	10 883 385	4 277 980	107 968	—	67 578	—	61 339	30 994	1 243 514	78 166
	29.	11 879 707	12 323 138	4 277 980	784 052	152 000	418 846	—	142 316	27 457	1 243 514	88 853

Passiven

Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Mindestguthaben von Banken auf:		Verbindlichkeiten auf Zeit		Sonstige Passiven	Bilanzsumme
		<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten</i>	<i>Total</i>	<i>inländischen Verbindlichkeiten¹</i>	<i>ausländischen Verbindlichkeiten²</i>	<i>Sterilisierungsre-skriptionen</i>	<i>Sonderkonti³</i>		
<i>In 1000 Franken</i>										
63 000	13 701 910	10 867 395	1 278 195	12 145 590	—	517 720	313 100	—	948 050	27 689 370
63 000	13 222 697	11 673 140	927 093	12 600 233	—	510 452	313 100	—	946 099	27 655 581
63 000	13 194 817	11 920 878	699 388	12 620 266	—	502 462	313 100	—	974 218	27 667 863
63 000	13 534 820	11 528 670	907 000	12 435 670	—	326 415	313 100	—	978 051	27 651 056
63 000	13 120 860	11 478 894	1 354 185	12 833 079	—	301 411	313 100	—	984 375	27 615 825
63 000	12 838 931	11 991 409	1 203 198	13 194 607	—	137 336	313 100	—	1 005 811	27 552 785
63 000	13 123 794	11 641 710	1 204 883	12 846 593	—	122 644	313 100	—	1 024 848	27 493 979
63 000	13 668 821	10 759 320	1 287 093	12 046 413	—	272 140	313 100	—	1 068 551	27 432 025
63 000	13 327 983	10 892 299	1 442 112	12 334 411	—	238 768	313 100	—	1 074 378	27 351 640
63 000	13 038 700	11 355 312	1 153 460	12 508 772	—	238 053	313 100	—	1 083 908	27 245 533
63 000	13 499 733	10 962 094	1 046 390	12 008 484	—	230 057	313 100	—	1 091 566	27 205 940
63 000	13 946 169	10 379 122	1 208 877	11 587 999	—	134 018	313 100	—	1 098 027	27 142 313
63 000	13 532 183	10 374 158	1 507 624	11 881 782	—	133 626	313 100	—	1 117 046	27 040 737
63 000	13 254 270	10 890 801	1 184 470	12 075 271	—	124 132	313 100	—	1 116 705	26 946 478
63 000	13 381 932	10 666 344	1 207 473	11 873 817	—	106 779	313 100	—	1 132 077	26 870 705
64 000	14 108 491	7 559 158	1 257 156	8 816 314	1 089 581	1 329 543	313 100	—	1 126 837	26 847 866
64 000	13 764 075	7 306 391	1 561 351	8 867 742	1 146 759	699 301	313 100	—	1 136 557	25 991 534
64 000	13 418 131	7 543 043	1 468 859	9 011 902	1 149 479	650 525	313 100	—	1 154 292	25 761 429
64 000	13 520 521	7 127 508	1 469 979	8 597 487	1 133 337	596 031	313 100	—	1 183 525	25 408 001
64 000	13 933 427	5 873 367	1 697 554	7 570 921	1 211 854	1 035 010	313 100	—	1 187 865	25 316 177
64 000	13 637 321	5 775 314	1 707 518	7 482 832	1 213 424	1 025 249	313 100	—	1 265 558	25 001 484
64 000	13 357 405	6 118 338	1 519 431	7 637 769	1 205 368	935 943	313 100	—	1 300 020	24 813 605
64 000	14 002 699	6 619 323	1 497 649	8 116 972	1 197 312	862 606	313 100	—	1 303 632	25 860 321
64 000	14 308 841	9 349 735	1 825 362	11 175 097	1 186 933	562 931	252 100	—	1 303 042	28 852 944
64 000	14 050 538	5 896 604	2 027 533	7 924 137	1 188 213	672 234	313 100	—	1 318 850	25 531 072
64 000	13 871 902	9 892 870	1 897 403	11 790 273	1 194 529	658 561	313 100	—	1 319 886	29 212 251
64 000	14 110 896	9 643 417	2 062 392	11 705 809	1 155 213	627 194	313 100	—	1 333 279	29 309 491
64 000	14 363 217	8 509 688	2 500 966	11 010 654	1 604 377	615 958	313 100	—	1 339 044	29 310 350
64 000	14 038 761	8 445 316	2 817 961	11 263 277	1 634 397	606 360	313 100	—	1 344 459	29 264 354
64 000	13 737 446	8 336 687	2 512 709	10 849 396	1 642 825	1 188 333	313 100	—	1 359 014	29 154 114
64 000	13 893 128	7 922 597	2 415 926	10 338 523	1 664 007	1 270 078	313 100	—	1 373 160	28 915 996
64 000	14 299 412	7 124 070	2 685 011	9 809 081	1 766 362	1 047 667	313 100	—	1 421 972	28 721 594
64 000	14 234 607	7 291 071	2 498 388	9 789 459	1 766 028	1 052 823	313 100	—	1 425 868	28 645 885
64 000	13 985 217	7 641 171	2 240 193	9 881 364	1 766 272	1 060 762	313 100	—	1 444 378	28 515 093
64 000	14 362 188	7 045 199	2 260 763	9 305 962	1 774 618	1 064 438	313 100	—	1 454 356	28 338 662
64 000	14 810 779	8 823 067	1 456 573	10 279 640	1 769 075	992 307	281 100	355 370	1 488 238	30 040 509
64 000	14 427 767	5 317 077	2 424 324	7 741 401	1 763 478	992 406	313 100	355 370	1 500 213	27 157 735
64 000	14 094 673	6 062 649	1 877 497	7 940 146	1 764 809	1 031 117	313 100	355 370	1 505 539	27 068 754
64 000	14 203 989	5 625 741	1 895 482	7 521 223	1 773 054	1 062 446	313 100	355 370	1 558 144	26 851 326
64 000	14 735 972	5 847 229	1 853 206	7 700 435	1 483 463	1 116 033	313 100	355 370	1 573 373	27 341 746
64 000	14 468 798	5 115 291	2 093 252	7 208 543	1 483 397	1 114 829	313 100	355 370	1 581 888	26 589 925
64 000	14 207 391	5 500 242	1 687 931	7 188 173	1 469 600	1 119 553	313 100	355 370	1 604 029	26 321 216
64 000	14 818 781	4 829 718	1 648 760	6 478 478	1 426 519	1 144 310	313 100	355 370	1 620 814	26 221 372
64 000	15 327 560	4 884 363	1 745 177	6 629 540	1 452 799	447 044	313 100	355 370	1 627 897	26 217 310
64 000	15 466 070	4 551 552	1 794 080	6 345 632	1 470 787	449 946	313 100	355 370	1 602 815	26 067 720
64 000	16 148 652	4 520 960	1 339 943	5 860 903	1 469 736	460 008	313 100	355 370	1 580 940	26 252 709
64 000	17 126 500	5 856 374	1 398 866	7 255 240	1 459 947	486 894	313 100	357 370	1 567 580	28 630 631
64 000	16 634 985	9 312 575	1 708 285	11 020 860	1 448 677	580 584	72 700	2 500	1 513 557	31 337 863

¹ Gemäss Vereinbarung zwischen der Nationalbank und den Banken vom 1. September 1969.

² Bis zum 4. Juli 1972 gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestguthaben vom 16. August 1971, ab 5. Juli 1972 gemäss Verordnung über die Mindestguthaben auf ausländischen Geldern.

³ Ueberschreitung des zulässigen Kreditzuwachses (Art. 13 der Vereinbarung zwischen der Nationalbank und den Banken vom 1. September 1969).

Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten

Beilage Nr. 2

1972		Abschnitte zu Franken							Total	Abschnitte zu Franken						
		1000	500	100	50	20	10	5		1000	500	100	50	20	10	5
		<i>In Millionen Franken</i>								<i>Prozentuale Verteilung</i>						
Januar	7.	3 982,9	2 466,0	5 525,3	788,5	616,6	313,4	9,2	13 701,9	29,07	18,00	40,32	5,75	4,50	2,29	0,07
	14.	3 867,4	2 349,8	5 312,0	769,8	605,7	308,8	9,2	13 222,7	29,25	17,77	40,17	5,82	4,58	2,34	0,07
	21.	3 852,1	2 409,1	5 261,3	759,1	598,0	306,0	9,2	13 194,8	29,20	18,26	39,87	5,75	4,53	2,32	0,07
	31.	3 886,8	2 533,4	5 434,1	765,9	599,1	306,3	9,2	13 534,8	28,72	18,72	40,15	5,66	4,42	2,26	0,07
Februar	7.	3 752,7	2 348,6	5 343,4	763,5	597,9	305,6	9,2	13 120,9	28,60	17,90	40,72	5,82	4,56	2,33	0,07
	15.	3 701,6	2 271,3	5 212,4	752,0	590,3	302,1	9,2	12 838,9	28,83	17,69	40,60	5,86	4,60	2,35	0,07
	23.	3 805,8	2 427,4	5 242,3	751,2	587,2	300,7	9,2	13 123,8	29,00	18,50	39,95	5,72	4,47	2,29	0,07
	29.	3 901,9	2 591,6	5 499,8	767,7	595,0	303,6	9,2	13 668,8	28,54	18,96	40,24	5,62	4,35	2,22	0,07
März	7.	3 786,9	2 405,6	5 444,2	776,6	600,1	305,4	9,2	13 328,0	28,41	18,05	40,85	5,83	4,50	2,29	0,07
	15.	3 759,9	2 322,5	5 278,6	768,0	595,3	305,2	9,2	13 038,7	28,84	17,81	40,48	5,89	4,57	2,34	0,07
	23.	3 882,9	2 530,5	5 395,9	776,4	597,9	306,9	9,2	13 499,7	28,76	18,75	39,97	5,75	4,43	2,27	0,07
	30.	4 002,2	2 620,7	5 604,2	791,3	607,2	311,5	9,1	13 946,2	28,70	18,79	40,19	5,67	4,35	2,23	0,07
April	7.	3 879,4	2 450,7	5 484,7	788,9	607,7	311,7	9,1	13 532,2	28,67	18,11	40,53	5,83	4,49	2,30	0,07
	14.	3 849,1	2 368,2	5 344,1	775,1	600,5	308,2	9,1	13 254,3	29,04	17,87	40,32	5,85	4,53	2,32	0,07
	21.	3 887,0	2 477,6	5 337,7	768,1	596,6	305,8	9,1	13 381,9	29,05	18,51	39,89	5,74	4,46	2,28	0,07
	28.	4 043,4	2 726,9	5 629,1	784,3	605,7	310,0	9,1	14 108,5	28,66	19,33	39,90	5,56	4,29	2,20	0,06
Mai	5.	3 956,7	2 544,5	5 552,4	783,9	606,8	310,7	9,1	13 764,1	28,74	18,49	40,34	5,69	4,41	2,26	0,07
	15.	3 883,8	2 426,6	5 401,2	780,1	606,3	311,0	9,1	13 418,1	28,95	18,08	40,25	5,81	4,52	2,32	0,07
	23.	3 909,2	2 533,1	5 380,1	776,4	602,6	310,0	9,1	13 520,5	28,91	18,74	39,79	5,74	4,46	2,29	0,07
	31.	4 000,9	2 648,3	5 560,7	788,6	611,0	314,8	9,1	13 933,4	28,71	19,01	39,91	5,66	4,38	2,26	0,07
Juni	7.	3 906,9	2 499,1	5 500,5	792,3	613,2	316,2	9,1	13 637,3	28,65	18,32	40,33	5,81	4,50	2,32	0,07
	15.	3 889,8	2 422,5	5 331,5	783,0	607,3	314,2	9,1	13 357,4	29,12	18,14	39,91	5,86	4,55	2,35	0,07
	23.	4 026,6	2 709,8	5 529,1	795,8	614,0	318,3	9,1	14 002,7	28,76	19,35	39,49	5,68	4,38	2,27	0,07
	30.	4 134,7	2 738,3	5 669,0	813,5	621,0	323,2	9,1	14 308,8	28,90	19,14	39,62	5,68	4,34	2,26	0,06
Juli	7.	4 045,9	2 577,8	5 641,5	824,3	626,5	325,4	9,1	14 050,5	28,79	18,35	40,15	5,87	4,46	2,32	0,06
	14.	4 061,1	2 521,7	5 512,2	819,3	624,1	324,4	9,1	13 871,9	29,27	18,18	39,74	5,90	4,50	2,34	0,07
	21.	4 123,5	2 649,5	5 568,2	816,9	619,7	324,0	9,1	14 110,9	29,22	18,78	39,46	5,79	4,39	2,30	0,06
	31.	4 162,0	2 731,1	5 680,2	828,0	626,0	326,8	9,1	14 363,2	28,98	19,01	39,55	5,76	4,36	2,28	0,06
August	7.	4 083,3	2 572,9	5 597,5	825,1	624,8	326,1	9,1	14 038,8	29,09	18,33	39,87	5,88	4,45	2,32	0,06
	15.	4 055,2	2 479,6	5 440,0	812,1	619,0	322,4	9,1	13 737,4	29,52	18,05	39,60	5,91	4,50	2,35	0,07
	23.	4 103,0	2 601,1	5 438,9	805,6	614,1	321,3	9,1	13 893,1	29,53	18,72	39,15	5,80	4,42	2,31	0,07
	31.	4 207,0	2 699,9	5 624,4	814,7	620,6	323,7	9,1	14 299,4	29,42	18,88	39,33	5,70	4,34	2,27	0,06
September . .	7.	4 174,3	2 623,5	5 662,0	816,2	625,1	324,4	9,1	14 234,6	29,33	18,43	39,78	5,73	4,39	2,28	0,06
	15.	4 161,3	2 545,9	5 525,7	804,3	618,4	320,5	9,1	13 985,2	29,76	18,20	39,51	5,75	4,42	2,29	0,07
	22.	4 270,4	2 739,7	5 604,9	801,5	616,4	320,2	9,1	14 362,2	29,73	19,08	39,03	5,58	4,29	2,23	0,06
	29.	4 371,6	2 867,7	5 802,8	812,6	624,7	322,3	9,1	14 810,8	29,52	19,36	39,18	5,49	4,22	2,17	0,06
Oktober	6.	4 264,7	2 682,9	5 713,2	810,2	625,5	322,2	9,1	14 427,8	29,56	18,60	39,60	5,62	4,33	2,23	0,06
	13.	4 222,8	2 577,4	5 549,1	798,4	618,9	319,0	9,1	14 094,7	29,96	18,29	39,37	5,66	4,39	2,26	0,07
	23.	4 282,0	2 687,9	5 508,1	788,1	612,6	316,2	9,1	14 204,0	30,15	18,92	38,78	5,55	4,31	2,23	0,06
	31.	4 418,9	2 850,3	5 718,2	799,1	621,0	319,4	9,1	14 736,0	29,99	19,34	38,81	5,42	4,21	2,17	0,06
November . . .	7.	4 363,8	2 703,3	5 651,6	797,7	623,9	319,4	9,1	14 468,8	30,16	18,68	39,06	5,52	4,31	2,21	0,06
	15.	4 362,0	2 640,5	5 477,0	784,9	617,2	316,7	9,1	14 207,4	30,70	18,59	38,55	5,53	4,34	2,23	0,06
	23.	4 546,7	2 938,9	5 595,7	789,5	619,9	319,0	9,1	14 818,8	30,68	19,83	37,76	5,33	4,19	2,15	0,06
	30.	4 696,1	3 042,0	5 821,7	803,8	631,4	323,5	9,1	15 327,6	30,64	19,85	37,98	5,24	4,12	2,11	0,06
Dezember . . .	7.	4 731,7	3 014,2	5 917,4	823,2	642,3	328,2	9,1	15 466,1	30,60	19,49	38,26	5,32	4,15	2,12	0,06
	15.	5 093,3	3 244,2	5 986,3	835,1	649,3	331,4	9,1	16 148,7	31,54	20,09	37,07	5,17	4,02	2,05	0,06
	22.	5 471,2	3 525,9	6 266,0	856,8	660,8	336,7	9,1	17 126,5	31,95	20,59	36,59	5,00	3,86	1,96	0,05
	29.	5 398,4	3 309,9	6 071,5	850,2	658,0	337,9	9,1	16 635,0	32,45	19,90	36,50	5,11	3,96	2,03	0,05
Jahres- durch- schnitt	1970	3 169,5	1 927,0	5 109,9	720,9	563,3	284,8	9,3	11 784,7	26,90	16,35	43,36	6,11	4,78	2,42	0,08
	1971	3 466,4	2 232,2	5 314,6	754,7	587,3	299,4	9,2	12 663,8	27,37	17,63	41,97	5,96	4,64	2,36	0,07
	1972	4 150,4	2 638,5	5 555,2	795,4	615,1	316,7	9,1	14 080,4	29,48	18,74	39,45	5,65	4,37	2,25	0,06

Giroverkehr

Beilage Nr. 3

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total
<i>Zahl der Posten</i>						<i>In 1000 Franken</i>					
Gutschriften	1968	18 697	93 292	2 436 780	86 649	2 635 418	1 735 451	57 437 034	804 732 722	66 387 373	930 292 580
	1969	17 245	89 305	2 779 022	93 071	2 978 643	2 026 230	61 414 812	1 259 691 586	82 322 838	1 405 455 466
	1970	16 426	91 007	3 295 824	96 014	3 499 271	2 152 122	106 873 069	1 765 953 887	75 234 176	1 950 213 254
	1971	18 370	85 578	3 289 667	101 315	3 494 930	2 664 555	124 437 294	1 956 234 796	81 390 132	2 164 726 777
	1972	17 725	84 316	3 866 648	117 469	4 086 158	2 927 830	104 327 230	2 913 433 692	94 604 419	3 115 293 171
Belastungen	1968	33 727	93 118	2 436 780	101 328	2 664 953	18 330 487	36 978 440	804 732 722	68 264 389	928 306 038
	1969	32 827	88 557	2 779 022	106 521	3 006 927	19 348 391	42 664 429	1 259 691 586	83 199 292	1 404 903 698
	1970	34 185	87 159	3 295 824	111 426	3 528 594	21 295 614	84 600 123	1 765 953 887	76 808 723	1 948 658 347
	1971	36 445	81 906	3 289 667	115 393	3 523 411	23 507 061	101 104 436	1 956 234 796	80 743 738	2 161 590 031
	1972	38 288	79 724	3 866 648	125 746	4 110 406	27 286 814	79 971 890	2 913 433 692	96 103 348	3 116 795 744
Total	1968	52 424	186 410	4 873 560	187 977	5 300 371	20 065 938	94 415 474	1 609 465 444	134 651 762	1 858 598 618
	1969	50 072	177 862	5 558 044	199 592	5 985 570	21 374 621	104 079 241	2 519 383 172	165 522 130	2 810 359 164
	1970	50 611	178 166	6 591 648	207 440	7 027 865	23 447 736	191 473 192	3 531 907 774	152 042 899	3 898 871 601
	1971	54 815	167 484	6 579 334	216 708	7 018 341	26 171 616	225 541 730	3 912 469 592	162 133 870	4 326 316 808
	1972	56 013	164 040	7 733 296	243 215	8 196 564	30 214 644	184 299 120	5 826 867 384	190 707 767	6 232 088 915
<i>Prozentuale Verteilung</i>											
Gutschriften	1968	0,71	3,54	92,46	3,29	100	0,19	6,17	86,50	7,14	100
	1969	0,58	3,00	93,30	3,12	100	0,14	4,37	89,63	5,86	100
	1970	0,47	2,60	94,19	2,74	100	0,11	5,48	90,55	3,86	100
	1971	0,52	2,45	94,13	2,90	100	0,12	5,75	90,37	3,76	100
	1972	0,43	2,06	94,63	2,88	100	0,09	3,35	93,52	3,04	100
Belastungen	1968	1,27	3,49	91,44	3,80	100	1,98	3,98	86,69	7,35	100
	1969	1,09	2,95	92,42	3,54	100	1,38	3,04	89,66	5,92	100
	1970	0,97	2,47	93,40	3,16	100	1,09	4,34	90,63	3,94	100
	1971	1,03	2,32	93,37	3,28	100	1,09	4,68	90,50	3,73	100
	1972	0,93	1,94	94,07	3,06	100	0,88	2,57	93,47	3,08	100
Total	1968	0,99	3,51	91,95	3,55	100	1,08	5,08	86,60	7,24	100
	1969	0,84	2,97	92,86	3,33	100	0,76	3,70	89,65	5,89	100
	1970	0,72	2,54	93,79	2,95	100	0,60	4,91	90,59	3,90	100
	1971	0,78	2,39	93,74	3,09	100	0,61	5,21	90,43	3,75	100
	1972	0,68	2,00	94,35	2,97	100	0,48	2,96	93,50	3,06	100

¹ Mit Einschluss des Bankenclearing.

Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen¹

Beilage Nr. 4

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Kassenumsatz											
1968	2 085 924	5 375 353	20 901 945 ²	4 457 674	5 132 418	2 269 244	1 916 792	1 495 905	3 247 864	14 825 503	61 708 622 ²
1969	2 152 257	5 231 731	19 167 616 ²	4 961 488	5 393 366	2 574 005	2 113 991	1 596 531	3 678 080	15 398 795	62 267 860 ²
1970	2 329 734	5 696 554	20 037 800 ²	5 632 230	6 200 522	3 102 353	2 338 957	1 676 701	3 942 468	17 323 727	68 281 046 ²
1971	2 579 024	6 488 772	22 548 499 ²	6 399 486	6 686 799	3 378 986	2 653 757	1 867 204	4 451 772	19 309 459	76 363 758 ²
1972	2 918 576	6 877 193	22 972 413 ²	6 945 294	7 885 916	4 184 202	3 068 283	1 999 902	5 219 699	21 352 638	83 424 116 ²
Devisenverkehr											
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99 530 601	99 530 601
1969	—	—	—	—	—	—	—	—	—	101 135 287	101 135 287
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	156 633 335	156 633 335
1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	299 589 612	299 589 612
1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	301 147 085	301 147 085
Diskontierungen von Schweizerwechsln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1968	35 447	28 838	52 213	5 442	28 090	27 621	76 889	26 332	55 889	947 572	1 284 333
1969	32 072	42 543	99 055	4 669	24 168	29 921	74 321	35 551	49 999	5 227 908	5 620 207
1970	49 560	59 222	72 764	5 903	31 231	37 773	74 325	32 546	49 081	2 082 303	2 494 708
1971	18 563	27 395	64 011	8 013	20 385	48 092	73 331	30 713	42 670	1 278 001	1 611 174
1972	8 421	57 369	60 364	5 031	9 410	54 276	74 114	30 118	38 264	1 896 200	2 233 567
Neue Lombardvorschüsse											
1968	29 873	17 052	241 115	46 795	78 319	5 476	114 115	15 671	157 332	220 670	926 418
1969	56 478	86 595	682 937	42 669	188 719	26 545	171 410	9 084	177 319	1 255 452	2 697 208
1970	39 623	44 474	469 687	17 230	71 403	16 959	131 135	11 522	137 006	1 420 534	2 359 573
1971	20 474	30 018	177 203	10 448	47 010	5 197	63 580	15 136	55 840	487 952	912 858
1972	18 866	14 888	377 732	14 968	22 207	182	83 242	4 235	49 720	487 308	1 073 348
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 274 480	22 274 480
1969	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23 794 101	23 794 101
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26 279 655	26 279 655
1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28 793 108	28 793 108
1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32 147 660	32 147 660
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland											
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 046 031	5 046 031
1969	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 664 884	5 664 884
1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 412 602	5 412 602
1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 418 488	5 418 488
1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 570 895	5 570 895

¹ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

² Einschliesslich Gold im Ausland.

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St.Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1968	1 742	9 527	1 108 164	31 618	22 563	4 923	3 812	10 602	3 674	183 477	1 380 102
1969	930	21 339	1 305 999	16 243	29 890	3 775	6 241	8 201	3 248	99 036	1 494 902
1970	1 401	22 839	1 756 758	43 245	8 105	7 228	4 582	6 229	5 443	79 041	1 934 871
1971	2 321	10 589	2 042 284	51 317	9 660	20 939	7 219	4 722	3 740	97 677	2 250 468
1972	1 063	15 418	2 800 632	43 001	10 490	9 757	14 404	5 844	21 375	95 113	3 017 097
Giroverkehr											
1968	3 461 814	53 243 503	25 894 224	34 069 795	11 618 072	3 402 395	4 388 856	2 657 494	7 594 026	1 712 268 439	1 858 598 618
1969	3 752 401	72 685 342	30 342 782	38 476 200	14 180 040	3 774 960	5 478 721	2 969 979	8 521 605	2 630 177 134	2 810 359 164
1970	4 141 789	62 529 318	33 130 724	43 888 487	14 206 260	4 465 008	5 827 939	3 277 748	9 117 550	3 718 286 779	3 898 871 602
1971	5 460 894	66 649 455	30 925 906	49 617 095	16 107 198	5 653 172	6 455 386	3 656 533	10 156 225	4 131 634 944	4 326 316 808
1972	7 134 791	83 418 803	43 510 314	52 893 521	18 051 812	6 899 638	8 399 370	4 142 127	20 307 615	5 987 330 924	6 232 088 915
Verkehr mit dem Bund											
1968	—	—	89 875 687	—	—	—	—	—	—	—	89 875 687
1969	—	—	98 197 804	—	—	—	—	—	—	—	98 197 804
1970	—	—	108 126 907	—	—	—	—	—	—	—	108 126 907
1971	—	—	112 743 097	—	—	—	—	—	—	—	112 743 097
1972	—	—	125 953 366	—	—	—	—	—	—	—	125 953 366
Verkehr mit Deponenten											
1968	6 146	37 770	130 407	30 104	11 005	1 711	7 231	13 543	3 486	6 253 815	6 495 218
1969	6 423	34 527	135 995	21 707	10 431	1 882	5 295	10 159	3 984	6 373 773	6 604 176
1970	7 601	32 756	186 251	25 116	6 044	18 178	14 641	11 083	4 207	2 584 728	2 890 605
1971	9 673	23 287	164 439	28 109	8 142	20 475	14 748	10 593	5 688	4 308 478	4 593 632
1972	7 243	36 958	186 333	38 500	7 553	2 481	30 421	11 449	4 994	2 968 345	3 294 277
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1968	14 623 361	103 382 249	298 951 649	56 823 006	35 129 482	11 491 502	16 107 685	8 187 336	28 299 491	2 030 109 042	2 603 104 803
1969	14 329 101	137 121 237	317 256 123	64 968 110	38 475 574	12 440 696	18 038 788	10 036 451	29 645 185	2 975 212 652	3 617 523 917
1970	16 650 104	123 442 996	350 550 299	74 400 980	41 676 389	14 649 351	19 929 434	9 964 350	32 757 375	4 117 046 291	4 801 067 569
1971	20 588 745	134 354 547	376 746 389	84 655 353	46 103 567	16 896 244	21 785 793	10 339 736	35 020 928	5 081 336 007	5 827 827 309
1972	24 890 182	166 294 340	439 678 836	91 696 656	52 743 395	21 654 037	26 421 163	13 612 148	54 879 834	7 636 198 148	8 528 068 739
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1968	—	7 086 736	510 001	7 191 969	1 137 813	—	—	89 644 ³	113 284	2 543 924	18 673 371
1969	—	8 315 050	585 332	8 223 314	1 316 361	—	—	118 806 ³	140 239	2 977 891	21 676 993
1970	—	4 557 082	729 545	9 082 904	1 339 547	—	—	160 409 ³	160 345	3 592 749	19 622 581
1971	—	3 383 887	715 938	5 451 861	1 569 162	—	—	221 112 ³	178 252	4 044 941	15 565 153
1972	—	2 914 516	691 605	4 300 496	1 847 843	—	—	258 409 ³	201 073	4 503 476	14 717 418

³ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle I

Bestände am Jahresende

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille			Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lom- bard- vor- schüsse	
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisun- gen ³	Diskon- tierte Obliga- tionen			Total
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2
1936	2 709,0	—	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8
1937	2 679,2	—	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8
1938	2 889,6	—	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9
1939	2 261,6	—	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6
1940	2 173,2	—	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435,555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639,13; vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4869,80.

² 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Kor-respon-denten im Inland ⁴	Noten-umlauf	Deckung des Noten-umlaufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				<i>Girrech-nungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rech-nungen des Bundes</i>	<i>Rech-nungen der Depo-nenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>	<i>Total</i>		
<i>In Millionen Franken</i>			<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>						
3,8	10,5	159,2	51,09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61,11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52,91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55,77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53,96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54,80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60,79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57,65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64,72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74,07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58,30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48,49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57,00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64,90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65,17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65,44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63,94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64,89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63,53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62,31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63,20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60,75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61,90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67,12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145,82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153,24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132,36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132,60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101,65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935
15,9	14,2	1 482,2	182,76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	1 370,1	3 505,9	1936
30,7	11,4	1 530,5	175,05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	1 722,4	3 902,3	1937
90,9	9,6	1 751,0	165,02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	1 671,9	4 081,0	1938
80,9	16,6	2 049,9	110,33	686,7	10,9	32,0	67,8	797,4	3 501,8	1939
87,8	20,0	2 273,4	95,59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	1 186,9	3 727,7	1940

⁴1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle I (Forts.)

Bestände am Jahresende

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
					Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskontierte Obligationen					im Inland	im Ausland
<i>In Millionen Franken</i>													
1941	2 878,5	679,0	—	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	—	86,6	181,9	72,4	14,6
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	—	160,1	180,6	99,7	21,7
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	—	277,1	170,2	89,5	20,1
1970	11 821,3	8 441,1	1 851,0	—	306,6	71,0	21,4	399,0	—	223,5	156,0	82,8	25,5
1971	11 879,4	10 323,3	4 278,0	—	78,1	—	2,4	80,5	—	28,5	10,8	72,4	22,8
1972	11 879,7	12 323,1	4 278,0	—	770,3	152,0	13,8	936,1	—	418,8	—	142,3	27,5

¹ Bewertung vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4869,80; seit 10. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4595,74.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorech- nungen von Banken mit vorüber- gehender zeitlicher Bindung	Mindest- gut- haben von Banken	Verbindlich- keiten auf Zeit Sterili- sierungs- reskrip- tionen	Sonder- konti	Pflicht- depots gemäss Bundes- beschluss vom 13. März 1964	Bilanz- summe	Jahr
		<i>Girorech- nungen von Banken, Handel u. Industrie</i>	<i>Rechnun- gen des Bundes</i>	<i>Rechnun- gen der Depo- nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing- abkom- men</i>	<i>Guthaben auslän- discher Banken³</i>	<i>Total</i>							
<i>In Millionen Franken</i>	<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>												
2 336,7	123,18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135,18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136,87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128,35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124,55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121,00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119,91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126,70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	—	337,1	—	—	6 400,6	1948
4 566,3	136,66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	—	200,0	—	—	6 721,9	1949
4 663,8	128,13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121,85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114,73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116,40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116,85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121,23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122,26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124,49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136,34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131,93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137,94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	—	390,3	—	—	10 266,2	1960
7 656,0	144,70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	—	293,5	—	—	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	—	373,0	—	—	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	—	357,3	—	—	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	—	433,2	—	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	—	602,0	—	19,9	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	—	389,0	—	2,3	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	—	550,0	—	—	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	5 776,2	505,0	23,9	33,4	75,1	6 413,6	—	—	233,1	—	—	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 353,4	493,0	18,8	40,0	49,6	6 954,8	—	—	141,9	—	—	20 482,5	1969
13 106,0	90,20	7 749,6	405,3	28,5	18,3	208,4	8 410,1	—	—	201,7	200,0 ⁶	—	23 095,3	1970
14 309,9	83,01	10 701,6	713,7	30,7	15,3	393,1	11 854,4	—	516,4 ⁴	313,1	—	—	28 014,6	1971
16 635,0	71,41	9 312,6	1 380,3	31,4	17,0	279,5	11 020,8	—	2 029,3 ⁵	72,7	2,5 ⁷	—	31 362,9	1972

³ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁴ Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestguthaben vom 16. August 1971.

⁵ Mindestguthaben von Banken auf a) inländischen Verbindlichkeiten Fr. 1 448,7
b) ausländischen Verbindlichkeiten Fr. 580,6.

⁶ Sonderkonto PTT.

⁷ Überschreitung des zulässigen Kreditwachses.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle II

Jahresdurchschnitte

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille			Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizerwechsel ³	Schatzanweisungen ⁴	Diskontierte Obligationen			Total
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6
1936	1 690,5	—	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8
1937	2 640,0	—	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3
1938	2 849,0	—	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7
1939	2 530,2	—	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4
1940	2 144,9	—	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4869.80.

² 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.

⁴ Vor 1932 nicht berechnet.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korrespondenten im Inland ⁵	Notenumlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten				Total	Jahr
				<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rechnungen des Bundes</i>	<i>Rechnungen der Deponenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>		
<i>In Millionen Franken</i>			%	<i>In Millionen Franken</i>					
3,2	9,6	88,9	65,74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72,95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71,41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66,03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68,35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67,25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71,09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63,33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70,57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75,63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74,15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58,98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57,00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67,16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72,09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78,71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72,17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72,08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72,10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66,96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65,06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61,89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63,52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68,54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102,09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168,79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147,17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132,52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113,57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935
42,4	8,7	1 293,9	130,64	541,3	29,0	27,7	27,2	625,2	1936
17,9	6,6	1 378,4	191,51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	1 489,3	1937
74,4	6,0	1 555,4	183,17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	1 810,9	1938
93,2	7,5	1 802,3	140,38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	1 182,7	1939
86,2	8,5	2 081,9	103,02	744,3	4,4	38,6	80,5	867,8	1940

⁵ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle II (Forts.)

Jahresdurchschnitte

Jahr	Gold- bestand ¹	Devisen	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Dar- lehens- kasse	Lombard- vor- schüsse	Eigene Wert- schriften	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizer- wechsel	Schatzan- weisungen ²	Diskon- tierte Obli- gationen					im Inland	im Ausland
<i>In Millionen Franken</i>											
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3
1967	11 982,3	1 351,8	92,5	4,7	15,0	112,2	—	30,5	185,1	26,9	20,9
1968	11 586,5	1 602,6	104,4	3,3	6,5	114,2	—	27,3	181,0	26,8	21,5
1969	11 431,6	2 020,8	193,4	9,3	19,6	222,3	—	71,1	176,0	32,2	23,2
1970	11 615,5	3 418,7	134,6	9,5	11,3	155,4	—	47,0	167,6	39,3	25,9
1971	11 854,9	6 834,3	114,3	3,6	4,3	122,2	—	15,9	128,4	35,6	27,1
1972	11 879,6	9 721,4	109,5	5,8	1,8	117,1	—	22,2	122,2	38,5	28,5

¹ Bewertung vom 31. Mai 1940 bis 9. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4869,80; seit 10. Mai 1971: 1 kg = Fr. 4595,74.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Total	Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen des Bundes	Rechnungen der DepONENTEN	Konti Zahlungs- u. Clearing-abkommen	Guthaben aus-ländischer Banken ³				
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken								
2 107,8	111,36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150,60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142,62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144,93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133,36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132,61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130,18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135,86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141,93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145,75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴	1950
4 419,5	135,78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127,22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125,40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125,95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124,67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129,80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144,66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵	1960
6 672,9	150,60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶	3 198,4	1 035,0 ⁷	397,8	1961
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966
10 013,4	119,66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967
10 577,5	109,54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968
11 259,9	101,53	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969
11 784,7	98,56	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4 188,8	—	428,3	1970
12 663,8	93,61	7 452,3 ⁸	801,7	21,5	12,1	132,3	8 419,9	—	483,1	1971
14 080,4	84,37	8 221,9	1 288,9	26,0	16,3	345,0	9 898,1	—	395,1 ⁹	1972

³ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁴ Durchschnitt Januar bis Juli.

⁵ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

⁶ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁷ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

⁸ Eingeschlossen auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

⁹ Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditwachses).

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle III

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr ²	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille		Schatzan- weisungen ³	Obli- gationen	Total			
Schweizerwechsel		Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit	Tage				In Millionen Franken		
In Millionen Franken										
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	1 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	1 049,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.

² 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland inbegriffen.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ⁴	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit dem Bund	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearingabkommen	Auf die Bank aus-gestellte Checks u. Generalmandate ⁵	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
<i>In Millionen Franken</i>										
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935
2 150,5	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940

⁴ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten; ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁵ Bis 1924 nur Generalmandate.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle III (Forts.)

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr	Diskontierungen				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften	
			Inlandportefeuille		Schatzen- weisungen ²	Obli- gationen				Total
In Millionen Franken		Tage		In Millionen Franken						
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 ⁴	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 ⁴	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3
1967	56 213,7	67 305,0	469,7	32 ⁴	100,0	111,4	681,1	—	759,6	16,7
1968	61 708,6	99 530,6	1 047,4	10 ⁴	187,7	49,2	1 284,3	—	926,4	1,9
1969	62 267,9	101 135,3	5 175,8	6 ⁴	334,5	109,9	5 620,2	—	2 697,2	10,4
1970	68 281,0	156 633,3	2 108,0	8 ⁴	314,0	72,7	2 494,7	—	2 359,6	37,8
1971	76 363,8	299 589,6	1 454,2	9 ⁴	140,0	16,9	1 611,1	—	912,9	145,2
1972	83 424,1	301 147,1	1 935,4	7 ⁴	280,0	18,2	2 233,6	—	1 073,3	10,8

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.

² Seit 1948 nur Schatzenweisungen des Bundes.

³ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

⁴ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit dem Bund	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks u. Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
<i>im Inland</i>	<i>im Ausland</i>										
<i>In Millionen Franken</i>											
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,5	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,1	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966
20 524,4	9 149,9	1 280,8	1 318 449,1	23 829,9	82 948,8	3 414,3	3 903,3	561,6	1 963 035,5	13 575,0	1967
22 274,5	5 046,0	1 380,1	1 858 598,6	26 122,1	89 875,7	6 495,2	4 521,9	693,1	2 603 104,8	18 673,4	1968
23 794,1	5 664,9	1 494,9	2 810 359,2	29 823,1	98 197,8	6 604,2	3 862,2	805,4	3 617 523,9	21 677,0	1969
26 279,7	5 412,6	1 934,9	3 898 871,6	33 260,8	108 126,9	2 890,6	4 579,6	819,4	4 801 067,6	19 622,6	1970
28 793,1	5 418,5	2 250,5	4 326 316,8	36 937,5	112 743,1	4 593,6	4 137,4	1 152,2	5 827 827,3	15 565,2	1971
32 147,7	5 570,9	3 017,1	6 232 088,9	40 273,5	125 953,4	3 294,3	3 224,6	1 570,3	8 528 068,7	14 717,4	1972

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle IV

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertschritten ²	Zinsen von Inland-korrespondenten ³	Kommissionen ⁴	Diverse Nutzposten	Zinsen an Depo-nenten ⁵	Brutto-ertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizer-wechseln	Schatzanweisungen ¹	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehens-kasse							
In 1000 Franken													
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520

¹ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

² Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.

³ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁴ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

⁵ Einschliesslich Zinsen an den Bund bis 1936.

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Bank- noten- anferti- gungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Rück- stellungen und Verluste auf Gold ⁶	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuwei- sung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
				<i>auf Bank- gebäuden und Möbiliar, ab- züglich Mehr- erlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- eingänge</i>						
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁶	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁹	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940

In 1000 Franken

⁶ Einschliesslich Fr.300000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle).

⁷ Einschliesslich Fr.635000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸ Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle IV (Forts.)

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wert-schriften	Zinsen von Inland-korrespondenten ⁴	Kom-mis-sio-nen ⁵	Diverse Nutz-posten	Zinsen an Depo-nenten	Brutto-ertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schwei-zer-wech-seln	Schatz-anwei-sungen ²	Obliga-tionen	Wechseln der eidg. Darlehens-kasse							
In 1000 Franken													
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497 ³	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416 ³	147	601	1 088	302	37 885
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367 ³	200	635	1 533	347	42 255
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208 ³	189	671	1 468	402	54 920
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964 ³	237	893	1 350	430	68 517
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	—	1 141	28 789 ³	258	938	1 068	476	67 603
1968	58 458	3 727	3 476	56	191	—	897	7 573	230	806	880	505	72 066
1969	63 276	7 487	6 576	285	622	—	2 471	7 453	311	1 109	696	546	82 257
1970	90 186	6 443	5 817	243	378	—	1 897	7 274	464	1 194	281	622	107 117
1971	77 499	4 154	3 992	68	89	—	780	8 882	338	1 351	340	783	92 561
1972	119 358	3 768	3 384	277	102	—	602	1 192	250	2 053	696	890	127 029

¹ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandkorrespondenten.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.

⁴ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁵ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Kosten und Rück- stellung für Offen- markt- opera- tionen	Bank- noten- anfer- tigungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Steri- lisierungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuweisung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
					<i>auf Bank- gebäuden und Mobiliar, ab- züglich Mehr- erlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- eingänge</i>						
3 774	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	—	5 000	4 140	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	—	451	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	—	500	1 501	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	—	799	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁶	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁶	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁷	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁸	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ⁹	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	—	3 000	4 087	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	—	6 000	5 362	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	—	6 000	4 358	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	—	10 000	5 812	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172 ⁹	400	—	10 000	7 914	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
12 788	—	6 000	10 000	12 964	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 565	—	16 460	7 020	16 513	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
15 700 ⁹	—	4 984	6 489	29 008	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967
17 818 ¹⁰	234	5 000	10 101	22 674	7 396	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1968
19 311 ¹¹	—	3 000	12 554	13 563	24 986	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1969
28 268 ¹²	1 000	5 000	23 360	30 250	9 396	—	3 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1970
26 685 ¹³	—	—	16 711	35 285	3 364	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1971
32 149 ¹⁴	2 467	27 000	17 601	10 593	26 703	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1972

In 1000 Franken

⁶ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁷ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.

⁸ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁹ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹⁰ Einschliesslich Fr. 2 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹¹ Einschliesslich Fr. 2 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹² Einschliesslich Fr. 10 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹³ Einschliesslich Fr. 5 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹⁴ Einschliesslich Fr. 8 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

Schweizerische Nationalbank 1967 – 1972

Beilage Nr. 6

Bestände am Monatsende



Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 7

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
	%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage		%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage
1907 20. Juni	4½	56	5	56	1918 4. Juli	—	—	5½	91
15. August	5	84	5½	84	3. Oktober	5½	322	6	917
7. November	5½	70	6	70	1919 21. August	5	595	—	—
1908 16. Januar	5	7	5½	7	1921 7. April	4½	126	5½	126
23. Januar	4½	28	5	28	11. August	4	203	5	203
20. Februar	4	28	4½	28	1922 2. März	3½	168	4½	168
19. März	3½	322	4	441	17. August	3	331	4	331
1909 4. Februar	3	252	—	—	1923 14. Juli	4	831	5	831
3. Juni	—	—	3½	133	1925 22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
14. Oktober	3½	28	4	28	1930 3. April	3	98	4	98
11. November	4	56	4½	56	10. Juli	2½	196	3½	196
1910 6. Januar	3½	49	4	210	1931 22. Januar	2	1 562	3	748
24. Februar	3	161	—	—	1933 8. Februar	—	—	2½	814
4. August	3½	49	4½	84	1935 3. Mai	2½	495	3½	495
22. September	4	35	—	—	1936 9. September	2	78	3	78
27. Oktober	4½	70	5	70	26. November	1½	7 475	2½	7 475
1911 5. Januar	4	42	4½	42	1957 15. Mai ¹	2½	652	3½	652
16. Februar	3½	224	4	224	1959 26. Februar ²	2	1 955	3	1 955
28. September	4	350	4½	350	1964 3. Juli ³	2½	732	3½	732
1912 12. September	4½	77	5	77	1966 6. Juli ⁴	3½	369	4	369
28. November	5	259	5½	259	1967 10. Juli ⁴	3	798	3%	798
1913 14. August	4½	161	5	161	1969 15. September ⁵	3%	1 204 ⁶	4%	1 204 ⁶
1914 22. Januar	4	28	4½	189					
19. Februar	3½	161	—	—					
30. Juli	4½	1	5½	1					
31. Juli	5½	3	6	3					
3. August	6	38	7	38					
10. September	5	113	6	14					
24. September	—	—	5½	99					
1915 1. Januar	4½	1 371	5	1 280					

¹ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2% (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

² Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2½% (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965); übrige Pflichtlager 2% (vom 3. bis 5. Juli 1964).

⁴ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968), 3% (seit 1. April 1968); übrige Pflichtlager 3% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3½% (seit 1. Oktober 1966).

⁵ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968), 3% (vom 1. April 1968 bis 10. November 1969), 3½% (vom 11. November 1969 bis 24. Januar 1972), 3½% (vom 25. Januar 1972 bis 29. Februar 1972), 3¼% (seit 1. März 1972); übrige Pflichtlager 3½% (vom 1. Oktober 1966 bis 10. November 1969), 4% (vom 11. November 1969 bis 24. Januar 1972), 3¾% (vom 25. Januar 1972 bis 29. Februar 1972), 3½% (seit 1. März 1972).

⁶ Bis 31. Dezember 1972.

Abrechnungsverkehr

Beilage Nr. 8

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux-de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1968	12	12	4	14	12	6	8	7	75	20	27
1969	12	12	5	14	12	6	8	7	76	21	26
1970	12	12	5	14	12	6	8	7	76	21	26
1971	12	12	5	14	12	7	8	7	77	21	26
1972	12	11	5	14	13	7	8	7	77	22	26
Zahl der eingereichten Stücke											
1968	64 573	52 472	1 844	440 398	146 630	4 936	13 404	272 221	996 478	—	—
1969	68 750	62 710	2 576	541 722	167 711	5 718	16 663	355 680	1 221 530	—	—
1970	85 921	82 972	4 202	458 666	182 408	7 523	21 424	427 420	1 270 536	—	—
1971	98 254	107 732	4 846	492 839	200 180	11 260	24 390	497 201	1 436 702	—	—
1972	90 143	111 672	4 228	529 756	210 330	12 660	25 610	480 805	1 465 204	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1968	7 086 736	5 10 001	33 444	7 191 969	1 137 813	56 200	113 284	2 543 924	18 673 371	1 306 928	5 473 258
1969	8 315 050	585 332	46 792	8 223 314	1 316 361	72 014	140 239	2 977 891	21 676 993	1 569 071	5 803 899
1970	4 557 082	729 545	62 419	9 082 904	1 339 547	97 990	160 345	3 592 749	19 622 581	1 118 225	4 378 176
1971	3 383 887	715 938	63 017	5 451 861	1 569 162	158 095	178 252	4 044 941	15 565 153	1 512 354	6 821 021
1972	2 914 516	691 605	58 811	4 300 496	1 847 843	199 598	201 073	4 503 476	14 717 418	2 140 708	9 637 819
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozent)											
1968	68,00	48,88	24,12	59,26	67,37	26,75	46,05	64,14	63,21	68,69	76,57
1969	66,29	48,14	23,19	61,02	67,08	27,83	46,56	65,44	63,38	66,89	76,40
1970	63,61	44,61	22,66	60,58	68,36	25,16	46,10	64,12	61,46	66,51	77,21
1971	50,56	52,81	21,16	50,78	70,28	18,40	44,56	65,21	56,02	65,24	75,13
1972	47,35	55,29	25,88	47,42	67,27	14,79	42,40	62,93	54,42	66,41	77,45

Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane

auf 1. Januar 1973

Beilage Nr. 9

Präsidium der Generalversammlung (Amtsperiode 1971–1975)

Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident

Dr. Dr. h. c. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

Bankrat (Amtsperiode 1971–1975)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident

* U. Meyer-Boller, Ehrenpräsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon

Dr. Dr. h. c. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

* J. Michaud, Ing. agr., Präsident und Direktor der «Provincs» Fédération des Caves de producteurs de vins du Valais, Präsident des Verbandes der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Sitten

* G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie, Aktien-Gesellschaft, Corsy-La Conversion

J.-L. Borel, Präsident des Verwaltungsrates der Synchron S.A., Fabriques d'horlogerie réunies, Neuenburg

* Ständerat F. Muheim, Fürsprech und Notar, Präsident des Bankrates der Urner Kantonalbank, Altdorf

* L. Bühler, Direktor der Thurgauischen Kantonalbank, Weinfelden

* Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen

Dr. W. Bühmann, Rechtsanwalt, Präsident des Bankrates der Luzerner Kantonalbank, Kastanienbaum/Horw

Dr. L. von Planta, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA-GEIGY AG, Basel

L. Burrus, in Firma F. J. Burrus et Cie, Boncourt

Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Pully

A. Richner, Vizepräsident des Verwaltungsrates des Aargauischen Elektrizitätswerkes (AEW), Oftringen

* Dr. A. Edelmann, Direktor des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen, St. Gallen

* Dr. W. Rohner, a. Ständerat, Altstätten

* A. Gisling, a. Generaldirektor der Waadtländer Kantonalbank, Pully

E. Scherz, Ehrenpräsident des Schweizer Hotelier-Vereins, Gstaad

* Dr. J. Gofay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne

F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich

* Dr. J. E. Haefely, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Emil Haefely & Cie. A.G., Binningen

* Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Horgen

Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich

Dr. Dr. h. c. S. Schweizer, Ehrenpräsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Brengazona

Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Genf

* W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri bei Bern

Dr. W. Jucker, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bremgarten bei Bern

* Ständerat A. Stefani, Advokat und Notar, Giornico

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Le Mont-sur-Lausanne

G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, Winterthur

E. Kronauer, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf

Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Volkswirtschaftsminister des Kantons Bern, Interlaken

R. Lardelli, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Chur

* Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel

Dr. E. Leemann, Hauptdirektor der Genossenschaftlichen Zentralbank AG, Basel

Staatsrat Dr. A. Waeber, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Tafers

Dr. h. c. R. Meier, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen, Eglisau

Dr. h. c. Th. Waldesbühl, Mitglied des Verwaltungsrates der Nestlé Alimentana A.G., Corseaux

Nationalrat E. Wüthrich, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern

Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

Bankausschuss (Amtsperiode 1971–1975)

Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident von Amtes wegen

Dr. Dr. h. c. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen

Dr. W. Bühlmann, Rechtsanwalt, Präsident des Bankrates der Luzerner Kantonalbank, Kastanienbaum/Horw

Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Pully

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Le Mont-sur-Lausanne

Dr. h. c. R. Meier, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen, Eglisau

Dr. K. Obrecht, Fürsprech und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen

Dr. W. Rohner, a. Ständerat, Altstätten

Nationalrat E. Wüthrich, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern

Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

Revisionskommission (Amtsperiode 1972/1973)*Mitglieder*

H. Villiger, a. Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stansstad, Präsident

A. Cornaz, Mitglied des Verwaltungsrates der Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne

J. Iten, Direktor der Zuger Kantonalbank, Zug

Ersatzmänner

G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Netstal

A. Travelletti, Direktor der Walliser Kantonalbank, Sitten

W. Staub, Direktor der Bank in Gossau, Gossau

Lokalkomitees (Amtsperiode 1971–1975)*Aarau*

K. Oehler, Präsident des Verwaltungsrates der Oehler Aarau AG., Aarau, Vorsitzender

Dr. O. Seiler, Kaufmännischer Direktor der Kabelwerke Brugg A.-G., Brugg, Stellvertreter des Vorsitzenden

P. H. Kern, Delegierter des Verwaltungsrates und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Kern & Co. A.-G., Aarau

Genf

J. Duckert, a. Generalagent der Genfer Lebensversicherungs-Gesellschaft und der Genfer, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft, Genf, Vorsitzender

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Ch. Aubert, Direktor der Chambre de Commerce et d'Industrie de Genève, Petit-Lancy

Basel

H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A.G., Basel, Vorsitzender

Dr. H. Gürtler-Meyer, Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Ziegelhof A.G., Seltisberg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Th. Müller-Kriegel, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Kriegel & Schaffner A.G., Basel

Lausanne

A. Langer, Mitglied des Verwaltungsrates der Aliments Lacta S.A., Gland, Vorsitzender

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, Société Anonyme, Payerne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Nationalrat F. Carruzzo, Stadtpräsident, Sitten

Bern

Dr. W. Weyermann, Fürsprech, Mitglied der Berner Handelskammer, Belp, Vorsitzender

P. Gerber, Ing. agr., Verwalter des Alters- und Pflegeheims Frienisberg, Frienisberg, Stellvertreter des Vorsitzenden

B. Leimgruber, Direktor der Lamelcolor SA, Estavayer-le-Lac

Lugano

F. Antognini, Direktor der Cima-Norma SA., amministrazione di beni immobili e mobili, Torre, Vorsitzender

L. Antonini, Direktor der Firma Michele Antonini & Co., Präsident der Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del Cantone Ticino, Bellinzona, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. D. Poggioli, Treuhandbüro, Lugano

Luzern

Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- & Biscuitfabrik Hug A.G. Malters, Luzern, Vorsitzender

Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweiz. Handelskammer, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

F. Stöckli, Ing. agr., Direktor der UFAG, Sursee

Neuenburg

J.-L. Borel, Präsident des Verwaltungsrates der Synchron S.A., Fabriques d'horlogerie réunies, Neuenburg, Vorsitzender

W. Wüthrich, Direktor der Cisac S.A., fabrique de produits alimentaires, Cressier, Neuenburg, Stellvertreter des Vorsitzenden

A. Grisel, Generaldirektor der Société des fabriques de spiraux réunies, La Chaux-de-Fonds

St. Gallen

Dr. R. Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Conserven Rorschach, Horn, Vorsitzender

Th. Ruff, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der J. Huber & Co. A.-G. St. Gallen, Niederteufen, Stellvertreter des Vorsitzenden

V. Widmer, Verwaltungsrats-Präsident der Union A.G., St. Gallen

Zürich

Prof. Dr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur, Vorsitzender

Dr. L. Granzio, Präsident des Verwaltungsrates und kaufmännischer Direktor der Spinnereien Aegeri, Zug, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Baumann, Mitinhaber der Firma Baumann & Co., Rolladen- und Lamellenstorenfabrik, Horgen

Direktorium

Dr. E. Stopper, Zürich (Präsident); A. Hay, Rechtsanwalt, Bern (Vizepräsident); Dr. F. Leutwiler, Zürich

Departemente

I. Departement in Zürich

Departementsvorsteher:

Dr. E. Stopper, Präsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Dr. P. Ehrsam, Direktor, Dr. W. Kull, Direktor,

Dr. J. Lademann, Direktor

Abteilungsdirektor: Dr. H. R. Läng

Rechtskonsulent: Dr. P. Ehrsam, Direktor

Chefreviseur: E. Brunner, Vizedirektor

Vizedirektor: Dr. M. Gal

Abteilungsvorsteher: Dr. J. Bonorand

Prokuristen: J. Bertschi, R.-M. Chappuis, Dr. A. Föllmi,

Dr. A. Frings, H. Krebs, W. Obi, K. Stämpfli

Handlungsbevollmächtigte: W. Hegnauer, K. Martin,

R. Stutz, Dr. R. Widmer

III. Departement in Zürich

Departementsvorsteher:

Dr. F. Leutwiler, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

E. Colombo, Direktor, Dr. P. Flückiger, Direktor

Vizedirektoren: O. Heyer, A. Kunz, H. Schmid, H. Stahel

Hauptkassier des Sitzes Zürich: R. Würmli

Prokuristen: G. Allenbach, W. Bächtold, Th. Benz,

W. Bolliger, W. Brunner, A. Grolimund, E. Guyer, J. Knecht,

H. W. Preisig, H. Siegfried, M. Wichser, W. Wunderli,

E. Zangger

Handlungsbevollmächtigte: E. Altorfer, E. Ammann,

W. Blumer, E. Frei, W. Frischknecht, O. Hofmann,

R. Perret, A. Schärer, W. Schopferer, F. Steinmann,

E. Studhalter, M. Stutzmann, A. Wartmann, G. Weber,

H. Wenziker

II. Departement in Bern

Departementsvorsteher:

A. Hay, Rechtsanwalt, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Dr. M. de Rivaz, Direktor

Abteilungsdirektoren: Dr. J. Ammann, W. Bretscher

Hauptkassier der Bank: R. Aebersold

Vizedirektoren: H. Baumgartner, R. Raschle,

Ch. Schweingruber

Abteilungsvorsteher: H. Hulliger, M. Isenschmid

Prokuristen: R. Bourqui, H.-P. Dosch, W. Gutmann

D. Kaeser, A. Lerch, H. Spahni, W. Wey, V. Zumwald

Handlungsbevollmächtigte: E. Berthoud, Fr. L. Dubied

Fr. S. Grandjean, F. Gut, R. Kuhn, E. Maibach,

Fr. M. Merkli, B. Siegrist, W. Streuli

Generalsekretariat in Zürich und Bern

Generalsekretär: Dr. H. Meyer, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: S. Delémont, Bern

Abteilungsvorsteher: Dr. G. Jaquemets, Zürich

Zweiganstalten

Aarau

Direktor: R. Winteler
Stellvertreter des Direktors: F. Merz
Prokuristen: A. Walz, A. Widmer
Handlungsbevollmächtigter: A. Rösli

Basel

Direktor: A. Bertschinger
Stellvertreter des Direktors: K. Schär
Prokuristen: E. Hess, M. Loehler, A. Spreyermann
Handlungsbevollmächtigter: M. Joho

Genf

Direktor: J. Terrier
Stellvertreter des Direktors: C. Gaggini
Prokuristen: E. Bänninger, R. Jaccaz, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigter: D. Allamand, P. Christinaz

Lausanne

Direktor: W. Schreyer
Stellvertreter des Direktors: A. Weiss
Prokuristen: A. Delacrétaz, G. Mounoud, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigter: Ch. Goy, R. Kellenberger,
J.-P. Rod

Lugano

Direktor: Dr. P. Cioccaro
Stellvertreter des Direktors: B. Rüttsch
Prokurist: A. Balmelli
Handlungsbevollmächtigter: F. Poretti, A. Sassi

Luzern

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors: J. Burri
Prokuristen: J. Huber, J. Immoos, K. Sidler
Handlungsbevollmächtigter: K. Camenzind, W. Imboden,
I. Wigger

Neuenburg

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors: R. Girardier
Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat
Handlungsbevollmächtigter: A. Tribolet

St. Gallen

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors: E. Schöbi
Prokuristen: A. Geiger, H. P. Menet
Handlungsbevollmächtigter: A. Keller, W. Stieger

Eigene Agenturen

Biel

(dem Sitz Bern unterstellt)

Agenturführer: J. Messmer, Vizedirektor
Prokurist: P. Bürgi
Handlungsbevollmächtigter: R. Januth

La Chaux-de-Fonds

(der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)

Agenturführer: F. von Arx
Prokurist: J. Henny
Handlungsbevollmächtigter: J. Jolidon

Winterthur

(dem Sitz Zürich unterstellt)

Agenturführer: E. Maurer, Vizedirektor
Prokurist: E. Kaufmann
Handlungsbevollmächtigter: K. Rietmann, E. Willi